Nürnberg 2006

Sozialbericht der Stadt Nürnberg

Band II

Die soziale Lage in Nürnberg

Dynamik der Armut und
Maßnahmen der Armutsbekämpfung und Armutsprävention

Vorwort

Weiterführend zum **Band I** beschäftigt sich **Band II** mit der »Dynamik der Armut«, das heißt Wege in die Armut, Verbleib und Wege aus der Armut, verbunden mit Maßnahmen zur Armutsprävention.

Dieser Band II, zunächst gedacht als reine Ergänzung zu Band I, verzichtet auf detaillierte Darstellung der Leistungen im Rahmen der Sozialpolitik. Zum Einen liegen diese Darstellungen in vielen Jahres- und Tätigkeitsberichten vor. Zum Anderen würden sie in der notwendigen Gesamtheit unter Einbeziehung öffentlicher und freier Träger sowie auch privater Anbieter den Rahmen in der vorliegenden Form sprengen.

Die Konzentration auf die Komplexität in ausgewählten Bereichen der Armut soll den Blick weiter schärfen sowohl für die Einmaligkeit prekärer Lebenslagen als auch für Gemeinsamkeiten und Mechanismen der Armutsentstehung und -vermeidung.

Neue Wege in der Armutsbekämpfung und Armutsprävention werden ein gemeinsam zu entwickelndes Programm darstellen, deren Ansätze hier skizziert werden.

Die zusammenfassenden Aussagen zu den Wegen in die Armut und die vertieften Analysen schließen unmittelbar an Band I ein und sollen diesen ergänzen. Sie beziehen sich deshalb auch auf den Stand der Zahlen des Bandes I. Aus diesen Erkenntnissen heraus waren die vorliegenden Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention zu entwickeln.

Wenn auch eine Diskussion auf dem immer aktuellsten Zahlenstand wünschenswert wäre, so ist dies wegen der grundlegenden Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik (Hartz I–IV) und des damit korrespondierenden Systems der Sozialhilfe nicht leistbar und nicht sinnvoll.

Mit Daten aus völlig unterschiedlichen Zahlenkreisen, die nicht miteinander vergleichbar sind, ist nicht transparent und nachvollziehbar zu argumentieren. Aus der früheren Sozialhilfe wurde nun je nach Konstellation Grundsicherung/ Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII), Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld.

Die mit Inkrafttreten der Reformen veränderte Hilfelandschaft im Bereich der Arbeitslosigkeit ist noch immer im Aufbau. Für eine Analyse der Situation auf dem Arbeitsmarkt und eine Bewertung der Wirksamkeit der Arbeitsmarktinstrumente ist es einerseits noch zu früh, andererseits würde dies auch die Möglichkeiten eines kommunalen Sozialberichtes überfordern. Die umfangreichen Auswertungen zur Arbeitslosigkeit vor allem in Band I zu Zeiten unmittelbar vor den Reformen sind eine geeignete Basis für Vergleichsberechungen zu einem späteren Zeitpunkt.

Gleichzeitig wird auch daran gearbeitet, gemeinsam mit dem Amt für Stadtforschung und Statistik einen Katalog von Indikatoren der Arbeitsmarkt – und Sozialpolitik dauerhaft zu beobachten und auszuwerten (Monitoringsystem). Dies lässt anstelle singulärer Armuts- und Sozialberichte eine kontinuierliche und langfristig vergleichende Berichterstattung erwarten.[1]

1 Ein aus Bundesmitteln gefördertes Modellprojekt zum Sozialmonitoring („Entwicklung eines lebenslagen- und haushaltsbezogenen Datenmodulsystems zur Qualifizierung von kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattungsvorhaben" im Auftrag des BMFSFJ), an dem die Stadt Nürnberg partizipiert hätte, steht nach dem Regierungswechsel unter Finanzierungsvorbehalt. Gegenwärtig wird geprüft, ob das Projekt unter dem Titel „Der STADTmonitor" von den beteiligten Städten und Kreisen getragen werden kann.

Inhalt[2]:

Vorwort 3

3. Wege in die Armut

»Armut ohne Arbeit« und »Armut trotz Arbeit« 6
»Armut durch Kinderreichtum« 8
»Angeborene« Armut: Kinder in armen Familien 8
Armut nach Trennung und Scheidung 8
Armut Alleinerziehender 8
Armut im Alter 9
Lebenslagen, Schicksale, »Fälle«, – Menschen 11

4. Risikokumulationen bei ausgewählten Bevölkerungsgruppen

4.1 Kinder, Jugendliche, Frauen, Alleinerziehende und kinderreiche Familien 14
4.2 Migration und Armut 33
4.3 Alter, Krankheit, Behinderung 49

5. Wege der Armutsbekämpfung und der Armutsprävention

5.1 Krisen als Lehrmeister 53

2 Die Gliederung von Band I wird fortgeführt.

5.2 »Armutsfallen«

Energiekosten (1)
Sinnvoll sparen – mit aller Energie 55

Allgemeines Konsumverhalten (2)
Aus Wenigem das Beste machen 57

Krankheit, Behinderung, Sucht (3)
Gesundheit ist (k)eine Preisfrage? 61

Bildungsdefizite (4)
Ohne Bildung arm dran! 65

Familieninstabilität, Trennung und Scheidung (5)
Die Leistung der Familie für den Einzelnen und die Gesellschaft neu bewerten! 69

Einsamkeit und Isolation (6)
Helfende Beziehungen finden nicht nur in Familien statt: Netzwerke »Arm & Reich« 71

Arbeitslosigkeit (7)
Hauptursache der Armut 71

5.3 Zusammenfassung 73

Danksagung 80

Abkürzungsverzeichnis 81

Literaturverzeichnis 82

Beispiele (S. 8, 10, 12, 16, 22, 24, 28, 34, 40, 46, 50, 54, 56, 60, 62, 66, 68, 72, 76, 77, 78, 79)

3. Wege in die Armut[3]

Im Band I wird deutlich: es gibt eine Fülle von Definitionen der Armut und der Armutsbegriff und seine Abgrenzung ist Gegenstand anhaltender wissenschaftlicher und politischer Diskussion. Wichtig für uns hier sollte sein, zwischen absoluter Armut und relativer Armut zu unterscheiden:

Absolute Armut, d. h. täglicher Hunger, Krankheit und der Mangel an Überlebensnotwendigem, wie sie uns aus der Berichterstattung über die sogenannten Entwicklungsländer oder den Älteren unter uns noch aus Kriegszeiten bekannt ist.

In den reichen, entwickelten Ländern, wie Deutschland, ist es vor allem relative Armut, die zu beobachten ist. Diese wird am einfachsten dadurch gekennzeichnet, dass Menschen als arm gelten, wenn sie weniger als die Hälfte dessen für sich zu Verfügung haben, als der allgemeine Bevölkerungsdurchschnitt in vergleichbarer Haushaltszusammensetzung.

Insgesamt ist es etwa ein Drittel der Nürnberger Bürgerinnen und Bürger, die entweder in Armut leben oder von ihr bedroht sind.

Demgegenüber verfügen ca. 4,5 % der Nürnberger als Einzelpersonen (!) über mehr als das Doppelte des Durchschnittseinkommens (ca. 2.450 €) und gelten damit als reich.[4]

Armut im relativen Sinn wird nur vor dem Hintergrund der Umgebung sichtbar,
Armut und Reichtum sind die zwei Seiten derselben Medaille.

Im Folgenden sollen Wege in die Armut
anhand von ausgewählten Beispielen skizziert werden.

1. »Armut ohne Arbeit« und »Armut trotz Arbeit«
2. Armut durch Kinderreichtum
3. »Angeborene« Armut: Kinder in armen Familien
4. Armut nach Trennung und Scheidung, Armut Alleinerziehender
5. Armut im Alter

Armut ohne Arbeit

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, vermeiden wir in unserer Gesellschaft Armut durch Arbeit, die unseren Lebensunterhalt gewährleistet. Wir erleben nun aber eine lange Zeit andauernder Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Lange sah es so aus, als könnte unsere reiche Gesellschaft es sich ohne Folgen leisten, auf die Arbeitskraft jedes zehnten Arbeitsfähigen zu verzichten.

Jetzt aber zeigt sich immer deutlicher ein Prozess der Ausgrenzung und ein Abrutschen in prekäre Lebenslagen der Betroffenen. Dies gilt insbesondere für Langzeitarbeitslose. Das sind vor allem ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das sind gesundheitlich Eingeschränkte oder gering Qualifizierte. Arbeitslosigkeit ist **die Hauptursache** von Armut. 35,6% der Arbeitslosenhaushalte sind von Armut betroffen.[5]

3 Kapitel 1 und 2 Band I

4 Alle Einkünfte abzüglich Steuer und Sozialversicherung (Nettoeinkommen) differenziert nach Haushaltsgröße, siehe hierzu ausführlich Band I, S. 17 f.

5 Die Ausführungen an dieser Stelle gründen auf den statistischen Auswertungen im Band I. Auf erneute detaillierte Zahlenangaben und Belege kann hier also zugunsten der Lesbarkeit verzichtet werden.

Armut trotz Arbeit

Doch Arbeit allein schützt auch nicht sicher vor Armut. Es gibt auch Vollzeitbeschäftigte, die nicht in der Lage sind, sich und ihre Familie ausreichend zu versorgen.

Mehr als 20 % der Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt[6] arbeiten, erzielen dadurch allerdings nur ein Einkommen, das unter der dem Existenzminimum der Sozialhilfe liegt. Insgesamt sind rund 10 % aller Hilfebezieher im erwerbsfähigen Alter trotz Erwerbstätigkeit von Sozialhilfe abhängig.

Armut durch Kinderreichtum

Das klassische Muster »Ein Verdiener ernährt eine Familie« funktioniert umso weniger, je mehr Kinder zu versorgen sind. Dies gilt natürlich vor allem für Einkommen unter dem Durchschnitt, aber bei großen kinderreichen Familien auch bei einem Einkommen, das für Alleinstehende durchaus überdurchschnittlich wäre. Die Unterstützung, die einer Familie für ihre Erziehungsleistungen gewährt werden, reichen bei weitem nicht aus zum Ausgleich eines fehlenden zweiten Einkommens. Wer Kinder zu versorgen hat, weiß, dass dies nicht mit je 154 € für das erste und zweite und mit 179 € für das dritte und jedes weitere Kind zu schaffen ist. Zusätzliche Steuervorteile erhalten nur die, die hohe Einkommen beziehen.

»Angeborene« Armut: Kinder in armen Familien

Armut ist nicht gleich Armut im Erleben und in ihrer Auswirkung für die Betroffenen.

So ist beispielsweise die Armut eines Heranwachsenden im Zuge der Berufsausbildung oder des Studiums weit verbreitet und durchaus verkraftbar, wenn eine bessere Zukunft absehbar ist, auf die hingearbeitet wird. Ganz anders ist dies aber für Kinder, die in eine arme Familie hineingeboren wurden und nichts anderes kennen lernen als Verzicht, Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialhilfeleistungen. Worauf sollen diese Kinder vorbereitet werden, wenn ihre Eltern keine Chance haben, ihnen für eine bessere Zukunft Modell zu sein?

Arme Familien geben die Hälfte und mehr von ihrem Einkommen allein für Miete aus.

Armut nach Trennung und Scheidung, Armut Alleinerziehender

Wenn es in von Armut bedrohten Familien zu dritt, zu viert oder zu fünft gemeinsam gerade noch reicht, ist es meist der sichere Weg in die Armut, wenn die Eltern sich trennen sollten.

Zur psycho-sozialen Katastrophe für die Familie vor allem für die Kinder kommt dann die wirtschaftliche Notlage hinzu. Dies zeigt sich in der verbreiteten Armut Alleinerziehender, die aufgrund der Bindung durch die Kinder nicht oder nur begrenzt erwerbsfähig sind und durch den Unterhalt – so er zuverlässig bezahlt wird – alleine nicht abgesichert sind. Dies setzt sich zumeist bei den Un-

6 Sozialhilfe alte Fassung

Von wegen Segen

Neunköpfige Familie kämpft sich durch

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 7.12.2005

Mittags um 1 Uhr bei Familie C.: Es klingelt am laufenden Band. Nicht zwei oder drei, sondern fünf Kinder kommen nach und nach von der Schule heim und haben Hunger. Obendrein sind noch zwei kleinere Geschwister zu versorgen, die kurz zuvor vom Kindergarten abgeholt wurden. Nicht alle haben gleichzeitig am Küchentisch Platz. So kauern sich drei Jungen mit ihrer Portion Nudeln um das Sofa-Tischchen im Wohnzimmer – auch weil es dort noch am wärmsten ist.

Denn in der Drei-Zimmer-Wohnung in einem Nürnberger Altbau verfügt die Familie nur über einen Gas-Ofen auf Rollen, der mal diesen, mal jenen Raum heizt. Im Kinderzimmer stehen zwei Hochbetten, die sich je drei Geschwister teilen.

Und neben dem Küchentisch verfügen sie auch nur über einen Schreibtisch. So muss der erste schon über den Hausaufgaben brüten, während die anderen noch essen. Gibt vormittags der Stundenplan den Takt, ist es für diese Kinder nachmittags das Gedränge um Platz (und Ruhe) zum Lernen.

»Schon früh morgens habe ich zu tun, dass alle nacheinander ins Bad kommen«, sagt der Vater. Unter der Enge haben allerdings die Leistungen schon gelitten: Der älteste Sohn habe einst lauter Einser und Zweier erhalten und den Sprung auf die Realschule geschafft – bis er die Konzentration nicht mehr aufbrachte und wieder wechseln musste. Jetzt steckt er in einem Berufsvorbereitungsprojekt.

Dass Kinder – und erst recht kinderreiche Familien – in unserer Gesellschaft auf Vorbehalte, Ablehnung und Unverständnis stoßen, bekommen die C.s natürlich immer wieder zu spüren. Erst nach monatelanger Suche hatten sie beispielsweise durch eine Kleinanzeige einen Vermieter gefunden, der sie akzeptierte. Und der – im Gegensatz zu anderen Hausbewohnern – auch Verständnis dafür aufbringt, dass Kinder eben nicht immer leise sind.

So hat es sich für Vater Emilio (Name geändert) gelohnt, die Wohnung in Eigenarbeit schöner auszustatten und zum Beispiel alle Böden zu fliesen. Als Kraftfahrer hatte er eine sichere Stelle – bis er nach einer Bauchfelloperation und wegen massiver Rückenbeschwerden aufgeben musste. Er darf keine schweren Lasten mehr heben und tragen und kann deshalb keine Frachten mehr ein- oder ausladen, erst recht aber keine Lagertätigkeit ausüben.

Inzwischen hat der 52-Jährige auf dem Arbeitsmarkt schon aus Altersgründen kaum Aussichten auf eine neue Anstellung. Noch wie unter Schock steht derzeit zudem vor allem die Mutter nachdem sie ihren jüngsten Sprössling durch plötzlichen Kindstod verloren hat.

terhaltsverpflichteten fort, vor allem wenn sie eine neue Beziehung eingehen und dort eventuell weitere Kinder zu versorgen haben. Aus den Projekten besserer Zeiten vor der Trennung, wie ein gemeinsamer Hausbau, werden dann zusätzlich Schuldenfallen und Scheidungsruinen.
In Nürnberg kommt eine Scheidung auf zwei Eheschließungen; pro Jahr werden mehr als 1300 Ehen geschieden.

Bei Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern ist mehr als die Hälfte von Armut betroffen.

Armut im Alter

Reine Altersarmut, wie sie vor allem in der ersten Hälfte des letzen Jahrhunderts zu beklagen war, ist heute glücklicherweise nicht mehr ausgeprägt. Dennoch gibt es auch heute alte Menschen, die nach einem langen arbeitsreichen Leben in Armut stehen. Dies gilt für Menschen, die nicht versicherungspflichtig gearbeitet haben (Familienarbeit) oder für ehemals (kleine) Selbständige, und ihre Angehörigen, wenn keine Vorsorge getroffen wurde. Gerade ältere Menschen scheuen sich zudem nicht selten, die ihnen zustehende Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie verzichten aus Scheu vor dem Sozialamt, aus Angst vor Rückforderung oder Inanspruchnahme der Kinder.[7] Ausländer haben häufig in Deutschland Tätigkeiten mit unterdurchschnittlicher Bezahlung übernommen. Anders als den deutschen Rentnern der Gegenwart war es ihnen auch häufig nicht möglich, ein volles Erwerbsleben lang Altersvorsorge zu betreiben. So ist es vor allem bei älteren nichtdeutschen Mitbürgern deutlich häufiger, dass ihrer Rente unterhalb der Armutsgrenze liegt.

Eine Ursache steht selten allein

Alles bisher Ausgeführte sind Beispiele für je unterschiedliche idealtypische Wege in die Armut. Selten ist es jedoch so, dass eine Ursache allein bleibt. Die genannten Ursachen sind vielfach miteinander verknüpft, so dass Armut in der Familie auch häufig schlechtere Bildungschancen mit sich bringt, das Krankheitsrisiko höher ist und die Gefahr der Schuldenspirale häufiger droht. Nicht selten ist es für die Betroffenen und eventuelle Helfer ein heillos verschlungenes Bündel an Problemen, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sucht, Überschuldung, Unglück und persönliche Überforderung, der sie sich gegenüber sehen.

Den hier dargestellten Wegen in die Armut stehen natürlich auch Wege aus der Armut gegenüber, Schutzvorrichtungen und Hilfenetze. In Nürnberg muss niemand verhungern: das Niveau unserer sozialen Sicherung ist im Vergleich immer noch gut. Gleichwohl ist damit den hier beschriebenen Menschen nicht immer oder nicht ausreichend zu helfen.

7 Dies ist mit dem Grundsicherungsgesetz (GSiG) bzw. dem 4. Kapitel SGB XII objektiv abgemildert, subjektiv aber sicher noch immer wirksam.

Glut für ein Zimmer

Bescheidene Wünsche einer 75-Jährigen

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 13.11.2004

Die 75-Jährige muss eisern sparen: Auf einem Block hat sie penibel aufgelistet, bei wem sie schon wieder und immer noch in der Kreide steht. Viele kleine Beträge sind darunter, selbst beim Lebensmittelmarkt und in der Apotheke musste sie schon anschreiben lassen. Die Notizen hat sie fast immer im Blick – es ist ihr sichtlich peinlich, überhaupt jemandem etwas schuldig zu sein. Erst kürzlich wurde der Allgemeine Sozialdienst der Stadt (ASD) auf die Frau aufmerksam, die nicht nur unter dem kargen Dasein, sondern ebenso unter bitterer Einsamkeit leidet. Eine Passantin hatte die Rentnerin beim Einkaufen angesprochen und sie nach Hause begleitet. Dabei fielen ihr die armseligen Lebensumstände auf; sie verständigte vorbildlich die Bezirkssozialarbeiterin.

Von außen macht das Häuschen, in dem die Nürnbergerin seit 35 Jahren im Hinterhof inmitten einer Siedlung von gediegenem Wohlstand lebt, noch einen unscheinbaren Eindruck. Umso bedrückender wirkt die Einrichtung im Inneren: Wände und Decken sind vergilbt, die Teppiche auf den abgeschabten Dielen zerschlissen. Ein Bad gibt es nicht, zum Waschen, auch der Kleidung, steht nur das Spülbecken in der Küche zur Verfügung.

Ein Keller fehlt, Fenster und Wände sind nicht isoliert – von allen Seiten kriecht die Kälte in die Glieder. Wenn sie Geld für Kohlen hat, kann sie den einzigen Ofen schüren, sonst dient ein kleiner Heizlüfter als Notbehelf – und frisst noch teureren Strom.

Mit ihrer bescheidenen Rente hat sie indes keinen Anspruch auf Sozialhilfe; und um Pflegegeld zu beantragen, ist sie, so merkwürdig es klingt, nicht krank genug.

Dass ihr dennoch monatlich, nach Abzug von Miete, Strom, Wasser und Telefon, nicht mal 100 € für Lebensmittel und das Allernötigste bleiben, gehört zur schweren Hinterlassenschaft ihres früheren Mannes. Der hatte für einige Anschaffungen das Konto überzogen. Die Beerdigungskosten rissen ein zusätzliches Loch in die Kasse. Nun, zwei Jahre nach dem Tod, stottert Therese Wagner immer noch teure Dispodarlehen ab. Das Geldinstitut hat eine Umstellung auf einen günstigen Konsumentenkredit bisher abgelehnt, obwohl sich auch die Sozialarbeiterin dafür eingesetzt hat.

In den Auswertungen des Bandes I wurde deutlich, dass es drei Bereiche sind, die unter Armutsgesichtspunkten vertiefte Analyse erfordern:
- Familie, Frauen und Kinder
- Migration und Armut
- Alter, Krankheit, Behinderung

Natürlich sind auch diese Bereiche wiederum komplex miteinander verbunden. Man denke z. B. an die Situation von Migrantinnen, die in hohem Alter krank und pflegebedürftig werden oder an die Situation von Alleinerziehenden mit kranken oder behinderten Kindern.

Zusätzlich gibt es zentrale Lebensbereiche wie »Wohnen« und »Arbeiten« quer zu allen Zielgruppenbeschreibungen. Quer bedeutet in aller Regel »zusätzlich verschärfend zu berücksichtigen«. Allein die Darstellung der Wohnraumversorgung bzw. die Wohnungsnot von Problemgruppen muss eigener Berichterstattung vorbehalten bleiben.

Exkurs: Lebenslagen, Schicksale, Fälle – Menschen

Statistik schafft Übersicht. Übersicht ist die Sicht am Standort über den Dingen, über den Menschen, aus einer gewissen notwendigen Distanz.

Diese statistische Übersicht hat ihren Preis. Der Preis dafür ist die mangelnde Nähe und fehlende Anschaulichkeit. Sind 7,3 % der Nürnberger in »strenger Armut lebend« viel und wie schlimm ist »strenge Armut«?

Statistisch behelfen wir uns zum Zwecke der Veranschaulichung durch Vergleiche, Vorjahresvergleiche, Städtevergleiche wie in Band I geschehen.

Statistik sieht vor allem den Wald und nicht die einzelnen Bäume. Vieles an der Armut ist aber nur am Einzelfall unmittelbar durch einfühlendes Verstehen oder Mitfühlen erfassbar. Da ist die Innenansicht der Armut, da ist die Einsamkeit, die Hilflosigkeit, so wie sie sich für Betroffene darstellt und es ist die Komplexität.

All dies verdeutlichen realistische Einzelfälle aus der sozialen Arbeit in der Großstadt. Wir wollen deshalb in diesem zweiten Band des Armutsberichtes den statistischen Auswertungen Berichte zur Seite stellen, die bewusst nicht in Schubläden passen, die Hilflosigkeit zeigen, aber auch Hilfen auslösen, professionelle und unkonventionelle Hilfen.

Alle Fallbeispiele wurden von Journalisten mit Unterstützung sozialer Dienste, insbesondere dem Allgemeinen Sozialdienst in Nürnberg, recherchiert. Sie zeigen an vielen Stellen wo und wie geholfen werden kann, geholfen wird und welche Lücken bleiben[8].

8 Wir danken Herrn Siegfried Ruckdeschel und Herrn Wolfgang Heilig-Achnek von den Nürnberger Nachrichten sowie dem Verlag Nürnberger Presse dafür, dass sie uns ihre Berichte aus der Aktion »Freude für alle« freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben.

Das Baby und die Punkerin

Vom Leben im Freien in ein normales Zuhause

von Siegfried Ruckdeschel, NN 16.11.2004

Klein und zart steht das Kind in der großen Wohnungstür, lässt die beiden Besucher ein. Es ist quicklebendig. Der Reporter hat kaum seinen Hut abgelegt, schon hat Chantal ihn gegriffen und auf den Kopf der Sozialpädagogin gesetzt. Das blonde Kind hat das Leben seiner Mutter radikal umgekrempelt.

Sie war eine Punkerin. Stolz trug sie den typischen Irokesen-Schnitt, mal blau, rot oder grün gefärbt. Am berüchtigten Bahnhof Zoo in Berlin lernte sie Rauschgift kennen, allerdings ohne den harten Drogen zu verfallen. Darauf ist sie stolz. Das freie Leben gefiel ihr auch dann noch, als sie im Winter unter einer Nürnberger Brücke oder auf der Wöhrder Wiese nächtigte.

Der Franziskanerpater Bruder Martin besorgte ihr einen Winterschlafsack und wollte sich auch um eine Wohnung für sie umhören. »Ich habe mich aber nicht darum gekümmert«, gesteht sie. »Ich war noch nicht soweit.« Ihre Neigung zur Provokation kam nicht von ungefähr:

Tania (Name geändert) litt darunter, ungeliebt und ungewollt auf dieser Welt zu sein. Sie wuchs bis zum 15. Lebensjahr in Heimen auf. Die Mutter ließ sie die Ablehnung spüren, der Vater hatte mit Alkohol zu kämpfen. Dann kreuzte eine Punkerin ihren Weg und schwärmte erfolgreich von der großen Freiheit. Tania haute nach Berlin ab. Mehrfach wurde sie von der Polizei zurück gebracht und haute wieder ab. An ihrem 18. Geburtstag kündigte sie offiziell den Heimaufenthalt.

Was faszinierte sie so am Punker-Dasein? »Es hat mir gefallen, keine Regeln einhalten zu müssen und nur noch zu tun, was ich will.« Allerdings demonstrierte sie auch gegen Rechtsextremismus.

Bei dem Leben unter freiem Himmel nahm sie im Winter eine Erkältung gern in Kauf, Sie gewöhnte sich so sehr an den harten Boden, dass sie beim Schlafen auf Matratzen Probleme hatte. Mit 19 bekam sie ihr erstes Kind, das vom Jugendamt zu Pflegeeltern vermittelt wurde.

Dabei bahnte sich ein innerer Wandel an: Als zwei Jahre später die kleine Chantal auf die Welt kam, beschloss sie: »Ich will das Kind behalten. Das Leben als Punk habe ich zwar immer noch im Herzen, aber mit dem Kind geht es halt nicht.«

Längere Zeit lebte sie in einer Pension. Dort war der Raum so eng, dass das Baby wegen Bewegungsmangel Entwicklungsrückstände zeigte. Endlich fand sie bei der St. Josef-Stiftung ein Zweizimmer-Appartement. 1000 € gewährte das Sozialamt für die Wohnungseinrichtung.

Sozialpädagogin Gabi Jodl vom ASD: »Alles, was Tanja an Liebe und Fürsorge entbehren musste, will sie nun ihrer kleine Tochter geben.«

Nun kommt es darauf an, den Kurs einzuhalten, wenn es auch finanziell eng zu geht. Wenn das Erziehungsgeld (300 €) ausläuft, dann wird die Lage kritisch.

Die Fälle zeigen in ihrer Verschiedenheit auch das vielfältige Netz an Einrichtungen und Initiativen. Es ist in diesem Band nicht möglich, die Arbeit all dieser Einrichtungen vollständig darzustellen oder gar zu würdigen. Ein Blick in den Stadtwegweiser »Sozial-Atlas« gibt einen ersten Überblick der Einrichtungen und Angebote.

Die Leistungen dieser Netzwerke für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind unentbehrlich, vom großen leistungsfähigen Wohlfahrtsverband bis zur kleinen Selbsthilfegruppe, der Nachbarschaftshilfe und dem alltäglichen Engagement Einzelner.

Die Fälle erzählen auch vieles über die Wege in die Armut und davon, dass es fast jeden treffen kann. Sie finden sich in den laufenden Text an jeweils passenden Stellen integriert.

4. Risikokumulationen bei ausgewählten Bevölkerungsgruppen

4.1 Kinder, Jugendliche, Frauen, Alleinerziehende und kinderreiche Familien[9]

Kinder und Jugendliche

Die Ausführungen in Band I zeigen Kinder und Jugendliche als eine Gruppe, die in einem besonderen Ausmaß sozialstrukturell benachteiligt ist. Nachfolgend sollen die Mehrfachbelastungen dieser sozialstatistischen Gruppe dargestellt und vertiefend analysiert werden. Daran anschließend wird auf die damit zusammenhängenden Lebenssituationen von Familien, insbesondere von Alleinerziehenden, eingegangen.

Zahl der Kinder und Jugendlichen
Ende 2002 lebten ca. 77.000 Kinder und Jugendliche (0 bis unter 18 Jahre) in Nürnberg. Weitet man die Altersgrenze auf bis unter 25 Jahre aus, erhöht sich die Zahl um 38.500 auf 115.500 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. In Prozentpunkten ausgedrückt liegt der Anteil der Kinder und Jugendlichen bei 15,9 % bzw. 23,8 %. Diese Anteilswerte entsprechen in etwa jenen von anderen Großstädten, wie Stuttgart, München, Leipzig und Hannover (siehe Band I, Kap. 2.1).[10]

Sozialhilfe- und Armutsrisiko
Hinsichtlich des Sozialhilfe- und Armutsrisikos ergibt sich das in der Tabelle 1 wiedergegebene – auf Grund der bisherigen Ergebnisse leider nicht überraschende – Bild. Kinder und Jugendliche haben ein doppelt so hohes Sozialhilferisiko wie Erwachsene. Die Wahrscheinlichkeit, unter die 50 %-Armutsschwelle zu fallen, ist bei Kindern und Jugendlichen um 60 % größer als bei Erwachsenen.

Wohnraumversorgung
Auch bei der Wohnungsversorgung zeigt sich deutliche Benachteiligung. So haben Kinder und Jugendliche durchschnittlich nur etwa zwei Drittel der Wohnfläche von Erwachsenen zur Verfügung.

9 Dieser Abschnitt wurde gemeinsam von der Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Soziologie, dem Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum (SFZ) und dem DJI-Forschungsprojekt beigetragen (s.a. Danksagung). Er wurde im Anschluss an Band I erarbeitet und beinhaltet die Begrifflichkeiten vor Hartz IV und SGB XII. Statt Sozialhilfe/Arbeitslosenhilfe wäre im Wesentlichen seit 1.1.2005 auch nach Grundsicherung im Alter, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. nach Arbeitslosengeld II und Sozialgeld zu differenzieren; statt »Bundesanstalt für Arbeit« »Bundesagentur für Arbeit«, statt »Arbeitsamt« »Agentur für Arbeit« bzw. »ARGE – Nürnberg«.

10 Im III. Quartal 2005 waren es ca. 117.000 Kinder und Jugendliche (Stadt Nürnberg, Amt f. Stadtforschung und Statistik, 3. Quartalsbericht 2005).

Tabelle 1: Kumulative Benachteiligungen von Kinder und Jugendlichen			
Altersgruppen	**Sozialhilferisiko 2002 (a) in % der jeweiligen Altersgruppe**	**Einkommensarmut (50 %-Schwelle) 2001 in %**	**durchschnittliche Wohnfläche pro Person in m²**
Kinder und Jugendliche (0 bis unter 18 Jahre)	11,6 %	22,5 %	26,1 m²
Erwachsene (18 bis unter 65 Jahren)	5,5 %	11,6 %	39,8 m²
Ältere (65 Jahre und älter)	2,9 %	7,0 %	52,0 m²
Quellen: siehe Abschnitte 2.3, 2.4 und 2.5 (a) Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt, Stichtag 31.12.2002			

Ursachen der Armutsgefährdung

Einen genaueren Einblick auf die Ursachen der hohen Armutsgefährdung von Kindern ermöglicht das Nürnberger Kinderpanel.[11] Mit dem Nürnberger Kinderpanel wurde 2000 begonnen. Befragt wurden im Rahmen der Einschulungsuntersuchung – inklusive Pretest – 791 Eltern (i. d. R. die Mutter) von Einschüler(innen). Die Einschulungsuntersuchung war 2000 noch für alle Kinder einer öffentlichen Schule verpflichtend, so dass ein repräsentatives Abbild der Nürnberger Einschüler und Einschülerinnen erzielt werden könnte. Verzerrungen traten nur bei der nationalen Herkunft auf. Ausländische Kinder sind in der Stichprobe unterrepräsentiert. [12] Im Jahr 2002 wurde die Befragung wiederholt. Neben den Eltern wurden in dieser zweiten Welle die nun acht- bis neunjährigen Kinder selbst interviewt.

Tabelle 2: Armutsbetroffenheit von Einschüler(inne)n in Nürnberg (2000)	**in %**	**kumuliert in %**
streng arm (Äquivalenzeinkommen beträgt 0 % bis 40 % des Westdeutschen Durchschnitts)	17,0	17,0
arm (Äquivalenzeinkommen beträgt 40 % bis 50 % des Westdeutschen Durchschnitts)	12,2	29,2
armutsgefährdet (Äquivalenzeinkommen beträgt 50 % bis 60 % des Westdeutschen Durchschnitts)	12,5	41,7
nicht arm (Äquivalenzeinkommen ist höher als 60 % des Westdeutschen Durchschnitts)	58,3	-
Gesamt	100 (n = 630)	
Quelle: 1. Welle des Nürnberger Kinderpanels (n = 738); eigene Berechnungen		

11 Die Daten der 1. Welle wurden von Claudia Wenzig (Lst. f. Soziologie, WiSo-Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg) im Rahmen ihrer Dissertation ausgewertet (vgl. Wenzig, 2004). Für die 2. Welle ist eine Buchpublikation in Vorbereitung.

12 Auch beim Alter des Kindes ergaben sich durch die Befragungszeitpunkte leichte Verzerrungen.

Am Ende aller Kräfte

Sorge um sechs Kinder lässt keine Pause

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 2.12.2004

Väterchen Frost ist noch kaum richtig in Fahrt gekommen. Aber allein die Erinnerung an den Winter vor einem Jahr treibt Herbert und Theresa D. (Namen geändert) den Angstschweiß auf die Stirn. Werden sie noch einmal so um das Leben ihrer beiden Jüngsten bangen müssen? Die Zwillinge, damals nur paar Monate alt, litten unter so schweren bronchitischen Anfällen, dass sie gleich mehrfach in der Kinderklinik behandelt werden mussten. »Ich habe oft um ihr Leben gezittert, weil sie keine Luft mehr bekamen«, erzählt die Mutter.

Dabei haben die Eltern nicht nur für die zwei Kleinsten Sorge zu tragen: Vier weitere Kinder beanspruchen kaum weniger Kraft und Aufmerksamkeit – erst recht, wenn sie sich auch noch anstecken. »Manchmal musste ich mit allen drei bis vier Mal am Tag inhalieren, da ist alles andere liegen geblieben«, berichtet die Mutter. In einem Haushalt wie ihrem läuft die Waschmaschine täglich; nur straffe Organisation verhindert, dass alles im Chaos versinkt.

Vollends zur Erschöpfung aber trieb die Eltern einer der Buben, der – vielleicht aus unkontrollierbarer Eifersucht – bis vor kurzem nächtelang durch die Wohnung wirbelte, beschäftigt werden wollte und Geschwister wie Eltern in kurzen Abständen aus dem Schlaf riss. In ihrer Verzweiflung baten sie die Erziehungshilfe um Rat, denn auf eine Krankheit ließ sich sein Verhalten nicht zurückführen. Und als hätte all das nicht gereicht, musste sich die Mutter schließlich selbst noch einer Operation unterziehen. »All das hat die Familie bis zum Zerreißen belastet«, attestiert die Bezirkssozialarbeiterin, »umso bewundernswerter ist es, wie sie die Lage bisher gemeistert hat«. Damit ihr das auch künftig gelingt, bräuchte die Mutter zumindest mit ihren Zwillingen dringend eine Kur. Die aber ist ihr nun bereits zum zweiten Mal verweigert worden. Das knappe Familienbudget reicht dafür jedenfalls nicht. »Ich musste schon schwer kämpfen, während der Klinikaufenthalte eine Haushaltshilfe zu bekommen«, sagt die Mutter.

Immerhin hatte sie darauf einen gesetzlichen Anspruch. Wohin der rigide Sparkurs führt, bekam sie unter anderem bei Telefongesprächen mit Mitarbeitern der Kassen zu spüren. »Da wurde mir schon vorgehalten, ich hätte die Kinder doch haben wollen, also könnte ich auch die Betreuungskosten tragen«, erzählt Theresa D. Statt einer Kur, wurde ihr nun mitgeteilt, seien ambulante Behandlungen ausreichend. Und da die Mutter vorerst nicht ins Berufsleben zurückkehre, gehe es auch nicht um Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit.

Von den in der ersten Welle des Nürnberger Kinderpanels erfassten Kindern lebten 17,0 % in strenger Armut: Das Äquivalenzeinkommen der Haushalte, in denen das Einschulungskind lebt, beträgt maximal 40 % des westdeutschen Durchschnitts von 1.104 € im Jahr 2000. 12,2 % der Kinder können als relativ arm betrachtet werden, weitere 12,5 % als armutsgefährdet. Unter Verwendung der üblichen 50 %-Schwelle ergibt sich eine Einkommensarmutsgefährdung von 29,1 %. Dieser Wert liegt über jenem der Tabelle 1. Angenommen werden kann, dass vielfach die Mütter erst mit Schuleintritt des Kindes erwerbstätig werden oder ihre Erwerbstätigkeit erhöhen mit der Folge, dass das Armutsrisiko zurückgeht. Betrachtet wird daher die Armutsgefährdung von Kindern zur Einschulungsuntersuchung 2000 (Zeitpunkt der 1. Welle des Nürnberger Kinderpanels) und zum Zeitpunkt der zweiten Welle (2002) je nach Veränderung der Erwerbstätigkeit der Mutter. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass aufgrund der geringen Fallzahlen[13] bzgl. der Unterscheidung ›Mutter wurde in einem größeren Umfang erwerbstätig‹[14] (n = 63) und ›Mutter bleibt nicht erwerbstätig‹ (n = 55) die dargestellten Ergebnisse lediglich als erster Anhaltspunkt angesehen werden können.

Tabelle 3: Veränderung der Armutsgefährdung nach Schuleintritt in Abhängigkeit der Veränderung mütterlicher Erwerbstätigkeit

	Armutsbetroffenheit	
	2000	**2002**
Mutter wird im größerem Umfang erwerbstätig a (n = 63)	22,2 % (14)	14,3 % (9)
Mutter bleibt nicht erwerbstätig (n = 55)	36,4 % (20)	34,5 % (19)

(a) Dies bedeutet, dass die Mutter 2000 nicht erwerbstätig oder geringfügig-/teilzeitbeschäftigt und 2002 vollzeit beschäftigt war oder, dass die Mutter zur Einschulung geringfügig oder nicht erwerbstätig war und 2002 einer Teilzeitbeschäftigung nachging.

In Tabelle 3 lässt sich eine Tendenz dahingehend erkennen, dass die Armutsbetroffenheit innerhalb der Gruppe der Kinder, deren Mütter im größeren Umfang erwerbstätig wurden, sinkt. Waren 2000 noch 14 der insgesamt 63 Kinder (22,2 %) von Armut betroffen, sind es im Jahr 2002 – also nach der Erweiterung der mütterlichen Erwerbstätigkeit – nur noch 9 der 63 Kinder (14,3 %). Die Armutsgefährdung wurde demnach reduziert. Betrachtet man die Armutsgefährdung derjenigen Kinder, deren Mutter sowohl 2000 als auch 2002 nicht erwerbstätig waren (n = 55) zeigt sich kein Anhaltspunkt eines Rückgangs. Im Jahr 2000 lebten 20 Kinder und im Jahr 2002 19 Kinder in Einkommensarmut; dies entspricht 36,4 % bzw. 34,5 %.

13 Die nachfolgend genannten Fallzahlen beziehen sich auf valide Fälle (bzgl. Einkommensangaben) in diesen Gruppen, was zu einer zusätzlichen Reduzierung führte; insgesamt nahmen 79 Mütter im größeren Umfang eine Erwerbstätigkeit auf; 67 blieben nicht erwerbstätig.

14 Dies bedeutet, dass die Mutter 2000 teilzeit, geringfügig oder nicht erwerbstätig war und 2002 vollzeit beschäftigt war oder dass die Mutter zur Einschulung geringfügig oder nicht erwerbstätig war und 2002 einer Teilzeitbeschäftigung nachging.

Determinanten der strengen Armut

Untersucht man, von welchen Faktoren die Armutsgefährdung abhängt, so ergibt sich folgendes Bild[15]: **Strenge Armut** tritt häufiger auf bei Kindern mit zwei und mehr Geschwistern, also in kinderreichen Familien, wenn kein Elternteil erwerbstätig ist und ein oder mehrere Familienmitglieder in den letzten 12 Monaten von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Einen geringeren Einfluss hat die nationale Herkunft (strenge Armut tritt in ausländischen Familien häufiger auf) und das Bildungsniveau (geringeres strenges Armutsrisiko, wenn Eltern ein Abitur oder Fachabitur haben). Die Analyse zeigt somit, dass auch Familien (Haushalte mit einem Einschulungskind im Jahr 2000) mit mittlerem Bildungsabschluss von strenger Armut betroffen sein können. Hauptursachen für strenge Armut sind die Zahl der Kinder, fehlender Erwerbstatus und Arbeitslosigkeit. Die Einflussfaktoren verweisen zum einen auf Integrationsprobleme des Arbeitsmarktes – bedingt durch die schlechte Konjunkturlage, strukturelle Veränderungen und fehlende Betreuungsmöglichkeiten, die eine (volle) Erwerbstätigkeit erschweren.

Determinanten der relativen Armut

Bei Verwendung der 50 %-Schwelle kommen die Familienform und die nationale Herkunft als Einflussfaktoren hinzu. In Kernfamilien (beide Elternteile leben mit Kindern in einem Haushalt) ist das Armutsrisiko geringer. Umgekehrt ist es bei Alleinerziehenden höher. In Haushalten mit Migrationshintergrund (beide Eltern bzw. bei Alleinerziehenden der mit dem Kind zusammenlebende Elternteil kommen aus einem anderen Land) ist das Armutsrisiko ebenfalls höher. Auch die Bildung wirkt stärker, während jene der Arbeitslosigkeitsbetroffenheit abnimmt.

Determinanten der Armutsnähe

Bei der 60 %-Schwelle (Armutsnähe) geht der Einfluss der Arbeitslosigkeit zurück. Alle anderen Variablen (Familienform, Geschwisterzahl, Bildung, Erwerbstatus) wirken signifikanter. Wiederum zeigt sich, dass auch bei mittlerer Bildung ein armutsnahes Einkommen auftreten kann.

Benachteiligungen beim Wohnen

Die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen beim Wohnen lässt sich ebenfalls mit dem Nürnberger Kinderpanel verdeutlichen.

15 Ergebnisse einer logistischen Regression.

Tabelle 4: Benachteiligungen von Einschüler(inne)n beim Wohnen in Nürnberg (2000)	
Indikatoren der Benachteiligung des Wohnens	
beengte Wohnverhältnisse:	
Wohnraumunterversorgung (Mindeststandard »ein Wohnraum pro Person« ist nicht erfüllt)	36,5 % (n = 249 von 683 validen Angaben)
Wohnungsgröße unter 16 m² pro Kopf	11,6 % (n = 81 von 701 validen Angaben)
belastende Wohnumgebung:	
kein oder höchstens ein Spielort (a)	19,2 % (n = 141 von 735 validen Angaben)
mindestes vier von sechs Belastungen (b)	12,7 % (n = 93 von 735 validen Angaben)
Quelle: 1. Welle des Nürnberger Kinderpanels (n = 738), eigene Berechnungen (a) erfragt wurden folgende Spielorte: Spielplatz mit Spielgeräten; Wald, Felder, Wiesen; Park; (Innen-)hof; Spielstraße; (haus-)eigener Garten; Sportplatz (b) erfragt wurden folgende Belastungen: keine guten Möglichkeiten zum Spielen; eine Fabrik in der Nachbarschaft; wenig Möglichkeiten zum Radfahren/Skaten; nicht genügend Kinder zum Spielen; eine Straße mit sehr viel Verkehr; Nachbarn, die schimpfen	

Bei einem Drittel der Einschüler(innen) kann man von beengten Wohnverhältnissen sprechen. Hier verfügen die Haushalte über weniger als einen Raum pro Familienmitglied. Knapp 12 % der 5–7-jährigen Kinder leben in Wohnungen mit weniger als 16 m² Wohnfläche pro Haushaltsmitglied. Betrachtet man die Wohnumgebung der Kinder, ist zu erkennen, dass sich bei etwa einem Fünftel der Kinder keiner oder nur einer der angegebenen Spielorte in der Nähe der Wohnung befindet. Neben diesen beschränkten Handlungsmöglichkeiten sind viele Kinder (12,7 %) auch starken Belastungen, wie z. B. einer Fabrik in der Nachbarschaft, einer Straße mit viel Verkehr, Nachbarn, die schimpfen oder wenig Spielmöglichkeiten ausgesetzt.

Ergänzend lassen sich hier die Befunde einer Sozialerhebung in der Südstadt anführen, die vom Lehrstuhl für die Vorbereitung von Maßnahmen aus Programmen der Sozialen Stadt 2000 durchgeführt wurden (Bacher/Wenzig, 2001).

Von den für diese Untersuchung befragten 183 Haushalten weisen 13 % Wohnraumunterversorgung auf, d. h. dass für sie weniger Wohnräume als Haushaltsmitglieder zur Verfügung stehen. Besonders häufig von Wohnraumunterversorgung betroffen waren nichtdeutsche Bewohner(innen) (32 %) und Haushalte mit Kindern unter 12 Jahren (44 %). Bei der subjektiven Beurteilung der Wohnsituation wurden von den Befragten etwa der allgemeine Gebäudezustand und zu »laute Wohnungen« negativ bewertet. Auch in der Wohn- und Haushaltserhebung 1997 wurden im Gebiet Galgenhof-Steinbühl der schlechte Gebäudezustand und fehlende Balkone bemängelt. Im Hinblick auf die Wohnumgebung waren die Kritikpunkte »zu wenig Grün«, »störende Umgebung« und »fehlende Parkplätze«.

Bildung und Berufschancen

Das hohe Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen einerseits und die schlechte Arbeitsmarktlage finden ihren Niederschlag in geringeren Bildungs- und Arbeitsmarktchancen der Kinder und

Jugendlichen. Auch wenn selbstverständlich nicht von einem einfachen mechanistischen Zusammenhang zwischen Armutsgefährdung, geringer schulischer und beruflicher Qualifikation und anschließender Arbeitslosigkeit ausgegangen werden kann, so verweisen doch viele Studien (Bacher 1997, Eder 2002, Lauterbach/Lange, 1998, Lauterbach/Lange/Becker, 2002) auf einen Zusammenhang zwischen Armutsgefährdung in der Familie und der Schullaufbahn der Kinder. Auch der Zusammenhang zwischen geringer Qualifikation und erhöhtem Arbeitslosigkeitsrisiko ist bekannt.

Allgemeinbildung

Im Schuljahr 2001/02[16] besuchten ca. 48.700 Schüler(innen) eine allgemeinbildende Schule in Nürnberg, davon 33,5 % eine Grundschule, 22,0 % eine Hauptschule, 9,5 % eine Realschule und 23,8 % ein Gymnasium. Im Vergleich zum Schuljahr 1998/99 hat sich der Anteil der Schüler(inne)n an Gymnasien von 22,4 % auf 23,8 % erhöht. Dieser Trend zeigt sich auch, wenn Veränderungen der Schülerzahlen in den Hauptschulen und den Gymnasien betrachtet werden. Die Schülerzahlen in den Hauptschulen nahmen um 3,8 % zu (von 10.372 auf 10.715). An den Gymnasien gab es dagegen einen stärkeren Zuwachs von 8,2 % (von 10.257 auf 11.581).

Im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten fällt auf, dass 1998 wie auch 2000 das Bildungsniveau der Kinder und Jugendlichen in Nürnberg geringer ist. Lediglich Hannover hat einen noch geringeren Anteil an Schüler(inne)n in Gymnasien, während in anderen Städten, wie München Stuttgart oder Leipzig der Anteil der Schüler(innen) in Gymnasien etwa ein Drittel beträgt.

Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

Erschreckend hoch ist leider auch nach wie vor der Anteil der Schulabgänger(innen) ohne Hauptsschulabschluss. Absolut betrachtet verließen im Jahr 2000 etwa 550 Jugendliche die Schule ohne Hauptschulabschluss[17]. Bei dieser Gruppe ist insbesondere bei einem angespannten Arbeitsmarkt von gravierenden Vermittlungs- und Integrationsproblemen auszugehen.

16 2003/04 waren es gesamt 49.629 Schüler, davon Grundschule. 32,5 %, Hauptschule 21,2 %, Realschule 10,7 %, Gymnasium 24,4 %, Sonstige: 11,2 % (Stadt Nürnberg, Statistisches Jahrbuch 2004, S. 156)

17 Diese Zahl ist geschätzt auf der Basis von Daten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung über den prozentualen Anteil der Abgänger ohne Abschluss und Daten des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg über die absoluten Zahlen der Abgänger. Nach telefonischer Auskunft von Herrn Stolla (Leiter des Staatlichen Schulamtes in der Stadt Nürnberg) verließen im Jahr 2002 87 von 1.897 Schulabgängern die 9. Jahrgangsstufe der Hauptschule ohne Abschluss. 2004 waren es 187 Schüler = 7 %, doch bis zu rund 1000 Schüler (35 %) haben einen Antrag auf freiwilligen Besuch der Hauptschule gestellt! Die Zahl der Schulabgänger mit einer sicheren Lehrstelle sank von 767 (35 % im Jahr 1999) auf 471 (15 % im Jahr 2005) (vgl. JHA vom 16.2.2006, TOP 1, S. 5)

18 zur Definition siehe Bd. I, Abschnitt 2.6, S. 58

19 Im Dezember 2005 waren es im Bereich der Agentur für Arbeit Nürnberg 6.926 Arbeitslose unter 25, im Bereich der Hauptagentur Nürnberg 3.851. „Der Arbeitsmarkt entwickelte sich vor allem für die Personengruppe der Jüngeren unter 25 Jahren nicht zufrieden stellend...Betroffen sind in erster Linie Jugendliche unter 20 Jahren, deren Bestand binnen Jahresfrist sich mit plus 500 Personen fast verdoppelt hat. (Bundesagentur für Arbeit, S.13)

Tabelle 5: Ausgewählte Bildungsindikatoren

	Schüler(innen) gesamt	Schüler(innen) in Grund- und Hauptschulen in %	Schüler(innen) in Gymnasien in %	Schulabgänger(innen) ohne Hauptschulabschluss in % aller Abgänger
1998/1999				
Nürnberg 1998/99a	n = 47.700	56,8 %	22,3 %	14,3 %
München 1998/99a	n = 116.870	48,2 %	31,6 %	11,7 %
Stuttgart 1998/99a	n = 53.800	49,2 %	30,3 %	10,0 %
Hannover 1998/99a	n = 50.580	40,1 %	19,2 %	10,3 %
Leipzig 1998/99a	n = 55.900	30,3 %	33,0 %	13,5 %
2000				
Nürnberg 2000b	n = 48.700	55,6 %	23,8 %	13,9 %
München 2000b	n = 108.940	47,4 %	31,5 %	9,0 %
Stuttgart 2000b	n = 57.200	48,2 %	30,9 %	9,0 %
Hannover 2000b	n = 50.985	38,5 %	19,9 %	9,4 %
Leipzig 2000b	n = 49.300	24,4 %	35,0 %	13,6 %

Quellen: (a) Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (zit. in Burkard 2002), (b) Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2002, S. 212

Arbeitslose Jugendliche

Im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg[18] waren im April 2003 ca. 6.000 Jugendliche und Jungerwachsene (bis unter 25 Jahre) arbeitslos gemeldet (Arbeitsamt Nürnberg, 2003). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 23,0 % bzw. von 1.100 Jugendlichen. Dieser Zuwachs liegt über allen anderen sozialstatistischen Gruppen. Bei den Frauen betrug er 16,7 %, bei Arbeitern 18,0 %, bei den 50-Jährigen und älteren 4,1 %. Im Stadtgebiet Nürnberg waren im Jahr 2001 2.417 Jugendliche unter 25 Jahre als arbeitslos registriert.

Tabelle 6: Arbeitsmarktdaten für Jugendliche im Vergleich mit anderen Altersgruppen

	registrierte Arbeitslose im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg				Arbeitslose im Stadtgebiet Nürnberg	Erwerbstätige im Stadtgebiet Nürnberg
	April 2003		April 2002		2001	2001
	absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
Jugendliche (15 unter 25 Jahre)[19]	6026	10,8	4900	10,3	9,8	11,5
Erwachsene (25 bis unter 55 Jahre)	39.828	71,1	32.595	68,7	68,5	75,3
Ältere (55 Jahre und älter)	10.159	18,1	9951	21,0	21,7	13,2
Gesamt	56.013	100	47.446	100	100 (n = 24.732)	100 (n = 228.000)

Fußnoten 18 und 19 siehe Seite 20

Mit Mänteln ins Bett

Familie bibbert in kalter Wohnung

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 21.12.2005

Elvira K. (Name geändert) hat das Zählen aufgegeben: Wie viele Wohnungen hat sie in den vergangenen Wochen besichtigt? Einerlei – sie handelte sich eine Absage nach der anderen ein. Ein Ehepaar mit zwei Kindern: Das würden viele Vermieter durchaus akzeptieren. »Aber wenn ich erwähne, dass wir Arbeitslosengeld von der ARGE bekommen, ist bei vielen Schluss«, sagt die 29-Jährige entnervt. Sie kümmert sich um ihre beiden sieben und fünf Jahre alten Töchter, im kommenden Jahr erwartet sie ihr drittes Kind. Ihr Mann war bis Ende November arbeitslos und hat nun wenigstens einen Zusatzjob bei der Noris-Arbeit (Noa) erhalten.

Eine neue Bleibe sucht die Familie, obwohl sie erst im Herbst umgezogen war. Doch was sie nicht ahnen konnte, sind die unzumutbaren Umstände in ihrer jetzigen Wohnung in der Nürnberger Südstadt: Decken und Wände sind nur halb gestrichen, überall rieselt der Putz, die Arbeiten an Fenstern, Türen und Rollen sind ebenfalls unvollendet geblieben. Dabei war die rechtzeitige Renovierung im Mietvertrag zugesichert. »So leben wir wie auf einer Baustelle«, sagt Elvira K.

Doch das Schlimmste ist das Fehlen einer Heizung in dem Gründerzeitbau. Die früheren Nachtspeicheröfen sind bereits ausgebaut, auf die neue Gasetagenheizung wartet die Familie vor allem seit dem Wintereinbruch mit wachsender Verzweiflung. »Ich war selbst krank und konnte mich nicht darum kümmern«, behauptet der Vermieter in einem lapidaren Brief.

Dass er nun das Versäumte nachholen würde, ist nicht zu erkennen. So schlüpfen die Mädchen jeden Abend mit dicken Wollsachen unter die Bettdecken, und die Eltern legen sich mit Wintermänteln schlafen. Tagsüber erwärmt zwischendurch ein kleiner Heizlüfter wenigstens ein Zimmer. »Aber das treibt die Stromrechnung so nach oben, dass wir uns das längere Zeit keinesfalls leisten können«, betont die Mutter.

Nach den bisherigen Erfahrungen hat die Familie die Nase gestrichen voll. Auch das Wohnungsamt hat sie als »Notfall« eingestuft. Dabei kommen mit einem neuen Umzug wiederum Ausgaben auf sie zu, die sie sich eigentlich nicht leisten können.

Auch im Jahr 2002 fand – insbesondere in der ersten Jahreshälfte – ein Anstieg der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen statt.

Arbeitslosenquote von Jugendlichen

Deutlich wird diese sich verschärfende Situation für Jugendliche und Jungerwachsene auf dem Arbeitsmarkt auch durch einen merkbaren Anstieg der Arbeitslosenquote von 6,9 % (April 2002) auf 8,3 % (April 2003). Besonders betroffen sind von dieser Entwicklung Jugendliche zwischen 20 und 25 Jahren. Erkennbar ist dies auch daran, dass die Zahl der Arbeitslosen nach Ausbildung von 561 auf 2.327 stieg (Zunahme um 31,8 %).

Ausbildungsmarkt

Bei den Jüngeren (bis unter 20 Jahre) konnte wahrscheinlich durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und schulische Alternativen der Anstieg der Arbeitslosigkeit reduziert werden[20]. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen unter 20 Jahren stieg von 1.178 auf 1.266 (Zunahme um 7,5 %). Die Situation am Ausbildungsmarkt gibt allerdings Anlass zur Sorge. Im Vergleich zu 1996 ergibt sich zwar 2002 eine etwas entspanntere Situation: Die Angebots-Nachfrage-Relation, als das Verhältnis von angebotenen Ausbildungsplätzen zu nachgefragten Ausbildungsplätzen, verbesserte sich von 91,9 im Jahr 1996 auf 100,5 im Jahr 2002. Rein statistisch kommt somit auf einen Lehrstellensuchenden ein Ausbildungsplatz. Dennoch kann natürlich nicht davon ausgegangen werden, dass jede(r) Lehrstellensuchende auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz erhält und dieser im Idealfall den gegebenen Interessen entspricht. Im Jahr 2003 war allerdings auch schon wieder ein Rückgang auf eine Relation von 98,4 zu verzeichnen.

Berufswahl nach Interesse

Eine im Jahr 1999 durchgeführte Befragung an Nürnberger Berufsschulen (Bacher, 2003) erbrachte folgendes Bild: Etwa 60 % der befragten Auszubildenden (n = 491) gab an, den Ausbildungsberuf gewählt zu haben, der den eigenen Interessen entspricht. An zweiter und dritter Stelle folgten bereits nach diesem »Pull-Faktor« so genannte »Push-Faktoren«: Der Ausbildungsplatz wurde gewählt, weil keine andere Stelle verfügbar war (= 24,2 %), oder auf Grund einer Vermittlung durch das Arbeitsamt (= 22,2 %).

Trend

Das statistisch ausgeglichene Bild am Ausbildungsmarkt in der Region Nürnberg[21] hat sich in der Zwischenzeit gewandelt. Während im Zeitraum von Oktober 2001 bis 2002 eine Zahl von 7.700 gemeldeten Ausbildungsplätzen 7.238 Ausbildungssuchenden gegenüberstand (Verhältnis = 106,4),

20 Leider gibt es keine nach Alter differenzierte Förderstatistik. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild (telefonische Auskunft von Frau Frieser):

- Teilnehmer an Maßnahmen beruflicher Weiterbildung (2002 durchschnittl.): 3377 Personen, (April 2003): 3011 Personen
- Förderung von Beschäftigung (Durchnittswert 2002): ABM: 626/SAM 131, (April 2003): ABM 500/SAM 105

21 Hierzu zählen neben Nürnberg auch die Bezirke Erlangen, Fürth, Lauf und Schwabach

Abschied vom Heim

Beistand auf dem Weg in Selbstständigkeit

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 24.11.2005

Sie holt Tom zum Plätzchenbacken ab, geht mit ihm ins Schwimmbad oder zum Laternenzug, aber auch zum Zahnarzt. Liebevoll wie eine Mutter kümmert sich Regine (Namen geändert) um ihren kleinen Bruder. Aber ein gemeinsames »Zuhause« gibt es für die Geschwister nicht: Der Fünfjährige lebt in einem Heim, seine bald 19 Jahre alte Schwester hat ebenfalls fast sieben Jahre Heimerfahrung und ist vor knapp einem Jahr in eine kleine Wohnung gezogen. Jedes zweite Wochenende kann sie Tom zu sich holen.

Dass die Kinder nicht von ihren Eltern versorgt werden konnten, hat natürlich schwer wiegende Gründe: Der Vater war – auch gegen seine Frau – gewalttätig, die Mutter verfiel dem Alkoholismus und ist derzeit (wieder einmal) in einer therapeutischen Einrichtung. Als sie von dort vor ein paar Wochen ausbüxte und bei Regine Zuflucht suchte, richtete sie in betrunkenem Zustand in der ohnehin noch spärlich möblierten Wohnung erheblichen Schaden an. So hat es Regine bitter bereut, dass sie ihrer Mutter in einer Mischung aus Respekt und Mitleid überhaupt Einlass gewährte.

Und als Tom kürzlich ans Telefon gerufen wurde, weil die Mutter ihm zum Geburtstag gratulieren wollte, habe der Junge »den Hörer hingeknallt und erklärt, dass er mit ihr nicht mehr reden will«, berichtet die Schwester. Einen harten Schlag mussten die Geschwister im vergangenen Sommer verkraften: Ihr 15-jähriger Bruder – auch er war im Heim untergebracht – starb durch einen tragischen Unfall. Der Schock sitzt so tief, dass die Nachbetreuung, die Regines früheres Wohnheim für Ehemalige anbietet, noch verlängert wurde.

»Insgesamt aber kommt Regine mit dem Leben auf eigenen Beinen sehr gut zurecht«, bestätigt die Sozialpädagogin. Mitten in der aufwühlenden Trauerphase bestand sie ihre Prüfung zur Altenpflegehelferin mit guten Noten. »Das war mein Traumberuf seit der 8. Klasse«, versichert sie. Doch die ihr schon in Aussicht gestellte Anstellung schnappte ihr schließlich eine Mitschülerin weg. Nun hält sie sich mit einem Ein-Euro-Job im NürnbergStift über Wasser – wo sie freilich trotzdem in der Pflege voll eingespannt ist. Eine Übernahme wäre für sie freilich das schönste Geschenk.

waren dies von Oktober 2002 bis April 2003 nur mehr 7.022 Ausbildungsplätze, denen 7.401 Ausbildungssuchenden gegenüberstanden (Verhältnis = 94,9). Im Zeitraum von Oktober 2003 bis April 2004 verschlechterte sich das Verhältnis weiter. 6.066 Ausbildungsstellen standen nunmehr 7.255 Ausbildungssuchende gegenüber (Verhältnis = 83,6).[22]

Städtevergleich

Tabelle 7 zeigt, dass Nürnberg verglichen mit Köln, München, Stuttgart und Frankfurt schlechter abschneidet. Nur im Vergleich zu Hannover und Leipzig ergibt sich ein günstigeres Bild.

Tabelle 7: Angebots-Nachfrage-Relation am Ausbildungsmarkt in ausgewählten Städten (2003)

	Angebots-Nachfrage-Relation	
Nürnberg	98,4	Quelle: elektronische Abfrage unter http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/ausbildungsmarkt/index.html am 26.05.2004
München	101,7	
Stuttgart	103,1	
Leipzig	91,7	
Hannover	100,1	
Köln	101,8	
Frankfurt	100,4	

Besonders stark betroffene Gruppen

Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind Jugendliche mit geringer Qualifikation und ausländischer Herkunft. In der Nürnberger Berufsschüleruntersuchung zeigte sich, dass die Berufschancen deutlich mit dem Schulabschluss abnehmen. Ausländische Jugendliche mit einer geringen schulischen Qualifikation finden deutlich geringere Chancen vor, als ebenfalls gering qualifizierte deutsche Jugendliche. Von den befragten deutschen Jugendlichen mit geringer schulischer Qualifikation (geringer als Realschule; n = 252) hatten 81,4 % einen dualen Ausbildungsplatz, bei den nicht-deutschen Jugendlichen waren dies nur 55,8 %. Umgekehrt betrug der Anteil ausländischer Schüler(innen) im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) 38 %. Wurde als Definitionskriterium anstelle der Staatsbürgerschaft des Jugendlichen die nationale Herkunft der Eltern herangezogen, waren es sogar 70 % der Teilnehmer im BVJ.

Auch die bereits erwähnte Sozialerhebung der Südstadt bestätigt dieses Bild: Dort zeigte sich, dass Jüngere (14 bis 25-Jährige) insbesondere von prekärer Beschäftigung betroffen sind. Dabei wird von prekärer Beschäftigung gesprochen, wenn mindestens zwei der folgenden fünf Merkmale erfüllt sind: hohes Arbeitslosigkeitsrisiko, geringes Einkommen, unregelmäßige Beschäftigung, befristetes Arbeitsverhältnis und/oder geringer Entscheidungsspielraum. Demnach sind 57 % dieser Altersgruppe von prekärer Beschäftigung betroffen. Beschränkt man die Betrachtung auf erwerbstätige Jugendliche, die sich nicht mehr in Ausbildung befinden, sind es immer noch mehr als Drittel (36 %) dieser Gruppe, das sich in prekärer Beschäftigung befinden. Daneben waren Befragte mit anderer Staatsbürgerschaft als der deutschen und türkischen besonders von prekärer Beschäftigung betroffen.

22 Elektronische Abfrage unter http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php?id=735&dbtyp=4&typ=LAA am 27.05. 2004

Familien

Hohe Armuts- und Sozialhilferisiken von Kindern und Jugendlichen implizieren immer auch, dass Familien in einem größeren Ausmaß von Armut und beengten Wohnverhältnissen betroffen sind. Dennoch dürfen die Zahlenwerte des vorausgehenden Abschnitts nicht eins-zu-eins auf Familien übertragen werden. Gemeint sind hier im Folgenden Privathaushalte mit Kindern und Jugendlichen. Eine Armutsquote von 22,5 % für Kinder und Jugendliche bedeutet nicht, dass 22,5 % der Familien in Armut leben. Wenn kinderreiche Familien besonders von Armut betroffen sind, so ist der Anteil der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen höher als jener von Familien, da eine Familie mit drei Kindern bei einer haushalts- bzw. familienbezogenen Betrachtung nur einmal zählt, während sie bei einer kind- und jugendorientierten Berechnung drei Mal in die Berechnung eingeht.

Die vorausgehenden Analysen haben deutlich gemacht, dass zwei Familienformen in einem besonderen Ausmaß von Armut betroffen sind: Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Als kinderreich gelten Privathaushalte mit drei und mehr Kindern. Nachfolgend sollen die Mehrfachbelastungen dieser beiden Gruppen beschrieben werden.

Alleinerziehende

Die Zunahme der Anzahl Alleinerziehender ist seit vielen Jahren ungebrochen. Allein von 1994 bis 2002 hat sich deren Zahl in der Stadt Nürnberg von gut 10.000 um fast ein Drittel auf 13.176 erhöht. Bei in diesem Zeitraum nur unwesentlich gewachsener Zahl der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren (1994: 48.681; 2002: 49.456) ist damit der Anteil der Alleinerziehenden von 20,7 % auf 26,9 % angestiegen: Jede vierte Familie mit mindestens einem minderjährigen Kind ist also eine Einelternfamilie, und fast jedes vierte Kind (2002: 18.134 von insgesamt 76.701) in der Stadt Nürnberg lebt in einem Alleinerziehenden-Haushalt.

Diese Entwicklung in Nürnberg verläuft parallel zur oft beschriebenen Pluralisierung der Lebens- und Familienformen. Dies ist keine isolierte Entwicklung in Deutschland, sondern wird beobachtet in allen entwickelten europäischen Ländern und darüber hinaus. Sie bildet den Hintergrund für die in den letzten Jahren intensiv diskutierte und erforschte Zunahme der Kinderarmut. Denn das ökonomische Überlebensmodell der Normalfamilie in Deutschland beruht noch immer – stärker als in anderen mittel-, west- und nordeuropäischen Ländern – auf dem Ernährerlohn der (Ehe)männer und allenfalls einem Zusatzeinkommen der (Ehe)frauen in der sogenannten »modernisierten Versorgerehe«.

Alleinerziehende haben unter den Rahmenbedingungen in Deutschland große Schwierigkeiten zu überwinden, wenn sie ein Familieneinkommen durch Erwerbsarbeit verdienen wollen. Diese Schwierigkeiten werden im Jahr 2001 von in Nürnberg (Wohnungs- und Haushaltserhebung Leben in Nürnberg 2001 des Amts für Stadtforschung und Statistik) 72 % der Alleinerziehenden aber bewältigt; so hoch ist der Prozentsatz der erwerbstätigen alleinerziehenden Elternteile. Dagegen sind – bundesweit nach dem Mikrozensus von 1997 (Engelbrecht/Jungkunst 2002) von den Müt-

tern mit Kindern unter 18 Jahren, die mit ihren Ehepartnern zusammen leben, nur knapp die Hälfte erwerbstätig, davon zwei Drittel in Teilzeit.

Während Familien mit nicht erwerbstätigen Ehefrauen mit dem »Ernährerlohn« der Ehemänner auch ohne Spitzenverdienst ein Leben oberhalb des Sozialhilfeniveaus (wenn auch zu 40 % in prekären Einkommensverhältnissen) führen können, gelingt einem Viertel der Alleinerziehenden zumindest phasenweise die Balance zwischen Familienverpflichtungen und Erwerbstätigkeit nicht – sie sind dann mitsamt ihren Kindern auf Sozialhilfe angewiesen. Diese Risikofalle der Familiensituation »Alleinerziehend« schnappt in Nürnberg 2002 bei 24,8 % der Alleinerziehenden-Haushalte zu – ganz in Übereinstimmung mit dem bundesweiten Trend, der im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ausführlich dokumentiert ist. Dort heißt es, die Alleinerziehenden hätten sich wegen der absolut und relativ wachsenden Sozialhilfeabhängigkeit zur zentralen Problemgruppe entwickelt (Lebenslagen in Deutschland 2001, S. 86).

Im Folgenden sollen die Gruppen der Alleinerziehenden und kinderreichen Familien im Hinblick auf Armutsbetroffenheit, Wohnungsversorgung und soziodemographische Merkmale näher betrachtet werden. Die Angaben zur Sozialhilfequote beziehen sich dabei auf den HLU-Bezug zum 31.12.2002, während sich die übrigen Angaben zur Einkommensarmut, zur Wohnfläche und zur Bildung und Erwerbsbeteiligung auf Daten der Wohn- und Haushaltserhebung 2001 stützen.

Tabelle 8: Ausgewählte Merkmale – Unterversorgung, Bildung und Erwerbstätigkeit und Nationalität – von Alleinerziehenden

	Sozialhilfequote	Einkommensarmut	Durchschnittl. Wohnfläche pro Person
Alleinerziehende	24,2 %	45,3 %	32,5 m²
Nürnberg-Gesamt	5,7 %	11,5 %	39,2 m²
Relation	4,3 : 1	3,9 : 1	0,8 : 1
	Anteil ohne Hauptschulabschluss	**Anteil mit Grund- und Hauptschulabschluss**	**Abitur**
Alleinerziehende	6,3 %	33,0 %	30,4 %
Nürnberg-Gesamt[a)]	2,2 %	24,8 %	37,3 %
	Arbeitslosenquote	**Erwerbsquote**	**Ausländeranteil**
Alleinerziehende	8,2 %	72,2 %	17,0 %
Nürnberg-Gesamt[a)]	4,4 %	75,7 %	13,7 %

a) Diese Zahlen beziehen sich auf Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren
Quellen: siehe Band I, Kap. 2.3, 2.4, 2.5; eigene Berechnungen auf Basis der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2001

Betteln fürs Schullandheim?

Heizöl für Mutter mit vier Kindern nur mit Bürgen

von Wolfgang Heilig-Achneck, 17.11.2004

»Mama, nie hast Du Geld«, beschwert sich Natascha (alle Namen geändert), »du bist faul, geh' doch einfach arbeiten!« Manchmal platzt es aus der Zehnjährigen heraus – obwohl sie mit ihren drei kleineren Geschwistern gewiss ahnt, dass ihre Mutter an eine Erwerbstätigkeit auf absehbare Zeit nicht zu denken braucht. Plappert das Mädchen nach, was sie anderswo aufschnappt?

Selbst alltägliche Ausgaben sprengen rasch den eng gezurrten Gürtel: hier zehn Euro für Handarbeitsmaterialien, dort acht Euro fürs Schwimmbad, zwanzig für ein Schulbuch, dann der Beitrag für die Klassenfahrt der Ältesten im kommenden Jahr. »Ich will nicht ständig beim Elternbeirat betteln«, schämt sich die 35-Jährige, »aber ich weiß erst recht nicht, wie ich das schaffen soll, wenn einmal alle vier zur Schule gehen.«

Dabei übt Veronika F. für sich selbst schon seit Jahren Verzicht, wo es nur geht. Musste sie doch ihre Kinder von Anfang an ganz alleine versorgen und betreuen. Unterhalt konnte der Vater der Kinder kaum zahlen, da er noch studierte und selbst Beihilfe bezog. Anläufe, wenigstens stundenweise zu jobben, zerschlagen sich eins ums andere Mal, weil die Betreuung der Kinder nicht gesichert ist – erst recht nicht bei Krankheit: erst Scharlach, nun eine Lungenentzündung, dazu eine alarmierende Essstörung zwingen zu manchmal mehreren Arztterminen pro Woche.

Dass es gegen Monatsende für die Familie immer besonders knapp wird, liegt nicht zuletzt an den höheren Aufwendungen für die Miete.

Das Haus, das sie mit ihrem (Ex-)Mann zu Beginn der Partnerschaft gebaut und bewohnt hatte, musste nach der Trennung längst wieder versilbert werden, um die Bankschulden zu begleichen.

Alleinerziehende mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt [23]

Von den auf Sozialhilfe angewiesenen Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren, die 33 % aller Haushalte in der Sozialhilfe ausmachen, sind mehr als 85 % Alleinerziehenden-Haushalte. Von den knapp 75 % (Ehe)paar-Haushalten mit Kindern sind dagegen nur gut 15 % Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Tab. 9: Anteil der Alleinerziehenden an den Bedarfsgemeinschaften mit Kindern (unter 18 J.) in der Sozialhilfe (HLU)

	In %	**In %**
Anteil Alleinerziehender (dt. HHV) mit Kindern <18 J. an allen Bedarfsgemeinschaften mit HLU		33,1
davon		
- Paarhaushalte	16,2	
-Alleinerziehende	83,8	
Anteil Bedarfsgemeinschaften (ausl. HHV) mit Kindern <18 J. an allen Bedarfsgemeinschaften mit HLU		37,7
davon		
- Paarhaushalte	53,8	
-Alleinerziehende	46,2	

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Mitteilung, 2003

Dieses Problemmuster gab den Anstoß für das hier mit einigen ersten Arbeitsergebnissen vorgestellte Projekt. Es soll auf ein kommunales Handlungskonzept hin arbeiten, das es einer möglichst großen Zahl von Alleinerziehenden erlauben soll, für sich und die eigenen Kinder aus eigenem Erwerbseinkommen, familialen Zusatzleistungen (Unterhaltszahlungen der Väter bzw. Unterhaltsvorschusszahlungen) und kindbezogenen Transfers (Kindergeld) den Lebensunterhalt zu bestreiten und damit auch die Autonomie (zurück) zu gewinnen, über den eigenen Lebensplan zu entscheiden.

23 Die folgenden Analysen stammen aus dem Projekt » Entwicklung kommunaler Strategien zur Armutsprävention bei Alleinerziehenden«. Prekäre Lebenslagen und die Vernetzung von Hilfen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt – am Beispiel der Stadt Nürnberg. Dieses Projekt wurde initiiert vom Bündnis für Familie.

Privathaushalte mit drei und mehr Kindern

2002 gab es in Nürnberg 4870 Privathaushalte mit drei und mehr Kindern.

Tabelle 10: Ausgewählte Merkmale – Unterversorgung, Bildung und Erwerbstätigkeit und Nationalität – von Haushalten mit drei und mehr Kindern

	Sozialhilfequote	Einkommensarmut	Durchschnittl. Wohnfläche pro Person
Hh. mit drei und mehr Kindern	16,2 %	49,5 %	21,0 m²
Nürnberg-Gesamt	5,7 %	11,5 %	39,2 m²
Relation	2,8 : 1	4,3 : 1	0,5 : 1
	Anteil ohne Hauptschul-abschluss	**Anteil mit Grund- und Hauptschul-abschluss**	**Abitur**
Hh. mit drei und mehr Kindern	6,2 %	42,0 %	27,9 %
Nürnberg-Gesamt[a)]	4,1 %	33,8 %	32,7 %
	Arbeitslosenquote	**Erwerbsquote**	**Ausländeranteil**
Hh. mit drei und mehr Kindern	6,9 %	73,4 %	19,3 %
Nürnberg-Gesamt[a)]	4,8 %	77,4 %	11,9 %

a) Diese Zahlen beziehen sich auf die Haushaltsvorstände von Haushalten mit Kindern

Es zeigt sich, dass die Armutsbetroffenheit von Alleinerziehenden und Haushalten mit drei und mehr Kindern wesentlich höher ist, als die der übrigen Nürnberger Bevölkerung, und zwar sowohl wenn man als Kriterium den HLU-Bezug als auch die relative Einkommensarmut heranzieht. Zusätzlich ist zu bedenken, dass bei der Betrachtung der Einkommensarmut die Ausgaben nicht berücksichtigt werden. Wie in Band I, Kapitel 2.5 beschrieben, haben aber gerade Alleinerziehende sehr hohe Mietbelastungsquoten. Das heißt, dass sie unter Berücksichtigung der Wohnkosten noch stärker von Armut betroffen wären. Auch bei den Wohnverhältnissen zeigt sich eine Benachteiligung der Alleinerziehenden und der Haushalte mit drei und mehr Kindern. Die durchschnittliche Wohnfläche je Person liegt hier bei 32,5 m² bzw. nur 21 m² bei kinderreichen Haushalten.

Im Vergleich zu Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren weisen Alleinerziehende auch eine geringere Bildung auf. Es gibt unter ihnen einen höheren Anteil von Personen ohne Hauptschulabschluss und einen geringeren Anteil von Personen mit Abitur. Darüber hinaus sind Alleinerziehende und kinderreiche Familien auch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen.

Vergleichende Gegenüberstellung

Ergänzend seien die Ergebnisse für das Nürnberger Kinderpanel angeführt. Es wurden drei Haushaltsformen gebildet (vgl. Tab. 11):

- Alleinerziehende, das Einschulungskind und weitere Geschwister leben mit einem Elternteil zusammen, (N = 90; 13,7 %);
- Privathaushalte mit einem oder zwei Kindern und mind. zwei Erwachsenen, (N = 441; 66,9 %);
- sowie Privathaushalte mit drei und mehr Kindern und mindestens zwei Erwachsenen (N = 128; 19,4 %), durchschnittliche Kinderzahl ist 3,4.

In der Sozio-Demographie unterscheiden sich die drei Gruppen nur geringfügig. Das Durchschnittsalter zum Befragungszeitpunkt ist 35 Jahre. Bei der Geburt des untersuchten Einschulungskindes waren die Befragten somit etwa 28 Jahre alt. Das z. B. aus Großbritannien bekannte Phänomen von Teenager-Müttern ist nur geringfügig verbreitet. Nur 4,2 % der Befragten waren bei der Geburt des Zielkindes der Erhebung unter 20 Jahre. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Zielkind ältere Geschwister hat.

In Nürnberg waren Frauen deutscher Herkunft im Jahr 2002 bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt 28 Jahre alt. Dieser Wert ist gegenüber 1995 gleich geblieben. Das durchschnittliche Alter von Frauen nichtdeutscher Herkunft bei der Geburt des ersten Kindes ist in dieser Zeit von 24 auf 26 Jahren angestiegen (Stadt Nürnberg, 2003).

Alleinerziehende und Privathaushalte mit drei und mehr Kindern haben eine etwas geringere formale Bildung. Privathaushalte mit drei und mehr Kindern bringen häufiger einen Migrationshintergrund mit, während Alleinerziehende häufiger Inländer(innen) sind.

Bezüglich der Armutsgefährdung zeigt sich, dass insbesondere kinderreiche Familien von strenger Armut betroffen sind. Mehr als jede dritte Familie mit drei und mehr Kindern hat ein Äquivalenzeinkommen unter der 40 %-Schwelle. Eine Ursache hierfür dürfte die – bei drei und mehr Kindern nicht überraschende – geringere Erwerbstätigkeit dieser Gruppe sein. Bei den Alleinerziehenden ist es jede fünfte. Besonders hoch ist bei den Alleinerziehenden das Risiko, im armutsnahen Bereich zu leben. Beinahe ein Drittel aller Alleinerziehenden hat ein Äquivalenzeinkommen, das zwischen der 60 % und 50 %-Schwelle liegt. In den anderen beiden Gruppen sind dies 6,2 % bzw. 22,6 %.

Beengtere Wohnverhältnisse treten erwartungsgemäß häufiger bei kinderreichen Familien auf. Durchschnittlich hat jede Person nur einen Wohnraum von 20 m^2. Etwas mehr als ein Drittel lebt unter sehr beengten Wohnverhältnissen (pro Person weniger als 16 m^2 Wohnfläche).

Bei kinderreichen Familien ist auch die Integration in den Arbeitsmarkt am geringsten. Das Arbeitslosigkeitsrisiko hat in allen drei Gruppen in etwa denselben Wert. Bei den Alleinerziehenden und den kinderreichen Familien ist es in der Tendenz etwas höher.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Alleinerziehende ein höheres Armutsrisiko haben. Kumulationen von Benachteiligungen im Einkommen, beim Wohnen und bei der Integration in den Arbeitsmarkt treten bei kinderreichen Familien auf.

Tabelle 11: ausgewählte soziodemographische und Benachteiligungsindikatoren für unterschiedliche Haushaltstypen

	Allein-erziehende (n = 90)	**Privathaushalte mit einem oder zwei Kindern und mind. zwei Erwachsenen (n = 441)**	**Privathaushalte mit drei u. mehr Kindern u. mind. zwei Erwachsenen (n = 128)**
Durchschnittliche Anzahl der Kinder im Haushalt	1,7	1,7	3,4 ***
Anzahl der Erwachsenen im Haushalt	1,0***	2,0	2,1
Alter zum Befragungszeitpunkt	35,0	35,1	35,3
Anteil ohne Abschluss oder mit Grund-/Hauptschulabschluss	44,4 %	34,2 % (a)	43,2 % (a)
Anteil mit (Fach)Abitur	23,3 %	31,6 % (a)	30,0 % (a)
Anteil mit Migrationshintergrund (Mutter und Vater/Partner sind im Ausland geboren)	21,4 %	29,5 % (a)	37,1 % (a)
Einkommensarmut			
streng arm (= 40 %-Schwelle)	20,9 % ***	9,4 %	38,3 % ***
armutsgefährdet (= 50 %-Schwelle)	41,9 % ***	21,8 %	46,7 % ***
armutsnah (= 60 %-Schwelle)	74,4 % ***	28,0 %	69,2 % ***
Wohnverhältnisse			
Wohnfläche pro Person	29,5 m^2 ***	26,3 m^2	20,2 m^2 ***
weniger als 16m^2 Wohnfläche pro Person	2,2 %***	6,3 %	34,4 % ***
Arbeitsmarktintegration			
Anteil Vollzeit- oder Teilzeit-Beschäftigter an allen Personen	55,1 %	57,5 % (a)	37,6 % (a) ***
mindestes eine Person arbeitslos in den letzten 12 Monaten	15,6 %	11,1 %	16,4 %

(a) Angaben des befragten Erwachsenen (i.d.R. Mutter des Kindes)
*** signifikante Unterschiede zu einem Niveau von mindestens 95 % zu den Privathaushalten mit mindestens zwei Erwachsenen und mit einem oder zwei Kindern (= mittlere Spalte)

4.2 Migration und Armut

Wie die Beschreibungen im ersten Band des Sozialberichtes darstellen, bilden Migranten eine Gruppe, die besonders von ökonomischen und sozialen Benachteiligungen betroffen ist. Dabei sind mit Migranten alle in die Bundesrepublik dauerhaft eingereisten Personen gemeint, d. h. also Zuwanderer unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Dies können auch (Spät-)Aussiedler[24] und Eingebürgerte sein. Allerdings liegen statistische Daten üblicherweise nur über Ausländer, also Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, vor. Migranten und Ausländer sind also nicht gleichzusetzen[25] (vgl. Bender u. a., 2000: S. 60). So bedeutet der Status des Ausländers auch nicht automatisch, dass der/diejenige zugewandert ist. Denn von den 7,4 Mio. Ausländern in Deutschland (1997) wurden etwa 6 Mio. bzw. 81 % im Ausland geboren und sind zugewandert, während ca. 1,4 Mio. als Kinder oder Enkel ausländischer Immigranten bereits in Deutschland geboren wurden (Münz/Ulrich, 2000: S. 14). Begriffe wie Migranten oder Zuwanderer, die eigentlich nur auf die erste Generation zutreffen, sind daher ebenfalls nicht problemlos zu verwenden, worauf auch Sen u. a. (2001: S. 12; vgl. auch Geißler, 2002: S. 284) hinweisen: »Die Sozialwissenschaft hat das begriffliche Dilemma bisher nicht aufzulösen vermocht – ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ oder ›aus Zuwandererfamilien‹, ›Fremde‹ ›ethnische Minderheiten‹, ›Allochthone‹ und erst recht ›Ausländer‹ bergen allesamt Abgrenzungsprobleme oder problematische Implikationen.«[26]

Dennoch wird häufig, so teilweise auch hier, von Daten über Ausländer auf die Situation von Migranten geschlossen (vgl. z. B. auch Stadt Berlin, 2002: S. 100).

Im Folgenden soll die Lebenssituation dieser, neben Kindern und Jugendlichen besonders armutsgefährdeten, sozialstatistischen Gruppe für Nürnberg vertiefend untersucht werden. Hierbei wird die spezifische Situation zweier Migrantengruppen, nämlich der älteren Migranten und der Aussiedler am Ende dieses Kapitels noch einmal gesondert betrachtet. Hierzu werden überwiegend Daten der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 herangezogen. Mit Hilfe der Angaben zur Staatsangehörigkeit und zum Herkunftsland kann hiermit die Nürnberger Bevölkerung in verschiedene Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund eingeteilt werden (vgl. Burkard/Deinlein, 2004).

---

24 »Aussiedler und Spätaussiedler sind nach Art. 116, Abs. 1 Grundgesetz sowie nach § 1, Abs. 2, Nr. 3 des erstmals 1953 erlassenen Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG) deutsche Staatsangehörige oder Volkszugehörige, wenn sie ihren Wohnsitz vor Mai 1945 in den ehemaligen Ostgebieten bzw. Osteuropa gehabt und diese Länder nach Abschluss der Vertreibung verlassen haben. Seit dem 1992 verabschiedeten Kriegsfolgenbereinigungsgesetz spricht man von Spätaussiedlern« (Hanesch u. a., 2000: S. 392).

25 Dementsprechend orientiert sich auch das Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg nicht an ethnischen Merkmalen oder an der Staatsangehörigkeit, sondern an der Lebenslage der Menschen. »Sie [die Integrationspolitik] bezieht deshalb alle Migrantinnen und Migranten ein, die auf längere Zeit hier ihren Lebensmittelpunkt haben – ob mit oder ohne deutschen Pass, ob ›Ausländer‹ oder ›Aussiedler‹.« (Koordinierungsgruppe Integration, 2004).

26 Der Begriff Allochthone, der eine amtliche niederländische Definition darstellt, wird bspw. von Galonska u. a. (2004: S. 3) als Grundlage einer Migrationsforschung vorgeschlagen. Er bezeichnet alle Personen die selbst, oder einer ihrer Elternteile außerhalb ihres Aufenthaltslandes geboren wurden, und geht damit sowohl über das Staatsbürgerschaft- wie auch das Zuwanderungskriterium hinaus. Geißler (2002: S. 284f.) favorisiert den Begriff der ethnischen Minderheiten, womit in sich vielfältig differenzierte Bevölkerungsgruppen nichtdeutscher Herkunft bezeichnet werden. Mit dem soziologischen Begriff der Minderheit kann zugleich die benachteiligte Lebenssituation dieser Gruppen verdeutlicht werden.

Nicht mal Kindergeld

Mutter hält Familie mit Minijobs über Wasser

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 16.11.2005

Wie schafft sie es nur, so fröhlich zu wirken? Dieser Lebensmut, der unbedingte Wille, alles zu schaffen, hat wohl einen einfachen Grund: Fatima D. (Name geändert) bleibt keine andere Wahl. Denn die 35-jährige Frau erhält keinen einzigen Cent Unterstützung, nicht einmal Kindergeld für ihren Sohn (9) und die Tochter (7).

Dass sie für sich und den Nachwuchs sorgt, ist sicher zumutbar. Aber sie muss sich unter so schweren Bedingungen behaupten, dass wohl kaum jemand mit ihr tauschen wollte: Monat für Monat muss sie mit kleinen Jobs mindestens einen Betrag in Höhe der Grundsicherung samt Kindergeld zusammenkratzen, ohne Lohngarantie, versteht sich, wenn sie einmal ausfällt. Gelingt ihr das nicht, droht ihr samt den Kindern die Ausweisung.

Gewiss teilt sie das Los mit zahllosen anderen. Und doch wäre eine Ausweisung in ihrem Fall besonders ungerecht: Für eine Alleinerziehende und geschiedene Frau gibt es im Sudan – von »Heimat« zu sprechen, wäre bitterster Hohn – keinen Platz. Ganz zu schweigen von dem Terror, dem große Teile der Bevölkerung mit Billigung der Regierung ausgesetzt sind. Wie kann da ihrem Ex-Mann Asyl gewährt, ihr aber versagt werden?

Die Frage stellt sich umso dringender, als ihr einstiger Partner, der sie nach der Heirat mit nach Deutschland gebracht hatte, hier seine Eifersucht und Neigung zur Gewalt an ihr ausließ – sogar vor den Augen der Kinder. Fatima D. blieb eines Tages nur noch die Flucht ins Nürnberger Frauenhaus. Da ihr Ex-Mann ihr nachstellte, mussten Polizei und Justiz einschreiten und ihm sogar den Aufenthalt in der Umgebung der Schule der Kinder verbieten.

Dabei fallen die Geschwister dort rundum positiv auf; sogar ein Wechsel ins Gymnasium ist in Aussicht. Dennoch erhalten nicht einmal die Kinder, obwohl sie in Deutschland geboren und zunächst in Schweinfurt, dann in Nürnberg aufgewachsen sind, einen deutschen Pass.

Der unsichere Aufenthaltsstatus lastet nun aber wie ein Damoklesschwert über allen Bemühungen, nach der turbulenten Trennung vom Ex-Mann Fuß zu fassen: Noch leben die drei in einem Mutter- und Kind-Heim; eine eigene Wohnung zu finden, ist unendlich schwer. »Dazu kommt, dass Frauen in ihrer Lage oft unverschämt ausgebeutet werden, weil sie eben gezwungen sind, für eine Beschäftigung fast alle Bedingungen zu akzeptieren«, berichtet die Sozialarbeiterin Beate Haas, die Gewaltopfer nach der Zeit im Frauenhaus weiter betreut. »Versprechungen sind oft Schall und Rauch, Lohn wird verspätet oder mit großen Abzügen gezahlt. Und wer protestiert, kann sowieso einpacken.«

Fatima D. hat dabei zum Glück vergleichsweise verständnisvolle Arbeitgeber gefunden. Ihre Kinder muss sie oft schon früh morgens sich selbst überlassen – wenn andere Schulkinder noch rundum versorgt und verwöhnt werden.

Demnach sind
- 30,2 % der Befragten Deutsche, die seit ihrer Geburt in Nürnberg leben.
- Weitere 43 % sind deutsche Staatsbürger, die innerhalb Deutschlands nach Nürnberg zugezogen sind (darunter 29,6 % bereits vor mehr als 10 Jahren und 13,4 % in den letzten 10 Jahren).
- 17,2 % der Befragten haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und
- bei den verbleibenden 9,7 % kann man von Deutschen mit Migrationshintergrund sprechen, die sich aus eingebürgerten Personen, aus dem Ausland zugezogenen Deutschen und Deutschen mit ausländischen Familienangehörigen zusammensetzen.

Somit lässt sich bei insgesamt etwa 27 % der Befragten ein Migrationsbezug feststellen. Hierzu zählen also Aussiedler, Spätaussiedler, Ausländer, Eingebürgerte und deutsche Kinder ausländischer Eltern. Nimmt man als Datenquelle die amtlichen Einwohnerzahlen, bei denen nur zwischen Deutschen und Ausländern gemäß der Staatsangehörigkeit unterschieden wird, waren im Jahr 2003 87 348 der 485 991 Einwohner Nürnbergs Ausländer (18,0 %).

Den größten Anteil an der ausländischen Bevölkerung Nürnbergs haben
- Staatsangehörige der Türkei (23,2 %),
- des ehemaligen Jugoslawien (14,8 %),[27]
- Griechenlands (11,5 %) und
- Italiens (7,7 %),
- wobei seit 10 Jahren insbesondere große Zuwächse bei den Zuwanderern aus der ehemaligen UdSSR zu verzeichnen sind (von 929 Personen im Jahr 1993 auf 11.000 Personen Ende 2003).[28]

Ein Vergleich der Altersstrukturen der deutschen und ausländischen Bevölkerung zeigt, dass die ausländische deutlich jünger ist. So waren 2003 29,3 % aller Ausländer (25 622) unter 25 (22,6 % der Deutschen), 64,3 % (56 713) zwischen 25 und 65 (55,0 % der Deutschen) und lediglich 6,4 % (5 553) älter als 65 Jahre (22,4 % der Deutschen). Betrachtet man die Altersverteilung der nach 1989 zugezogenen Aussiedler sind unter ihnen besonders viele Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren zu finden. 22,1 % der Aussiedler sind jünger als 15 Jahre, 11,5 % älter als 65 Jahre. Somit weist diese Aussiedlergruppe einen geringeren Anteil Älterer als die eingesessene deutsche Bevölkerung, aber einen höheren als die ausländische Bevölkerung auf (Koordinierungsgruppe Integration, 2004). Im Hinblick auf die Geschlechterverteilung ist festzustellen, dass die Zahl der Männer unter den Ausländern zwar nach wie vor höher ist als die der Frauen, dass sich hier aber eine Angleichung vollzogen hat. So sank der Männeranteil von 56,8 % (1983) auf 55 % im Jahr 1993 und weiter auf 51 % im Jahr 2003, wobei es hier aber deutlich nationalitätenspezifische Unterschiede gibt (Koordinierungsgruppe Integration, 2004).

27 Hierzu wurden gerechnet: Serbien und Montenegro (6,2 %), Kroatien (4,3 %), Bosnien (2,9 %), Makedonien (1,0 %) und Slowenien (0,4 %).

28 Koordinierungsgruppe Integration, 2004

Ökonomische Situation der Migranten

Im Band I des Sozialberichtes wurde bereits darauf hingewiesen, dass für Migranten das Risiko, unter die Armutsschwelle zu fallen, überdurchschnittlich ist. Die Wahrscheinlichkeit unter die 50 %-Armutsschwelle zu fallen lag für Haushalte mit nichtdeutschen Haushaltsvorständen etwa doppelt so hoch wie die für Deutsche (17,0 % von Armut betroffene ausländische Haushalte gegenüber 8,2 % deutschen; Band I, 2.3).

Dabei ist jedoch noch zu bedenken, dass bestimmte Gruppen von Migranten, die besonders armutsgefährdet sind, wie Migranten ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus oder in Sammelunterkünften lebende Flüchtlinge, durch die Anlage der Wohnungs- und Haushaltserhebung, die nur in Haushalten registrierte Personen befragt, nicht erfasst werden. Auch ohne dies zu berücksichtigen, finden wir deutliche Unterschiede in der Einkommenslage von Migranten und Nichtmigranten. So lag das durchschnittliche verfügbare Haushaltsnettoeinkommen pro Monat im Jahr 2003 für Ausländer bei 1500 € gegenüber 1850 € für alle Befragte der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003. Deutsche mit Migrationshintergrund liegen mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 1750 € näher am Gesamtdurchschnitt (Burkard/Deinlein, 2004).

Berücksichtigt man noch die Haushaltsgröße, fallen die Einkommensunterschiede noch deutlicher aus, da die Migrantenhaushalte durchschnittlich größer sind als die von Nichtmigranten. In Ausländerhaushalten lebten durchschnittlich 2,6 Personen und in Haushalten von Deutschen mit Migrationshintergrund 2,4 Personen, während es in allen Nürnberger Haushalten 2,1 Personen waren. Und gerade die großen Haushalte mit 4 und mehr Personen sind bei den Ausländern (24 %) und den Deutschen mit Migrationshintergrund (20 %) stärker vertreten als in der Nürnberger Gesamtbevölkerung (13 %). Somit ist auch das durchschnittliche monatliche Pro-Kopf-Einkommen der Migranten geringer. Es betrug mit 650 € für ausländische Haushalte nur 62 % des Gesamtdurchschnitts von 1050 €. Für Deutsche mit Migrationshintergrund lag das Haushaltseinkommen pro Person bei 850 € (Burkard/Deinlein, 2004). Betrachtet man die Einkommensarten, aus denen die Befragten ihren Lebensunterhalt bestreiten, lassen sich im Hinblick auf Einkünfte aus Erwerbs- und Berufstätigkeit keine großen Unterschiede feststellen. So geben 62 % der befragten Ausländer und 61 % der Deutschen mit Migrationshintergrund an, Einkommen aus Erwerbstätigkeit zu beziehen. Bei allen Befragten sind dies 57 %. Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen insgesamt 9 % der Befragten; bei den Ausländern sind es 17 % und bei Deutschen mit Migrationshintergrund 13 %.

Die Veränderungen der Altersstruktur lassen sich auch an dem sehr hohen Anteil der Befragten (35 %), die unter anderem[29] Rente oder Pension beziehen, ablesen. Dagegen sind es bei den Ausländern nur 13 %, die ihren Lebensunterhalt auch aus Renten oder Pensionen bestreiten, während es von den Deutschen mit Migrationshintergrund allerdings wiederum 33 % sind. Die Zahlen zum Bezug von Sozialhilfe aus Band I des Sozialberichtes werden weitgehend durch die Umfrageergebnisse bestätigt. Demnach beziehen 5 % aller Befragten Sozialhilfe. Bei den ausländischen Befragten sind es 15 % und bei Deutschen mit Migrationshintergrund 6 %.

29 Es konnten mehrere Arten von Einkünften angegeben werden.

Einkommensarmut und Einkommensverteilung

Dass die durchschnittlichen Haushaltseinkommen und Pro-Kopf-Einkommen der Migranten deutlich niedriger liegen als die der Befragten ohne Migrationshintergrund, wurde bereits deutlich. Im Folgenden soll nun die Armutsbetroffenheit der beiden mit den Daten der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 gebildeten Migrantengruppen (Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund) vertiefend analysiert werden. Zur Berechnung der Armutsquoten werden die, mit der alten OECD-Skala äquivalenzgewichteten Einkommen herangezogen. Als Armutsschwelle wird die 50 %-Schwelle verwendet, d. h. ein Haushalt der über weniger als 50 % des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens verfügt, gilt als arm (vgl. zu diesem Vorgehen Band I, 2.3). Betrachtet man zunächst das durchschnittliche verfügbare Äquivalenzeinkommen, so beträgt dies für alle befragten Nürnberger Haushalte 1.183 €. Im Jahr 2001 lag es mit 1.225 € sogar leicht darüber (Band I, S. 20). Nach Haushaltsgruppen getrennt liegen die Ausländer mit 796 € und die Deutschen mit Migrationshintergrund mit 990 € relativ deutlich unter den Haushalten von Nichtmigranten, deren durchschnittliches nach Haushaltsgröße und -struktur gewichtetes Einkommen 1.302 € beträgt. Sie erreichen damit lediglich 61 % bzw. 76 % des deutschen Einkommensniveaus.[30] Dies deutet bereits darauf hin, dass die Armutsbetroffenheit der beiden Migrantengruppen stärker ausgeprägt ist.

Tab. 12: Einkommensverteilung in Bezug auf das durchschnittlich verfügbare Äquivalenzeinkommen 2003

	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund[a]	Ausländer
bis 50 %	9,1	20,6	36,7
51–100 %	40,5	51,6	48,2
101–150 %	30,7	21,0	11,1
151–200 %	12,2	4,0	2,9
mehr als 200 %	7,5	2,7	1,1

a) Aus dem Ausland zugezogene Deutsche, eingebürgerte Personen und Befragte mit ausl. Familienangehörigen
Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003

Die wesentlich höheren Armutsquoten von 20,6 % von Deutschen mit Migrationshintergrund und 36,7 % von Ausländern bestätigen dies, wobei die Situation der Deutschen mit Migrationshintergrund günstiger als die der Ausländer ausfällt. Auch die gesamte Einkommensverteilung der Migrantengruppen bietet ein eindeutig ungünstigeres Bild. So sind die oberen Einkommensbereiche bei den Befragten mit Migrationshintergrund viel schwächer besetzt. Während von den Haushalten ohne Migrationshintergrund 50,4 % über ein über dem Durchschnitt von 1183 € liegendes Einkommen verfügen, waren es bei den Deutschen mit Migrationshintergrund 27,7 % und bei den Ausländern nur 15,1 %.

30 Für Westdeutschland lag 1998 das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen (alte OECD-Skala) der Ausländer bei 73 % des deutschen (BMA, 2001b: S. 267).

Inwieweit hängt die stärkere Armutsbetroffenheit der Migrantengruppen nun von ihren soziodemographischen und sozioökonomischen Strukturen ab? Aufschluss hierüber gibt Tabelle 13, in der die drei Gruppen den Deutschen, Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund gegenübergestellt werden. In der ersten Spalte steht hier jeweils die Verteilung der Haushaltsmerkmale in den Gruppen und in der zweiten Spalte sind die für diese Merkmale spezifischen Armutsquoten angeführt.

Tabelle 13: Armutsquoten nach soziodemographischen und sozioökonomischen Merkmalen 2003 in %

	Deutsche ohne Migrationshintergrund		Deutsche mit Migrationshintergrund		Ausländer	
	alle	Armutsquote	alle	Armutsquote	alle	Armutsquote
Geschlecht des Haushaltsvorstands (HHV)						
Männlich	56,3	7,6	60,3	19,7	63,5	30,1
Weiblich	43,7	10,1	39,7	19,7	36,5	32,1
Alter des HHV						
18 bis 24 Jahre	6,1	32,8	4,4	(27,3)[31]	9,0	25,9
25 bis 34 Jahre	14,5	9,8	19,6	22,0	26,9	25,4
35 bis 44 Jahre	19,1	8,5	18,5	30,4	23,3	37,8
45 bis 54 Jahre	16,8	8,7	22,7	18,3	19,4	24,0
55 bis 64 Jahre	17,4	6,1	11,7	(6,7)	13,9	33,9
65 bis 74 Jahre	13,2	4,3	13,4	20,0	6,0	41,4
75 Jahre und älter	13,0	3,7	9,7	(11,1)	(1,5)	(69,2)
Größe des Haushalts						
1 Person	40,5	6,0	25,1	6,4	20,5	20,6
2 Personen	39,9	7,6	37,4	19,8	33,3	38,9
3 Personen	10,7	18,8	17,5	23,4	22,4	31,9
4 Personen	7,0	12,3	14,4	30,3	16,4	42,8
5 und mehr Personen	1,9	43,4	5,6	61,3	7,4	76,8
Haushaltstyp						
Single-Haushalt	40,2	6,1	24,4	5,5	19,6	20,1
Alleinerziehende	2,8	41,7	(2,9)	(80,0)	4,8	60,4
Familie mit Kind(ern)	12,6	15,6	27,6	30,1	34,4	38,9
Mehrpers.-HH ohne Kind	44,4	7,4	45,2	17,5	41,2	37,3
Höchster allg. Schulab. des HHV						
kein Abschluss	2,0	26,9	(3,9)	(33,3)	15,4	40,2
Volks-, Hauptschule	43,9	10,1	47,5	22,2	39,7	29,5
mittlere Reife	26,1	6,4	20,0	26,1	19,8	33,8
Abitur, Hochschulreife	27,9	7,2	28,6	9,3	25,1	20,0

31 Betrag in Klammern ( ) weist auf kleine Gruppen hin, deshalb sind diese Aussagen begrenzt aussagefähig!

Fortsetzung Tabelle 13

	Deutsche ohne Migrationshintergrund		Deutsche mit Migrationshintergrund		Ausländer	
	alle	Armutsquote	alle	Armutsquote	alle	Armutsquote
Höchster berufsb. Ab. des HHV						
kein Abschluss	5,1	21,0	11,4	36,4	21,7	28,4
Berufs(fach)schule	58,5	8,7	52,0	17,6	40,7	27,6
Fachschule	10,0	6,9	11,1	14,3	13,0	44,6
Hoch-, Fachhochschule	26,4	6,2	25,6	5,2	24,6	22,4
Berufl. Stellung des HHV						
Selbständig, mithelf. Fam.angeh.	12,2	6,3	10,2	(16,1)	12,2	35,6
leit./wiss. Ang., höh. Beamte	16,8	1,7	6,4	(5,6)	5,8	8,3
Mittl. Ang., Bea. geh./mittl. Dienst, Meister	28,4	1,9	20,2	9,8	14,4	24,4
Einf. Ang./Beamte; Facharbeiter	36,5	7,4	42,8	17,5	40,2	22,6
Un- und angelernte Arbeiter	6,0	27,9	20,4	24,1	27,4	36,3

Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik, Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003

Betrachtet man zunächst nur die Verteilung der soziodemographischen und sozioökonomischen Merkmale, dann zeigt sich, wenig überraschend, die jüngere Altersstruktur der ausländischen Haushaltsvorstände, von denen 35,9 % unter 35 Jahren sind. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund fällt der Unterschied zu Deutschen ohne Migrationshintergrund dagegen relativ gering aus. Ausländische und deutsche Migranten leben in größeren Haushalten und ein größerer Anteil lebt in Haushalten mit Kindern.

Während von den deutschen Haushaltsvorständen 2,0 % keinen allgemein bildenden Schulabschluss besitzen, sind es von den ausländischen 15,4 %, von den Deutschen mit Migrationshintergrund allerdings auch nur 3,9 %. Bei den berufsbildenden Abschlüssen ergibt sich ein ähnliches Bild. Hier sind es 21,7 % der ausländischen und 11,4 % der deutschen Haushaltsvorstände mit Migrationshintergrund, die keinen Abschluss haben. Als un- oder angelernte Arbeiter sind 27,4 % der erwerbstätigen ausländischen Haushaltsvorstände und 20,4 % der Deutschen mit Migrationshintergrund beschäftigt, während es von den deutschen nur 6,0 % sind.

Richtet man nun den Blick auf die Armutsquoten in Abhängigkeit von den Haushaltsmerkmalen, erkennt man, dass deutsche und ausländische Migranten in allen Altergruppen überdurchschnittlich von Armut betroffen sind, wobei vor allem bei den Ausländern gerade ältere Haushaltsvorstände über 65 Jahre noch verstärkt unter die Armutsschwelle fallen. Dies bestätigt den in Band I (Kap. 2.4) festgestellten Befund, dass ältere Ausländer besonders stark auf Sozialhilfe angewiesen sind. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund lässt sich nach dem Alter der Haushaltsvorstände keine eindeutige Tendenz bei den Armutsquoten feststellen, wobei hier allerdings auch die Fallzahlen sehr gering und daher nur bedingt aussagekräftig sind. Große Haushalte weisen in allen drei Gruppen überdurchschnittlich hohe Armutsquoten auf, die aber bei deutschen und ausländischen

Mit 50 Jahren am Ende

Tiefer Sturz aus einst sorgenfreier Existenz

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 6.12.2005

Wenn einer nichts mehr zu lachen hat, wird er leicht zum Zyniker oder Grantler. Moritz T. (Name geändert) spürt die Gefahr, wenn sich finstere Gedanken wie »mit mir geht es zu Ende« in ihm so breit machen, dass sie allen Lebensmut zu verdrängen drohen. Kaum 50 Jahre alt, kommt er sich vor wie ein Wrack. Ist er doch seit einem schweren Sturz vor zehn Jahren stark gehbehindert. Mehr noch: Eine Spastik, die ihn früher kaum beeinträchtigt hatte, zwingt ihn zudem in den Rollstuhl. Ein komplizierter Oberarmbruch, den er im März erlitt, verschärfte alles noch, weil er sich nicht einmal mehr aufstützen konnte.

Dazu kommt eine chronische Durchfallerkrankung; die nächste Toilette darf nie weit entfernt sein. Auf die Straße oder unter Menschen wagt er sich auch deshalb schon lange nicht mehr. »Die meisten öffentlichen Toiletten«, klagt er, »sind ja dicht gemacht worden«. Und obendrein plagt den Nürnberger heimtückisches Asthma. Vier Mal musste wegen akuter Atemnot bereits der Notarzt anrücken.

Seit sieben Jahren haust Moritz T. als Invalide in einer Mansardenwohnung mit einer Katze als einziger Begleiterin. Seine Ehe war schon früher in die Brüche gegangen, auch die vermeintlichen Freunde fanden es mit der Zeit nicht mehr spannend, sich Leidens- und Krankheitsgeschichten anzuhören. Nur sein betagter Vater kam oft zu Besuch – bis er durch einen Schlaganfall ebenfalls zum Pflegefall wurde. Und es bedrückt Moritz T. sichtlich, dass er seinem Vater die Zuwendung nicht erwidern kann, die er selbst von ihm erfahren hat.

Der Sturz in die Einsamkeit und ein Dasein mit einer Erwerbsunfähigkeitsrente fiel umso härter aus, als er 16 Jahre lang die Sonnenseite des Lebens genossen hatte: Nach Schule, Ausbildung und einem Fachstudium profitierte er als selbständiger Kaufmann nicht zuletzt von der Goldgräberstimmung nach der deutschen Wiedervereinigung. Doch wie gewonnen, so zerronnen: Die rapide Verschlechterung seiner Gesundheit zwang ihn, seine Außendiensttätigkeit aufzugeben. Mit der Auflösung der Firma ging ein großer Teil seines Kapitals verloren. Was ihm blieb, reichte knapp zwei Jahre für ein schon sehr bescheidenes Leben. Heute hat er Mühe, auch nur eine neue Brille zu finanzieren.

Migranten noch einmal deutlich höher ausfallen und dort auch einen größeren Teil aller Haushalte betreffen. So liegt die Armutsquote von Haushalten mit 5 und mehr Personen bei Ausländern bei 76,8 %, bei Deutschen mit Migrationshintergrund bei 61,3 % und bei Deutschen zwar bei weniger als der Hälfte solcher Haushalte, aber auch noch bei 43,4 %. Ebenfalls bereits aus Band I ist bekannt, dass Haushalte mit Kindern überproportional von Armut betroffen sind. Dies gilt auch wenn man die Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund getrennt betrachtet, wobei auch hier wieder insbesondere die Alleinerziehenden ein noch größeres Armutsrisiko aufweisen. Haushalte mit Kindern sind allerdings bei Migranten wesentlich häufiger vertreten als bei Deutschen, und ihre Armutsquoten liegen auch noch etwa doppelt so hoch wie die der deutschen Haushalte mit Kindern. Haushalte von Haushaltsvorständen ohne allgemein bildenden oder berufsbildenden Schulabschluss sind in allen drei Gruppen stärker von Armut betroffen. Solche Haushalte sind aber einerseits bei deutschen und ausländischen Migranten wieder häufiger zu finden und andererseits dort auch durch ein vergleichsweise noch höheres Armutsrisiko gekennzeichnet. Das gleiche gilt für Haushalte von un- und angelernten Arbeitern, allerdings mit der Einschränkung, dass hier die Armutsquote der Deutschen mit Migrationshintergrund leicht unter jener der Deutschen ohne Migrationshintergrund liegt. Insgesamt ist somit für Nürnberg, ebenso wie für Westdeutschland (vgl. Hanesch u. a., 2000: S. 442), festzustellen, dass jene Gruppen, die auch in der Gesamtbevölkerung besonders hohe Armutsquoten aufweisen, unter Migranten häufiger zu finden sind und hier zudem noch höhere Armutsrisiken tragen. Das heißt, wir beobachten eine Kumulation der Armutsfaktoren.

Ursachen der Armutsgefährdung

Generell ist die Wahrscheinlichkeit, unter die Armutsschwelle zu fallen, zum einen abhängig von der Anzahl und Höhe der Einkünfte (inklusive privater und staatlicher Transfers) und zum anderen von der Größe und Zusammensetzung des Haushalts.
Als Ursachen für die höhere Armutsgefährdung von Migranten werden daher unter anderem

- die Haushaltsstruktur,
- der Zugang zum Arbeitsmarkt,
- die Bildungs- und Ausbildungssituation und
- die Erwerbstätigkeitsstruktur angeführt (vgl. z. B. Hanesch u. a., 2000: S. 408 ff.; Stadt Berlin, 2002: S. 101 ff.).

So führt die größere Zahl der in Migrantenhaushalten lebenden Personen und insbesondere die höhere Anzahl von Kindern und Jugendlichen zu einem ungünstigeren Verhältnis von erwerbstätigen zu nichterwerbstätigen Haushaltsmitgliedern und dadurch zu einem erhöhten Armutsrisiko.
Mit den größeren Haushaltsbedarfen geht häufig auch eine ungünstigere Wohnsituation einher, was sich etwa an der durchschnittlichen Wohnungsgröße bzw. durchschnittlichen Wohnfläche pro Person ablesen lässt (siehe hierzu den nächsten Abschnitt). Noch stärker trifft die belastende Wohnsituation auf Asylbewerber oder Flüchtlinge in Notunterkünften zu.

Armutsrisiken, die sich auf Erwerbseinkünfte beziehen, ergeben sich einerseits aus dem rechtlichen Zugang zum Arbeitsmarkt und andererseits aus der tatsächlichen Arbeitsmarktpartizipation,

die etwa von der Ausbildungssituation abhängt. Ein beschränkter Arbeitsmarktzugang ist vor allem eine Folge eines eingeschränkten aufenthaltsrechtlichen Status, von dem insbesondere Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge betroffen sind.

Ist zumindest der rechtliche Zugang zum Arbeitsmarkt gesichert, bleiben Armutsrisiken, die besonders stark von der Bildungs- und Ausbildungssituation abhängen, da die allgemeine Schulbildung und die berufliche Ausbildung von entscheidender Bedeutung für die Höhe der Erwerbseinkommen und die berufliche Stellung sind. Betrachtet man die schulischen und beruflichen Qualifikationsniveaus dann zeigen sich relativ deutliche Benachteiligungen der ausländischen Bevölkerung. Besonders gravierend ist der Unterschied zur Gesamtbevölkerung bei den Anteilen derjenigen, die keinen allgemein bildenden Schulabschluss haben. Bei allen Befragten der Wohnungs- und Haushaltserhebung liegt dieser Anteil bei 12 %, während es bei Ausländern 21 % und bei Deutschen mit Migrationshintergrund 16 % sind. Noch gravierender fällt die Differenz bei den berufsbildenden Abschlüssen aus. Hier sind es 12 % aller Befragten, die keinen beruflichen Ausbildungsabschluss haben, aber 29 % der Ausländer und 15 % der Deutschen mit Migrationshintergrund (Burkard/Deinlein, 2004). Für diese Situation werden eine Reihe verschiedener Gründe, darunter die Schichtzugehörigkeit, die Sprachkenntnis, das Einreisealter, aber auch strukturelle Benachteiligungen im Bildungssystem angeführt (vgl. Hanesch u. a., 2000: S. 413).

Auch für die schlechtere Ausbildungssituation junger Zuwanderer sind die Ursachen vielfältig: »*Rückgang der Zahl der Ausbildungsplätze; schlechtere Schulabschlüsse im Vergleich zu deutschen Jugendlichen trotz stetiger Verbesserungen in den letzten Jahren; Sprachdefizite, die sich insbesondere bei Test- und Auswahlverfahren bemerkbar machen; unzureichende Information ausländischer Familien über die Chancen, die eine qualifizierte Berufsausbildung im dualen System bietet und die immer noch bestehende Zurückhaltung vieler Betriebe bei der Ansprache ausländischer Jugendlicher. Hinzu kommt, dass häufig Jugendliche ausländischer Herkunft nicht über die notwendige Handlungskompetenz bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz verfügen. Sie verlassen sich nahezu ausschließlich auf die Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit und haben häufig keinen Überblick über die Vielzahl der verschiedenen Suchstrategien – wie etwa Initiativbewerbungen*« (BMA, 2001a: S. 203–204; vgl. auch Stadt Berlin, 2002: S. 104).

Die ungünstige Stellung der Migranten am Arbeitsmarkt lässt sich auch an der Struktur der Erwerbstätigkeit ablesen. Zwar ist positiv zu verzeichnen, dass der Anteil Selbständiger unter Ausländern (16 %) höher liegt als in Nürnberg insgesamt (13 %), allerdings ist davon auszugehen, dass es sich hier vor allem um Kleinunternehmer mit kleinen Einkommen handeln dürfte. Andererseits sind aber 27 % der Ausländer und 20 % der Deutschen mit Migrationshintergrund un- bzw. angelernte Arbeiter, während dies von allen befragten Nürnbergern nur 11 % sind (Burkard/Deinlein, 2004). Aufgrund der beschriebenen Ausbildungssituation und Erwerbstätigkeitsstruktur sind Migranten auch wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. So lag denn auch die Arbeitslosenquote der Ausländer im Juli 2004 mit 25,2 % mehr als doppelt so hoch wie die Quote im Bereich der Hauptagentur Nürnberg insgesamt (12,2 %) (BA, 2004a: S. 6).

Benachteiligungen beim Wohnen

Die Wohnsituation der Migranten soll anhand verschiedener Indikatoren, die die Wohnqualität messen sollen, dargestellt werden. Hierzu wird die Wohnungsausstattung, die Anzahl der Räume pro Person sowie die Wohnfläche pro Person herangezogen. Dabei soll teilweise auch durch einen Vergleich der Wohnraumversorgung 2003 mit Daten älterer Wohnungs- und Haushaltserhebungen untersucht werden, ob sich die Wohnsituation der Migranten verbessert und der deutschen angeglichen hat.

Insgesamt betrachtet lebt die große Mehrheit der Nürnberger in Wohnungen mit Sammelheizungen (d. h. Fern-, Block-, Zentral- oder Etagenheizungen). Mit Einzel- oder Mehrraumöfen sind nur noch etwa 12 % der Wohnungen ausgestattet (Stadt Nürnberg, 2004). Hierbei sind auch keine Unterschiede mehr zwischen Deutschen und Ausländern festzustellen. Deutsche mit Migrationshintergrund bewohnen im Vergleich sogar noch etwas häufiger Wohnungen mit Sammelheizungen, was daran liegen könnte, dass ein Teil von ihnen (Spätaussiedler) renovierte Wohnungen in den äußeren Bezirken und nicht innenstadtnahe Altbauwohnungen bevorzugt. Betrachtet man die Ausstattung mit Badezimmern, ist ebenfalls eine Angleichung zu erkennen. Praktisch alle Wohnungen (98 %) verfügen inzwischen über ein Badezimmer, wobei dies bei ausländischen Haushalten allerdings noch geringfügig seltener vorhanden ist (96,7 %) als bei deutschen (98,3 %) und deutschen mit Migrationshintergrund (99,1 %). Diese Zahlen decken sich weitgehend mit den Daten des Sozioökonomischen Panels für Westdeutschland (Clark/Drever, 2001: S. 469; vgl. auch Drever/Clark, 2002: S. 9). Dort konnte auch durch einen Vergleich der Ausstattung der ausländischen Haushalte in den Jahren 1985 und 1998 eine deutliche Verbesserung im Bereich der sanitären Einrichtungen und der Versorgung mit Zentralheizungen festgestellt werden, wenn auch die Ausstattung mit Zentralheizungen insbesondere der türkischen Haushalte im Vergleich zu deutschen Haushalten immer noch unzureichend war (vgl. auch Geißler, 2002: S. 297).

Besonders problematisch ist jedoch weiterhin die Wohnraumversorgung der ausländischen Haushalte. Während jedes Mitglied eines Haushaltes in Nürnberg im Durchschnitt über 1,5 Zimmer verfügt, sind es bei den Deutschen mit Migrationshintergrund 1,3 und bei den ausländischen Haushalten nur 1,1 Zimmer pro Person (Burkard/Deinlein, 2004). Im Jahr 1997 waren es, wenn man nur deutsche und ausländische Haushalte vergleicht, 1,6 bzw. 1,0 Zimmer je Person (Stadt Nürnberg, 2003).

Zieht man die Wohnfläche pro Person als Indikator für die Wohnsituation heran, zeigen sich ebenfalls die beengten Wohnverhältnisse ausländischer Haushalte. In allen Nürnberger Haushalten verfügt demnach ein Mitglied über durchschnittlich 38 m², während die Wohnfläche je Person für Deutsche mit Migrationshintergrund nur 32 m² und für ausländische Haushalte nur 27 m² beträgt und damit deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt liegt. (Burkard/Deinlein, 2004).

Vergleicht man die Entwicklung der Wohnflächenversorgung deutscher und ausländischer Haushalte, die im Jahr 2003 über 42,1 m² bzw. 27,6 m² je Person verfügten, mit den Zahlen des Jahres 1997 (40,4 m² bzw. 25,0 m²), zeigt sich in diesem Zeitraum eine leichte Verbesserung beider Gruppen, die jedoch zu keiner Annäherung der ausländischen an die deutschen Haushalte führte. Vielmehr bleibt weiterhin ein großer Abstand bestehen, wie dies auch die Auswertungen des Sozio-

ökonomischen Panels für Westdeutschland nahe legen. Auch dort ist zwar zwischen 1985 und 1998 eine Zunahme der Wohnfläche pro Person in ausländischen Haushalten zu verzeichnen, die aber für deutsche Haushalte noch größer ausfällt, so dass insgesamt keine Annäherung festzustellen ist (Clark/Drever, 2001: S. 470).

Haushalte mit Migrationshintergrund leben somit beengt und, was wiederum sowohl für Westdeutschland als auch für Nürnberg festzustellen ist, kaum in Ein- bzw. Zweifamilienhäusern. So wohnt der weitaus größte Teil der ausländischen Haushalte (94,3 %) in Mehrfamilienhäusern. Von den Deutschen mit Migrationshintergrund tun dies 87,8 % und von den Deutschen 77,7 %.

Ebenso fällt die geringe Eigentümerquote – die als ein Indikator für die »Verwurzelung« in einer Gesellschaft angesehen werden kann (Drever/Clark, 2002: S. 11) – der Haushalte mit Migrationshintergrund auf. Der Anteil der Eigentümer unter den ausländischen Haushalten beträgt lediglich 15,3 %, während aber bereits 26,6 % der Deutschen mit Migrationshintergrund Wohneigentum besitzen und 34,2 % der Deutschen ohne Migrationshintergrund, wobei hier aber im Vergleich zu 1997 für die ausländischen Haushalte schon ein deutlicher Anstieg festzustellen war (Stadt Nürnberg, 2003). Für Westdeutschland konnte zwischen 1985 und 1998 ein Zuwachs der Eigentümerquote insbesondere der türkischen Haushalte verzeichnet werden und damit zwar auch eine geringfügige Verringerung des Abstandes zur Quote deutscher Haushalte, die aber immer noch 25 Prozentpunkte darüber lag (Clark/Drever, 2001: S. 470).

Richtet man den Blick von der Wohnungsausstattung zur Wohnumgebung, lässt sich ebenso eine Benachteiligung der ausländischen Haushalte und in etwas geringerem Maße der Deutschen mit Migrationshintergrund erkennen. Von einer hohen Verkehrsbelastung sind demnach 21,6 % der ausländischen Haushalte betroffen gegenüber 12,2 % der Deutschen und 12,4 % der Deutschen mit Migrationshintergrund. In einer Umgebung aus überwiegend Reihen-, Doppel und Ein-, Zweifamilienhäusern mit Grün wohnen denn auch 23,8 % der deutschen Haushalte, aber nur 13,6 % der Deutschen mit Migrationshintergrund und 9,3 % der ausländischen Haushalte. Von diesen wohnen dagegen fast zwei Drittel (65,3 %) in geschlossener Blockbebauung.

Auch wenn man die Handlungsmöglichkeiten im Wohnquartier betrachtet, scheinen ausländische Haushalte benachteiligt zu sein. Die Befragten der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 konnten hier bei einer Liste von 18 Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten[32] angeben, was sie in ihrem Wohnquartier vermissen. Im Durchschnitt nennen die Befragten hier nur 2,1 Einrichtungen und scheinen somit in dieser Hinsicht relativ zufrieden sein. Ausländische Haushalte geben hier aber durchschnittlich 2,5 Einrichtungen bzw. Einkaufsmöglichkeiten an, die sie vermissen, während von deutschen Haushalten und Deutschen mit Migrationshintergrund nur 2,0 dieser Infrastruktureinrichtungen in ihrem Wohngebiet vermisst werden.

32 Dies waren im einzelnen: Bäcker, Obst-Gemüsegeschäft, Stadtteilmarkt z. Einkauf von frischen Lebensmitteln, Metzger, Getränkemarkt, Supermarkt, Zeitungskiosk, Drogeriemarkt, Apotheke, Bank o. Sparkasse, Ärzte, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Kindergarten, Postamt, Gaststätten, Cafes, Reinigung/Wäscherei, Friseur und Senioreneinrichtungen.

Bildung und Berufschancen

Bereits im Kapitel über Kinder und Jugendliche wurde auf den Zusammenhang von familiärer Armutsgefährdung und den Schullaufbahnen der Kinder hingewiesen. Hier soll nun speziell die Situation der ausländischen Schüler vertiefend untersucht werden. Gerade auch für diese Gruppe ist Bildung von besonderer Bedeutung, da sie den Zugang zur Aufnahmegesellschaft unterstützt und ihre Teilhabechancen verbessert (Sen u. a., 2001: S. 21). Geißler (2002: S. 298) bezeichnet daher auch angemessene Bildungsabschlüsse als zentrale Ressource von Migranten für ihre zukünftigen Lebenschancen in Deutschland, während er Bildungsdefizite als zentrale Ursachen für Integrationsprobleme sieht[33]. Dabei ist die Bildungslage von Migrantenkindern besonders schwer beschreibbar, da Informationen über den Bildungserfolg von Aussiedlerkindern oder Eingebürgerten, die in der Gruppe der Deutschen enthalten sind, nicht vorliegen (AKI, 2004: S. 1; Steinbach/Nauck, 2004: S. 22). Denn die amtlichen Schuldaten oder Mikrozensus erfassen nur die Staatsangehörigkeit, nicht aber den Migrationshintergrund oder gar die Sprachpraxis der Zuwanderer in ihren Familien oder die Dauer ihres Lebens in Deutschland[34] (Gogolin u. a., 2003: S. 1).

Von den insgesamt 49 185 Schülern an allgemein bildenden Schulen in Nürnberg im Schuljahr 2002/2003 waren 11 598 (23,6 %) Ausländer. Davon besuchten 37,6 % eine Grundschule, 36,4 % eine Hauptschule, 5,4 % eine Realschule und 9,0 % ein Gymnasium. Von allen Nürnberger Schülern waren es zum Vergleich 32,6 %, die eine Grundschule, 22,0 %, die eine Hauptschule, 10,5 %, die eine Realschule und 24,0 %, die ein Gymnasium besuchten. Ausländische Kinder und Jugendliche gehen demnach anteilsmäßig deutlich häufiger auf eine Hauptschule und seltener auf ein Gymnasium als deutsche. Die Bildungsbenachteiligung der jungen Migrantengeneration ist an diesen Schulbesuchsquoten nach Schularten deutlich abzulesen. Im Schuljahr 1995/96 waren es noch 7,4 % der ausländischen Schüler, die auf ein Gymnasium gingen, so dass hier ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist, während der Hauptschüleranteil von 37,4 % auf 36,4 % leicht zurückgegangen ist, wobei allerdings absolut sowohl die Zahl der ausländischen Schüler an Hauptschulen von 3 924 auf 4 224 (Anstieg um 7,6 %) als auch an Gymnasien von 776 auf 1 044 (Anstieg um 34,5 %) zugenommen hat.

Zur Erklärung dieser erheblichen Bildungsdefizite werden häufig unter anderem mangelhafte Deutschkenntnisse, knappe finanzielle Ressourcen, beengte Wohnverhältnisse aber auch institutionalisierte Diskriminierungen in den Schulen angeführt[35] (Geißler, 2002: S. 299). Hierzu zählen etwa die Interpretation von Deutschdefiziten als allgemeine kognitive Defizite oder die unzureichende Würdigung der Kenntnisse mindestens zweier Sprachen und Kulturen.

33 Diese entscheidende Bedeutung wird der Bildung bspw. auch von Steinbach und Nauck (2004: S. 22) zugeschrieben: »Schulbildung kann deshalb – zumindest für Deutschland – als Schlüsselvariable bezüglich grundlegender Handlungsentscheidungen in allen Bereichen des Lebens bezeichnet werden«, insbesondere da in Deutschland ein starker Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeitsmarktposition besteht.

34 Zu bedenken ist allerdings immer auch, dass »Daten über Individuen […] für deren Forderung genutzt werden [können]«, aber durch die »dabei notwendige Kategorisierung […] auch die Gefahr einer sozialen Stigmatisierung [besteht]« (AKI, 2004: S. 2).

35 Von Nauck und Diefenbach (1997: S. 290) wird zu solchen Aufzählungen möglicher Ursachen allerdings kritisch angemerkt, dass »die Mehrzahl der ›Gründe‹ für einen mangelnden Bildungserfolg ausländischer Kinder im deutschen Bildungssystem im Rahmen unsystematischer Fallstudien und unter Verzicht auf die Einbeziehung irgendeiner Vergleichsgruppe vorgetragen worden [sind].«

Nie mehr Fußball

Mit Rollstuhl im Containerdorf

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 23.12.2005

Dieser Artikel gilt einem achtjährigen Jungen, der seit einem Unfall querschnittsgelähmt ist und mit seiner Familie zu den Ärmsten im Lande gehört.

Skender war mit seinen Großeltern zu Fuß unterwegs nach Hause. Er stapfte einfach hinter ihnen her – und war vielleicht nicht mehr hellwach. Doch die genauen Umstände des tragischen Geschehens im Februar 2004 lassen sich nicht mehr rekonstruieren. Fest steht, dass der Bub von einem Wagen erfasst und schwer verletzt wurde. Die Folge: eine Querschnittslähmung. Fünf Monate lang lag er in Pristina, der Hauptstadt des Kosovo, im Krankenhaus.

Die medizinischen Möglichkeiten waren indes rasch erschöpft. Ja, die »unzureichende Versorgung führte zu Fehlhaltungen der Gelenke mit schmerzhaften Verspannungen und Druckgeschwüren«, stellte das Förderzentrum für Körperbehinderte in Nürnberg fest. Hier besucht der Junge die erste Klasse – und schlägt sich wacker, obwohl er in Deutsch natürlich noch einiges nachholen muss. Dabei fällt es ihm (noch) schwer, seine Finger zu bewegen. Damit er lernt, einen Stift zu halten und zu schreiben, und er wenigstens einen Computer bedienen kann, hat ihm seine Ergotherapeutin eine Handschiene angefertigt.

Beinahe überflüssig zu erwähnen, dass Skender auf einen Rollstuhl angewiesen und auch oft hinein- oder herausgehoben werden muss – zum Beispiel auch auf der Toilette. Da Flüchtlingen solche Hilfsmittel verwehrt bleiben, hat ihm die Diakonie einen Rollstuhl geliehen. Dennoch beschreiben die Sonderpädagogen, Therapeuten und Pflegekräfte den Achtjährigen als aufgeweckten Jungen. Kein Wunder: Vor dem Unfall tollte er viel im Freien herum und spielte Fußball. »Das war auf einen Schlag vorbei und so bitter, dass er sich lange regelrecht verkroch«, schildert eine Betreuerin ihre Eindrücke. Inzwischen lacht er wieder häufiger.

Bedrückend und erschwerend wirken sich allerdings die Lebensumstände aus: Die sechsköpfige Familie – Skender hat drei kleine Geschwister – ist noch in einer Containersiedlung für Flüchtlinge einquartiert. Behinderte Bewohner sind hier eigentlich nicht vorgesehen – die Mini-Zimmer sind darauf jedenfalls nicht eingerichtet. »Es ist der schlimmste Fall seit mehr als zehn Jahren«, betont auch die Sozialpädagogin in der Siedlung. So schläft Skender mit seiner Mutter auf einer Matratze auf dem Boden. Mehrmals in der Nacht muss die Mutter ihn umdrehen und neu lagern, um Druckgeschwüre zu vermeiden.

Ausbildungsmarkt

Am Ende des Berufsberatungsjahres 2002/2003 im September 2003 blieben im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg 406 ausbildungssuchende Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Dies waren 117 oder 40,5 % mehr als Ende September 2002 und damit auch die höchste Zahl nicht vermittelter Bewerber seit 1999 (BA; 2004b: S. 10). Von diesen 406 nicht vermittelten Bewerbern waren 23 % Jugendliche ausländischer Herkunft. Auffällig ist die deutliche Erhöhung des Anteils nicht vermittelter Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluss. So konnten 130 Jugendliche oder 32 % gegenüber 64 Jugendlichen bzw. 22 % im Vorjahr trotz mittlerem Schulabschluss nicht in Ausbildung vermittelt werden, was die Konjunkturabhängigkeit des Ausbildungsmarktes widerspiegelt (BA, 2004b: S. 10 f.). Besonders bemerkenswert ist, dass es sich bei den 67 nicht vermittelten Bewerbern mit Studienberechtigung zum großen Teil um Jugendliche mit Migrationshintergrund handelt, die aufgrund ihres Notendurchschnitts nicht zu den gewünschten Studiengängen zugelassen wurden (BA, 2004b: S. 11).

Im Zeitraum von Januar bis Dezember 2002 traten insgesamt 3 034 Jugendliche und junge Erwachsene in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen des Arbeitsamtes Nürnberg ein, wobei der Anteil ausländischer Lehrgangsteilnehmer bei 27 % lag. Hier ist zu bedenken, dass ein zunehmender Anteil Jugendlicher ausländischer Herkunft die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und daher statistisch als Deutsche erfasst werden. Ebenso werden junge Aussiedler in der Statistik als Deutsche geführt. Wenn man diese drei Gruppen der ausländischen Jugendlichen, Jugendlicher ausländischer Herkunft mit deutscher Staatsangehörigkeit und junger Aussiedler zu einer Gruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund zusammenfasst, ergibt sich ein Anteil von über 40 % an den Lehrgangsteilnehmern (BA, 2004b: S. 21).

Zusammenfassung

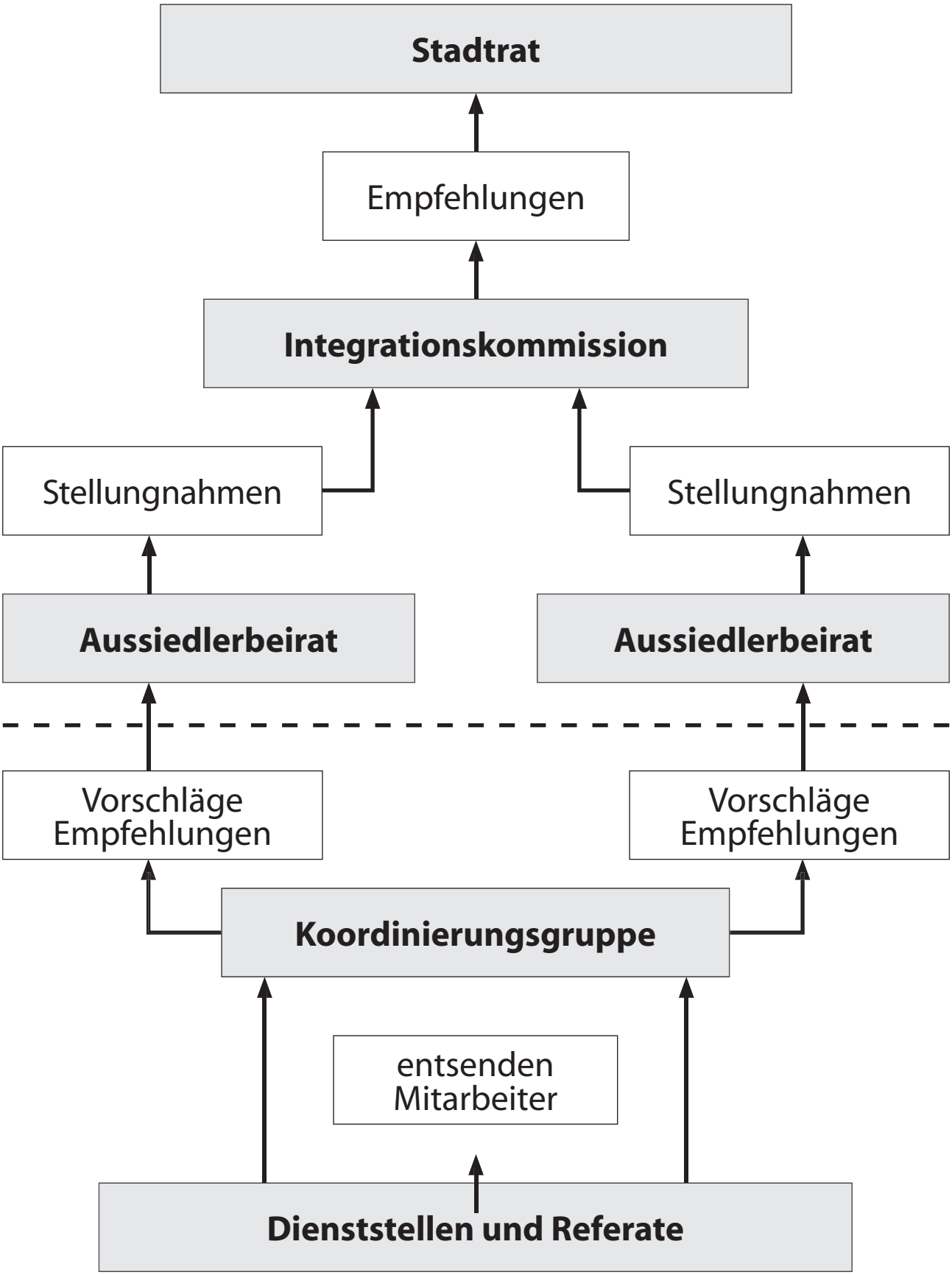
Die Analysen in diesem Kapitel haben gezeigt, dass die Armutsgefährdung von Ausländern, die nach Daten der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2003 etwa 17 % der Nürnberger Bevölkerung ausmachen, sowie von Deutschen mit Migrationshintergrund (ca. 10 % der Nürnberger Bevölkerung) deutlich höher liegt als die aller Nürnberger Haushalte. Dies gilt zum einen für den Indikator Einkommensarmut. Hier liegt die Wahrscheinlichkeit, von Armut betroffen zu sein, für Ausländer etwa vier mal und für Deutsche mit Migrationshintergrund etwas doppelt so hoch wie die der Deutschen ohne Migrationshintergrund.

Ebenso trifft dies auf den Sozialhilfebezug zu, wobei hier für Deutsche mit Migrationshintergrund keine Statistiken vorliegen, da bei diesen Daten nur die Staatsangehörigkeit, nicht aber ein möglicher Migrationshintergrund berücksichtigt wird.

Auch im Bereich des Wohnens wurden Benachteiligungen insbesondere von Ausländern, aber auch von Deutschen mit Migrationshintergrund festgestellt. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person beträgt hier für Deutsche mit Migrationshintergrund nur 84 % und für Ausländer nur 71 % der aller Nürnberger Haushalte.

Im Hinblick auf die Bildung ist schließlich festzustellen, dass Migrantenkinder im Vergleich zu deutschen Schülern an Nürnberger Gymnasien deutlich unter- und an Hauptschulen deutlich überrepräsentiert sind.

Abbildung: Struktur der referatsübergreifenden Zusammenarbeit in Migrationsfragen



4.3 Alter, Krankheit, Behinderung

Ältere Menschen

Alt zu sein bedeutet nicht zwangsläufig die Gefahr, von Armut betroffen zu sein. »Altersarmut« von der in den 70er Jahren oft zu lesen war und die ältere Frauen in besonderer Weise getroffen hatte, bildet inzwischen einen eher kleinen Anteil derer, die zur Bewältigung ihres Lebens der finanziellen Unterstützung des Staates bedürfen.

Mit der Einführung der Pflegeversicherung 1995 (ambulanter Bereich) und 1996 (vollstationärer Bereich) sollten weitere Weichen gestellt werden, um Sozialhilfebedürftigkeit im Alter zu vermeiden, was zunächst auch gelang. Diese Entwicklung ist allerdings inzwischen rückläufig – die Zahl sozialhilfebedürftiger Senioren in Heimen stieg gegenüber den Anfangsjahren des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) wieder an.
Die folgende Übersicht zeigt differenziert die Altersverteilung sozialhilfebedürftiger Senioren:

Tab. 14: Senioren als Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

im Alter von	31.12.1998	31.12.2002	Veränderung gegenüber 1998	
			abs.	%
60–64	1.175	1.512	337	28.7
65–69	712	1.143	431	60.5
70–79	802	1.251	449	56.0
80–89	250	293	43	17.2.
90 u. älter	45	57	12	26.7
Summe	2.984	4.256	1.272	42.6

Quelle: Sozialamt, Stadt Nürnberg

Sehr deutlich wird, dass es in jeder Altersgruppe einen absoluten wie relativen Anstieg der Sozialhilfeempfänger gegeben hat. Zwischen 65 und 79 Jahren war der prozentuale Zuwachs mit 60,5 bzw. 56 % sogar ausgesprochen hoch; Gleiches gilt wenn man die Gesamtzahl der über 65-Jährigen betrachtet und feststellt, dass deren Zahl um 42,6 % angestiegen ist. Gemessen an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger betrug der Anteil der Senioren (also 65 Jahren und älter) 1997 10,2 %, im Jahr 2002 waren es sogar 15,2 % – dies ist ein Anstieg von nahezu 50 %.

Es ist also in jeder Hinsicht ein **Zuwachs der Zahl sozialbedürftiger Senioren** zu verzeichnen, die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) beziehen, auch wenn deren Anteil an den Nürnberger Senioren (93.091 über 65-Jährige in 2002) mit 3,3 % insgesamt nicht so sehr hoch zu sein scheint. Leider war es nicht möglich, differenziertere Zahlen über die älteren Menschen zu bekommen, die über die HLU hinaus Unterstützung von örtlichen (z. B. Hilfe in besonderen Lebenslagen/Hilfe zur Pflege) oder überörtlichen (Sozialhilfe in vollstationären Pflegeeinrichtungen) Sozialhilfeträger erhalten.

Grundsicherung reicht kaum zum Leben

Einst findiger Tüftler stürzte sich für Beerdigung seiner Frau in Schulden

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 28.11.2005

Wenn die Kerzen vor dem Bild auf dem Couchtisch brennen, kullern die Tränen. Mit der kleinen Andachtsstätte hält Horst W. (Name geändert) die Erinnerung an seine Frau wach. Im Januar jährt sich ihr Tod zum vierten Mal; über den Schmerz kommt der 75-Jährige nicht hinweg.

»Sie war zwar deutlich älter als ich, aber so fit, dass sie am Tag zuvor noch den Hof gekehrt und Fenster geputzt hatte«, erzählt der Rentner. In der Nordstadt war das Paar seit weit über 40 Jahren in einer bescheidenen Wohnung der wbg zu Hause. Als geschickter Handwerker versuchte W. viel selbst zu renovieren und zu gestalten.

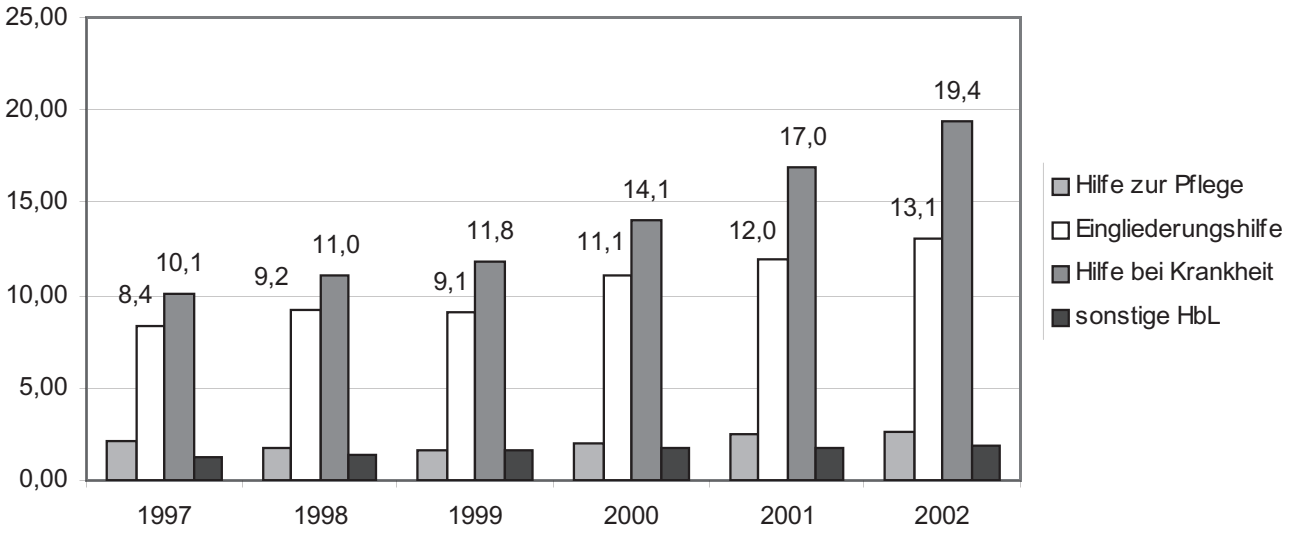
Aber die Erfahrungen rund um den Tod seiner Frau haben ihn offenkundig so gelähmt, dass viele Arbeiten, die er sich vorgenommen hatte, liegen geblieben sind. So zeigt die Wand im Bad den blanken Mörtel – die Kacheln liegen aufgeschichtet daneben; in der Küche ist der selbst konstruierte Spültisch nur halb fertig geworden, im Wohnzimmer fehlen Tapete, Heizkörperverkleidung und Polster auf dem Sofa. Indes bewältigt Horst W. mit erstaunlicher Kraft alle täglichen Aufgaben – vom Wischen bis zum Bügeln. Der gelernte Elektriker hatte einst einen Getränkeladen betrieben, aber nebenher viel Energie – und Geld – in Tüfteleien gesteckt, um zum Beispiel einen überlaufsicheren Kochtopf oder einen Fahrradantrieb mit zwei Ketten zur Patentreife zu bringen. Doch gelang es ihm nie, seine Erfindungen Gewinn bringend zu verkaufen.

Heute bleiben Horst W. nach Abzug aller Ausgaben für Miete, Strom und die Tilgung von Bankschulden für die Beerdigungskosten monatlich gerade 100 € zum Leben – trotz der Aufstockung seiner Mini-Rente durch die Grundsicherung. Dass er überhaupt über die Runden kommt, verdankt er nicht zuletzt kleinen Zuwendungen seiner Kirchengemeinde und der Großzügigkeit eines Altenheims, wo er ab und zu eine warme Mahlzeit erhält.

Ob Sommer oder Winter, ist er mit denselben, längst abgetretenen Schuhen unterwegs; selbst den Besuch beim Friseur schiebt er immer wieder hinaus. Was sich auch nur halbwegs versilbern ließ, hat er längst ins Pfandhaus getragen.

Dennoch kann mit der nachfolgenden Grafik Auskunft darüber gegeben werden, wie sich die Ausgaben der »Hilfe zur Pflege« und der »Hilfe bei Krankheit« in den letzten Jahren verändert haben. Es liegt nahe, dass von den wachsenden Ausgaben auch viele ältere Menschen betroffen sind.

Tab. 15: Hilfe in besonderen Lebenslagen – netto in Mio. €



Quelle: Sozialamt, Stadt Nürnberg

Deutlich ist, dass die Zahl derjenigen, die Hilfe in besonderen Lebenslagen und Sozialhilfe in Heimen erhalten, stetig steigt. Gemessen an der Zahl der älteren HLU-Empfänger ist von einer wesentlich höheren Zahl Nürnberger Senioren auszugehen, die in irgendeiner Form von Kommune oder Bezirk finanzielle Unterstützung erfahren.

Betrachtet man die Gründe für diese Entwicklung auch auf dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um eine künftige Senkung des Rentenniveaus und niedrigere Rentenerhöhungen bei gleichzeitiger Verpflichtung zu höherer Eigenbeteiligung an Gesundheits- und Pflegekosten, dann ist absehbar, dass sich dieser Trend zu Lasten der Sozialhilfe fortsetzen wird.

Deutlich wird dies bereits an der letzten Bestandserhebung im Rahmen der Bedarfsermittlung (Stadt Nürnberg, Seniorenamt, Hrsg.: Die Versorgung der Stadt Nürnberg mit Pflegediensten und -einrichtungen im Sinne des SGB XI (Pflegeversicherungsgesetz), 2. Fortschreibung der Bedarfsermittlung gem. SGB XI in Verbindung mit den Bay. Ausführungsbestimmungen; Nürnberg, April 2003): Hier wurden die Pflegeeinrichtungen gefragt, zu welchen Anteilen sie sich durch welche Kostenträger refinanzieren. Der Vergleich mit der letzten Erhebung (zum Stichtag 31.12.1998) ergab vor allem in den versorgungsintensiven Bereichen der ambulanten und vollstationären Pflege eine eindrucksvolle Entwicklung, die dem angesprochenen »Trend«, dass zunehmend und stetig mehr ältere Menschen in die Sozialhilfe gleiten, bestätigt:

Tab. 16

Kostenträger	jeweiliger Anteil an der Refinanzierung in %				Veränderung gegenüber 1998 in %			
	amb. Bereich	vollstat. Pflege			amb. Bereich		vollstat. Pflege	
	1998 **	2001 **	1998 ***	2001 **	Abs.	%	abs.	%
Krankenkassen	41.5	37.8	-	-	–3.7	–8.9	-	-
Pflegekassen	44.4	41.9	60.8	51.5.	–2.5	–5.6	–9.3	–15.3
Selbstzahler	9.6	14.2	29.0	35.0	4.6	48.0	6.0	20.7
Sozialhilfeträger *	4.2	6.1	8.3	13.1	1.9	45.2	4.8	57.3
Sonstige	-	-	1.9	0.5	-	-	–1.4	–73.7

Quellen:

* im ambulanten Bereich ist der örtliche Sozialhilfeträger (Stadt Nürnberg) im stationären Bereich der überörtliche Sozialhilfeträger (Bezirk Mittelfranken) zuständig

** die Zahlen entstammen der 2. Fortschreibung der Bedarfsermittlung, April 2003, S. 36 und 94

*** s. 1. Fortschreibung der Bedarfsermittlung, Januar 2000, S. 94 und eigene Berechnungen

Angesichts der Zahlen wird es notwendig sein, die dargestellte Entwicklung weiter in dem Bewusstsein zu beobachten, dass sich hinter den »strukturellen Veränderungen« die zunehmend enger werdenden Rahmbedingungen für die Lebensgestaltung und Lebensqualität vieler Einzelner verbergen, deren Alltagsbewältigung damit nachhaltig beeinflusst wird. Auch wenn die genannten Zahlen gerade im Falle der Pflegebedürftigkeit nicht sehr konkret sind, so kann angesichts der eingetretenen und sich fortsetzenden Entwicklung davon ausgegangen werden,

- dass via »Erhöhung der Eigenbeteiligung« künftig im Gesundheits- und Pflegebereich diejenigen stärker mit finanziellen Eigenleistungen beteiligt werden, die sich dies leisten können und in der Folge aber
- der Anteil derer weiter steigen wird, die angesichts dieser stetigen Erhöhungen Sozialhilfe in Anspruch nehmen (oder aber auf Leistungen verzichten) müssen.

Der zweite Punkt wird der »Preis« für den ersten sein und es bleibt abzuwarten, ob dieser Preis nicht letztlich über dem vermeintlichen »Gewinn« liegen wird.

5. Wege der Armutsprävention und Armutsbekämpfung[36]

5.1 Krisen als Lehrmeister

Ein Teil der Sozialarbeit besteht aus Krisenmanagement, Gaben aus Spendentöpfen und kurzfristigen Hilfen, deren Sinnhaftigkeit manchmal in Frage gestellt wird.

Aber das Leben ist nie vollständig planbar. Immer gibt es überraschende Erfolge, kleine Wunder und immer wieder gibt es Krisen und Schicksalsschläge. Wenn unsere Hilfesysteme mit Krisen oder Notfällen konfrontiert sind, müssen sie helfen können.

Dazu braucht es Mittel zum Krisenmanagement, dazu braucht es Notfonds für Unvorhersehbares.

Doch manche Krisen und Notfälle kehren regelmäßig wieder.

Sie sind damit vorhersehbar und sie sind Ergebnisse erkennbarer Mechanismen. Ein Haushalt der in einem Jahr aufgrund einer überraschenden Heizkostennachzahlung in Not kommt, wird nach der Spende für 2006 die gleiche Situation 2007 wieder vorfinden, wenn die Ursachen der wiederkehrenden Krise nicht verändert werden. Ursachen können ineffiziente Heizungsanlagen sein, Energieverschwendung, alte undichte Fenster, fehlende Isolierung und natürlich die massiv steigenden Energiepreise.

Deshalb ist das Krisenmanagement ein wichtiges Lernfeld für Armutsprävention, weil aus wiederkehrenden »Überraschungen« Konsequenzen gezogen werden müssen.

Alle Analysen dieses Sozialberichts zeigen übereinstimmend, dass, wie immer Armut gemessen wird, Armut und Armutsrisiko **kein** Problem gesellschaftlicher Randgruppen und unkalkulierbarer Schicksalsschläge ist. Armut betrifft vor allem Familien, überproportional mit wachsender Zahl von Kindern.

Studien, die den Verlauf von Armutsprozessen analysieren, zeigen zudem, dass Armut selten sozusagen über eine Familie hereinbricht, sondern oft ein länger dauernder, schleichender Prozess ist, der immer auch wieder umgekehrt und überwunden werden kann!

Um nun Krisen als Lehrmeister zu nutzen, wurden zwei Jahrgänge der »Freude-für-Alle-Fälle« der Nürnberger Nachrichten ausgewertet. Zusätzlich wurden die »Fälle« des Notfonds analysiert und »Fallbeispiele« aus der Praxis des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) und aus Gesprächen mit Praktikerinnen verschiedener Handlungsfelder herangezogen.[37]

Diese Analysen ergaben die folgenden sieben Kernfelder von Armutsprävention. Sie sind die erkennbaren Muster wiederkehrender Probleme, wir nennen sie auch »Armutsfallen«.

36 In den letzten Kapiteln wurden »klassische Handlungsfelderdargestellt, hier soll es um zusätzliche innovative Ansätze gehen.

37 Ausgewählte Fallbeispiele finden sich im Text dieses Bandes zur Veranschaulichung abgedruckt.

Mann im Teufelskreis

Wie man unschuldig in Not gerät

von Siegfried Ruckdeschel, NN 17.12.2006

Einer wie Erich hält sich am Arbeitsmarkt schwer über Wasser. Unbeholfen, ängstlich, gutgläubig wie er ist, wird er leicht zum Opfer. Die letzten drei Monate waren für den 37-Jährigen geprägt von Ratlosigkeit und Existenzangst. Richtig eng wurde die Lage für den Ledigen, als seine Mutter, mit der er die Wohnung teilte, wegen Demenz in ein Pflegeheim kam. Er hatte sie gepflegt, hatte deshalb auch mit von Rente und dem Pflegegeld gezehrt. Beides fiel mit einem Schlag weg.

Erich fand bei einer Abbruchfirma Arbeit. Diese hatte wegen der schlechten Zahlungsmoral ihrer Auftraggeber selbst zu kämpfen. Der Chef blieb den Lohn für September, Oktober und November schuldig, vertröstete ihn immer wieder, drückte Erich ab und zu zehn oder 20 € in die Hand. Erich landete in einem Teufelskreis.

Er musste sich verschulden; es blieb ihm gar nichts anderes übrig. Als die Firma ihn im November »wegen Arbeitsmangels« entließ, bestätigte sie schriftlich die Lohnrückstände (rund 2600 €) und lobte den Gekündigten: »Wir waren mit der Arbeitsleistung sehr zufrieden.« Wenn sich die Geschäftslage nicht ändere, müsse man über eine Firmenschließung bzw. einen Insolvenzantrag entscheiden.

Das half dem Entlassenen wenig. Solange die Insolvenz nicht offiziell beantragt war, konnte Erich kein Arbeitslosengeld von der Bundesagentur für Arbeit verlangen. Er musste bei der ARGE Nürnberg das verminderte Alg II beantragen. Dies wurde erst ab 28. November gewährt, wobei die ARGE jedoch alle ausstehenden Löhne oder eventuelle Insolvenzgelder bei der Firma sofort für sich beanspruchte. Das bedeutet: Die angelaufenen Schulden wird Erich nicht tilgen können.

Am schlimmsten wirkten sich seine Mietschulden aus. Der Hausherr verlangte die sofortige Räumung der Wohnung. Der Mieter stand unter Druck und glaubte, tatsächlich von heute auf morgen auf der Straße zu stehen.

Früher hat das Sozialamt, um eine Obdachlosigkeit zu vermeiden, Mietschulden übernommen. Diesmal lehnte die Behörde ab. Nach dem Auszug der Mutter sei die Wohnung zu groß und zu teuer. Erst wenn er wieder einen Arbeitsvertrag vorlegen könne, lasse sich über die Übernahme der Mietrückstände reden. Dass Erich nie Sozialhilfe bekommen habe, sei für die Ablehnung unerheblich.

Die städtische Sozialpädagogin hingegen urteilte: »Der Mann ist völlig unschuldig in Notlage geraten.«

Übrigens: Wegen der Schulden steht Erich nun auf der Schufa-Liste. Das erschwert die Suche nach einer billigen Wohnung, weil auch soziale Wohnungsunternehmen zunehmend bei der Schufa Erkundigungen einziehen. Damit finden gerade Hilfsbedürftige oft nur noch über Makler eine Wohnung, die relativ teuer ist, und das Sozialamt verweigert die Hilfe. Ein Teufelskreis.

5.2 »Armutsfallen«

Die folgenden sieben Kernfelder der Armutsprävention sollen skizziert werden:
- Energieverbrauch – Energiekosten
- Konsumverhalten, wirtschaftliche Haushaltsführung
- Krankheit, Behinderung, Sucht
- Bildungsdefizite
- Familieninstabilität, Trennung und Scheidung
- Einsamkeit und Isolation
- (Arbeitslosigkeit).

Alle Kernfelder werden kurz begründet und z. T. werden Maßnahmevorschläge für die Stadt Nürnberg entwickelt. Das Kernfeld »Arbeitslosigkeit« muss hier zwar genannt werden, da es die Hauptursache von Armut darstellt, aber aufgrund der durch Hartz IV ausgelösten Reformen in die primäre Zuständigkeit der Agentur für Arbeit bzw. der ARGE fällt.

Neben den vielen Partnern der Armutsprävention ist die Arbeitsgemeinschaft zur Arbeitsmarktintegration (ARGE) Nürnberg, sicher einer der wichtigsten.

Im Übrigen stellt die Reihenfolge der Armutsfallen keine Rangfolge dar. Während die Arbeitslosigkeit zweifellos die Hauptursache der Armut darstellt, wird mit dem Beispiel der Energieschulden begonnen, da es ein konkret abgrenzbares Handlungsfeld darstellt, das den Ansatz Armutsprävention exemplarisch anschaulich und greifbar macht.

Armutsfalle 1: Energiekosten

Sinnvoll sparen – mit aller Energie

Die Zahl der Menschen mit Energieschulden steigt Im Jahr 2004 gab es in Nürnberg 8.600 Stromsperrungen, 2005 waren es 8.900.

Das liegt einmal daran, dass die Energiekosten insgesamt steigen und zum anderen daran, dass gerade ärmere Haushalte nicht in Wohnungen leben, die von der Energieeffizienz her auf dem letzten Stand sind.

Ein Maßnahmenpaket könnte wie folgt aussehen:
1. Wir brauchen ein Energiekostenraster als Vergleichhintergrund: Kosten/m²/Person im Haushalt.
2. Der Nürnberg-Pass bietet einen Gutschein für Energieberatung:
   a) als Kurs im Stadtteil
   Individuelle Unterlagen können mitgebracht werden und werden von geschulten Hilfskräften durchgesehen.
   b) mit Hausbesuch
   Wenn Auffälligkeiten bestehen, kann eine Individualberatung mit Hausbesuch vereinbart werden. Dies umfasst
- Analyse der Energiekosten;

GEORG HOPFENGÄRTNER, Dezember 2005

Frau Wiesengrund bezahlt in ihrer 44 qm großen Zwei-Zimmerwohnung 160.- € Gas und Strom pro Monat. Die Besucher legen die Mäntel nicht ab, es ist kühl.

Mit ihrer Miete (365.- € inkl. Nebenkosten) bezahlt sie alleine für das Wohnen 530.- €. Frau Wiesengrund ist in einer Qualifizierungsmaßnahme der ARGE. Sie lebt im vierten Stock und hat eine kalte Zimmerdecke unter dem schlecht isolierten Dachboden.

Ihre Fenster schließen nicht mehr richtig. Der offen bleibende Spalt ist stellenweise bleistiftdick. Ein Außenrollo oder Fensterläden gibt es nicht, so dass vor allem nachts die Wohnung richtig kalt wird. Der Sohn von Frau Wiesengrund ist im ersten Jahr in der Grundschule. Er soll sich mehr anstrengen. Deshalb hat Frau Wiesengrund das ganze Spielzeug in den Keller geräumt. Der Keller wurde diese Woche aufgebrochen und das Spielzeug gestohlen. Rund 500.-€ waren das insgesamt. Die bringt Frau Wiesengrund nicht mehr zusammen. Die Polizei hat ein Protokoll aufgenommen. Es gibt keine Versicherung, die den Schaden bezahlen könnte.

- Suche nach Energielöchern in der Wohnung;
- Suche nach Energiefressern in der Wohnung;
- Prüfung des zutreffenden Stromtarifs;
- Hinweise zur ökonomischen Energieverwendung;
- Unterstützung bei Verhandlungen mit dem Eigentümer.

3. Nürnberger Initiative »Energiesparsanierung«
Die Sanierung sollte auf grundlegende Energiesparende Maßnahmen konzentriert sein.
Die Sanierung sollte dadurch kostenkontrolliert bleiben und nicht zwangsläufig Mieterhöhung nach sich ziehen, so dass sich der bisherige Mieter die sanierte Wohnung nicht mehr leisten kann:
z. B. nur neue Fenster
z. B. eine zweckmäßige Isolierung
z. B. Fensterläden oder Rollos
z. B. Energiesparende Geräte oder Heizungsvorrichtungen.

4. Mischfinanzierung der »Energiesparsanierung«:
Neben unterstützter Selbsthilfe könnten die Kosten gemeinsam finanziert werden durch
Hauseigentümer[38]
Mieter aus Energieeinsparungen
Ökoförderung/Wirtschaftsförderung[39]
Stiftungen, Spenden

Armutsfalle 2: Allgemeines Konsumverhalten

Aus Wenigem das Beste machen.

Wenn die Mittelschicht den ärmeren Schichten das Sparen und den Konsumverzicht schmackhaft machen will, ist das immer so eine Sache.[40]

Die »Spar Dich reich«-Rezepte sind immer nahe am Zynismus. Dass Sparen Spaß macht und dass man sich tagelang durch kalte Buffets »schnorren« könne, glauben eher diejenigen, die Sparen nicht nötig haben und auf Empfänge überhaupt eingeladen werden.

38 Die WBG hat im Rahmen ihres Programms »Ökoeffiziente Modernisierung im Bestand zur Reduzierung der Energiekosten« bereits ca. 10 % ihres Bestandes saniert.

39 Im »CO^2 - Gebäudesanierungsprogramm« der Bundesregierung werden für energetische Gebäudesanierung von 2006- 2009 jährlich 1,4Mrd € zur Verfügung gestellt.

40 »Der Reichtum des einfachen Lebens«, »Simplify your life«, »Die Kunst des stilvollen Verarmens« A. von Schönburg, 2005: »Die Kunst des stilvollen Verarmens will gelernt sein. Es gibt etliche Geheimnisse, wie man reich wird ohne dafür einen einzigen Heller zu zahlen.«(aus der Buchbeschreibung von buch.de)
»Der Luxus des einfachen Lebens«: »Es gibt einen verborgenen Reichtum, nach dem wir uns alle sehnen, den jeder haben kann und doch nicht weiß wie. Denn die einfachen Sachen sind oft die schwersten. Die meisten Schranken errichten wir uns selbst, weil wir von allem zuviel wollen oder uns zuviel aufladen. Der Reichtum der Einfachheit meint Konzentration auf das Wesentliche, nicht Askese. Wer die Kunst des einfachen Lebens kennenlernt, entdeckt, was Luxus sein kann. Wie wertvoll ist ein Nachmittag ohne Fax und Handy, an dem wir unerreichbar sind.«(aus der Buchbeschreibung bei buch.de)

Und dennoch stimmt es, dass Weniger Mehr sein kann. Viele Ältere wissen das aus eigener Vergangenheit. Fällt aber sogar freiwilliger Verzicht schwer, dann noch mehr der erzwungene. Unsere Gesellschaft ist eine Überflussgesellschaft. Das zeigt am deutlichsten der Erfolg der Nürnberg Tafel. Dieser »Erfolg« ist begründet im großen und z. T. großzügigen Angebot an Nahrungsmitteln und in der ständig wachsenden Nachfrage und im großen Engagement einer Gruppe von »Umverteilern«.

Es ist nicht angemessen, diese Aktivitäten als »Almosen« abzutun, die nichts verändern würden und »nur das Gewissen beruhigten«. Zum einen ist die engagierte Nothilfe von Bürgern auch eine direkte Form von »Zuwendung« und zum anderen ist es gut, wenn es noch ein Gewissen zu beruhigen gilt. Darüber hinaus sensibilisiert die Beschäftigung mit Menschen in anderen Lebenslagen als der eigenen und kann durchaus »beunruhigen«.

Wie weiter oben zum Thema »Nothilfe und Prävention« deutlich gemacht, muss die Hilfe auch nicht mit dem reinen Geben aufhören. Gerade mit der Nürnberger Tafel sind wir im Gespräch, von der reinen Lebensmittelvergabe dazu über zu gehen, auch zielgruppenspezifische Kurse zur Lebensmittelverwendung zu entwickeln, z. B. für Alleinerziehende, für Alleinstehende oder für Kinder.

Empirische Untersuchungen – auch in Nürnberg – haben immer wieder gezeigt, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien vielfach unter- und/oder falsch ernährt sind (kein Frühstück, keine warme Mahlzeit am Tag, Junkfood). Der Grund ist oftmals eine fehlende Haushaltskompetenz bei den Eltern bzw. eine Unkenntnis darüber, wie eine angemessene Ernährung der Familie auch mit geringem Einkommen ermöglicht werden kann. Es sollten daher durch Ernährungsberatung spezielle Schulungen mit folgendem Inhalt angeboten werden:

- Nahrungszubereitung (Vermittlung einfacher Kochkenntnisse)
- Haushaltsführung (Einkauf, Lagerhaltung, Resteverwertung, Preisbewusstsein)
- Überprüfung des Einkaufsverhaltens
- Einkaufstraining (wie lässt sich die Familie aus preiswerten Lebensmitteln ausgewogen ernähren).

Eine enge Zusammenarbeit mit der Zielgruppe des Nürnberg Passes ist denkbar. Zusätzlich ist die Tafel mittlerweile selbst Beschäftigungsträger zumindest für sinnvolle, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten.

Denkbar und wünschenswert wäre z. B. auch ein zusätzliches Angebot eines »Tafelladens«, vergleichbar dem »Josefslädchen« der Caritas in Bamberg. In diesem Laden können Bedürftige stark verbilligt bedarfsorientiert einkaufen und es fänden weitere Menschen sinnvolle Beschäftigung, vielleicht sogar bis zur Berufsausbildung.

Im Zuge unserer Konzepte werden bestehende Einrichtungen (Schuldnerberatung, Verbraucherberatung, Erziehungsberatung, das Bildungszentrum, die Tafel u. a.) zur Beteiligung an Armutsprävention eingeladen, und es werden im Rahmen einer konzertierten Aktion eigene spezifische Beiträge entwickelt und angeboten.

Im Folgenden werden beispielhaft Einrichtungen genannt, die in anderen Städten zur Beteiligung an Armutsprävention gewonnen werden konnten und die im Rahmen einer konzertierten Aktion Beiträge geleistet haben:

Arbeitsgemeinschaft ev. Hausfrauen des Deutschen Evangelischen Frauenbundes e.V., Förderkreis Bayern	»... auch Haushaltsführung will gelernt sein ?!« »Armutsprävention durch Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen bei Spätaussiedlern« (Schweinfurt)
Beratungsdienst der Sparkassen »Geld und Haushalt« im Deutschen Sparkassen und Giroverband	Logistische Unterstützung des Gesamtprojekts durch Bereitstellung von Materialien und Vortragskapazitäten sowie Entwicklung zielgruppenspezifischer Angebote
Bildungswerk Hauswirtschaft e.V., Düsseldorf	Kursangebote in Modulform bis zum beruflichen Vorbereitungslehrgang zur Hauswirtschafterin
Caritasverband	»Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen von Frauen in benachteiligten Lebenssituationen« (Trier) »Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen in Familienhaushalten « (Leipzig) »Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen in Multiproblemfamilien« (Freiburg)
Deutscher Hausfrauen-Bund	»Auskommen mit dem Einkommen« (Landesverband Hessen e.V.) »Armutsprävention durch Vermittlung von Haushaltsführungskompetenzen bis zum beruflichen Abschluss« (Ortsverband Augsburg e.V.) »Unterstützung von Frauen bei der ökonomischen Führung des Haushalts in finanziellen Notlagen« (Ortsverband Leipzig e.V.)
Evangelische Diakonissenanstalt Stuttgart und Weraheim Stuttgart sowie Diakonisches Werk der EKD e.V., Stuttgart	»Das bisschen Haushalt ...«
Quelle: Kursbuch zur Armutsprävention und Milderung defizitärer Lebenslagen durch Stärkung von Haushalts- und Familienkompetenzen,2002, Hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (dgh), Aachen unter Beteiligung der Universitäten Bonn und Gießen, gefördert vom BMFSFJ.	

Notfalls nur Nudeln mit Zucker

Viele Kinder müssen oft auf gesunde Mahlzeiten verzichten

von Siegfried Ruckdeschel, NN 11.12.2004

Bei uns verhungert keiner. Aber Hunger kommt durchaus öfter vor. Für viele Kinder ist das Mittagessen in einer Kindertagesstätte die einzige warme, gesunde Mahlzeit am Tag. Nun mehren sich die Meldungen, dass Eltern das Kostgeld nur teilweise oder überhaupt nicht aufbringen können. Einigen wurde bereits angekündigt, dass bei bleibendem Zahlungsrückstand die Kinder auf das Essen verzichten oder ganz aus der Tagesstätte ausscheiden sollen.

Das ist – pädagogisch wie psychologisch gesehen – ein großer Schaden, weil er neben dem Hunger auch den Verlust der Spielkameraden bedeutet. Der Elternbeiratsvorsitzende eines Kindergartens will jetzt mit Hilfe von »Freude für alle« einen Notfonds einrichten, weil die »Essenssituation für einige bedürftige Kinder katastrophal ist«. Den Eltern sollen die Kosten nicht generell abgenommen werden, aber man will Notzeiten überbrücken können.

Ingrid Wiesenmüller vom Deutschen Kinderschutzbund in Nürnberg berichtet von vielen Kindern mit Mangelernährung. Zucker und Nudeln seien in Familien mit kleinen Einkommen oft das letzte Gericht, wenn es auf das Monatsende zugeht. Der Kinderschutzbund hat für zwei Kinder, die dringend auf den Kinderhortplatz anwiesen sind, Stiftungsmittel vermittelt und so den Hortplatz gerettet.

»Die mangelnde Versorgung ist an der Tagesordnung«, sagt die Diplomsozialpädagogin Heinke Keblawi vom Spielhaus Gostenhof. »Manchmal erschreckt es mich, wie hungrig viele Kinder ins Spielhaus kommen. 25 bis 30 Kinder hatten wir immer. Aber jetzt sind es 40 bis 50.« Das Spielhaus gewährleistet durch eifriges Spendensammeln bei Firmen, am Großmarkt und im Knoblauchsland, dass die Kinder kostenlos eine warme Mahlzeit bekommen. »Früher gab es einen Nachschlag. Jetzt nicht mehr.«

Der Katholische Kindergarten St. Anton in Gostenhof hat seit 15 Jahren eine Köchin in Teilzeit angestellt. Ingrid Edenharter kauft ein und kocht für 45 Kinder aus 18 Nationen und nimmt dabei Rücksicht auf die Muslime. Für Eltern, die zahlungsunfähig sind, zahlt die Pfarrei einen Zuschuss. Argument für die Küche war, »dass viele Kinder ohne warme Mahlzeit auskommen müssen«. Aber jedes Jahr fragen sich die Pfarrei und der Kindergarten aufs Neue, ob sie sich eine Köchin überhaupt leisten können.

Was bringt Eltern in Notlagen, so dass sie nicht mal 45 € im Monat Kostgeld zahlen können. Das Leben am Existenzminimum gleicht einem Balanceakt auf schmalem Brett. Wer einmal daneben und in eine Schuldenfalle tritt, holt das nur schwer wieder auf. Manche Eltern verlieren die Arbeit, bekommen das letzte Gehalt nicht und noch kein Arbeitslosengeld und stecken schon in der Schuldenfalle.

Armutsfalle 3: Krankheit, Behinderung, Sucht

Gesundheit ist (k)eine Preisfrage?

Sozial benachteiligte Menschen sind größeren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt und besitzen aus verschiedenen Gründen einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem bzw. nehmen die vorhandenen Angebote nicht ausreichend wahr[41]. Um hier gezielt präventiv und kompensatorisch handeln zu können, fehlen empirische Daten. Als eine mögliche Lösung wurde bereits im ersten Teil vorgeschlagen, im Rahmen der Wohnungs- und Haushaltserhebung regelmäßig Daten zum Gesundheitszustand der Bevölkerung abzufragen.

Von den erhöhten Gesundheitsrisiken sind Kinder und Jugendliche in besonderem Maß betroffen. Maßnahmen zur Gesundheitsprävention sollten daher vor allem hier ansetzen. Es ist darauf zu achten, dass Beratungs- und Kursangebote möglichst niedrigschwellig, d. h. in der Regel stadtteilbezogen, angeboten werden.

Von Seiten des Gesundheitsamtes werden vor allem folgende Handlungsfelder gesehen:

Schwangerschaft und frühe Kindheit:
Hier geht es vor allem um eine Verbesserung der Gesundheitsaufklärung und um spezifische Angebote rund um die Geburt. Das gilt insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund, die über nicht genügend deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

Vorsorgeuntersuchungen:
Sozial benachteiligte Familien bedürfen oftmals einer gezielten Motivation zur vollständigen Inanspruchnahme der kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen, die dem Kind jeweils zustehen. Ein entsprechendes Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit ist zu entwickeln und umzusetzen.

Impfschutz:
Beim Impfschutz der Kinder ist ebenfalls eine gezielte Aufklärung und oftmals auch Motivierung insbesondere bei sozial benachteiligten Familien erforderlich. Künftige Impfkampagnen sind hierauf gezielt abzustellen.

Niedrigschwellige Säuglingspflegekurse:
Angebot niedrigschwelliger Säuglingspflegekurse vor Ort für Eltern, die einen dringenden Bedarf haben, die bestehenden Angebote jedoch nicht nutzen. Die Vermittlung sollte über den ASD erfolgen.

Stärkung der Ernährungskompetenz in der Schwangerschaft:
Aufklärung in Theorie und Praxis der Ernährung in Schwangerschaft, Stillzeit und beim Kind im ersten Lebensjahr durch Schulungsangebote für werdende Mütter.

41 Vgl. hierzu SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3.4.2005 »Arme sterben früher – Gesundheit ist in Deutschland auch eine Frage des Einkommens« oder »Wenn Armut krank macht«(NN, 5.5.2005 über das Schwerpunktthema des 108. Ärztetages 2005 »Armut und Krankheit«.

Kein Zuverdienst aus eigener Kraft

Schwerstbehinderte kann nicht einmal mehr in Werkstätte arbeiten

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 26.11.2005

Mehr als vier Jahrzehnte haben die Eltern alles gegeben, um ihre Tochter bei sich zu behalten. Eine aufopferungsvolle Aufgabe, denn Lilo kann weder Beine noch Arme und Hände richtig bewegen – die Fachleute sprechen von Tetraspastik. Von klein auf musste sie mit enormem Aufwand gepflegt werden: In einer Schale sitzend, ist sie von früh bis spät auf den Rollstuhl angewiesen. Und auf Menschen, die sie füttern oder waschen.

»Ich war immer für sie da und konnte deshalb nicht berufstätig sein. So bekomme ich heute keinen Pfennig Rente, obwohl ich bestimmt nicht weniger gearbeitet habe«, sagt die Mutter. Erst als die Eltern die Kraft beim besten Willen nicht mehr aufbrachten, ist Lilo ins Wohnheim der Lebenshilfe in Erlangen-Büchenbach gezogen.

Seit bald vier Jahren bestimmt dort der Rhythmus in einer gemütlich eingerichteten Wohngruppe und der Förderstätte ihren Alltag. »Ja«, bestätigt sie auf die Frage, ob sie sich wohl fühlt. Aber kurze Äußerungen verlangen ihr alles ab. Zwar versteht sie jedes Wort. Aber mit ihren Augen und der Mimik kann sie sich besser ausdrücken als mit der Stimme. Und so zeigt sie mit einem freundlichen Nicken, dass sie vor allem die Gemeinschaft zu schätzen weiß – es geht lebendig und abwechslungsreich zu. Neben den Eltern kommen von Zeit zu Zeit auch ihre beiden Schwestern zu Besuch.

Gerade weil ihr die Sprache nur schwer über die Lippen geht, ist es so wichtig, dass die 45-Jährige Tag für Tag beim Mittagessen allen laut »Guten Appetit« wünscht – eine Aufgabe, die sie mit ebenso viel Ernst und Hingabe erfüllt wie mobilere Heimbewohner etwa das Tischdecken. Als Schwerstbehinderte schafft sie es mit ihren Verkrampfungen aber nicht einmal mehr, einfachste Tätigkeiten in einer Werkstätte zu verrichten.

Die Folge: Während sich die meisten ihrer Mitbewohner ein Zubrot verdienen können, das von 67 € Grundlohn bis zu rund 800 € reicht, ist das Mindestentgelt für Schwerstbehinderte gestrichen worden, wie Heimleiter David Jacobs erläutert. So bleiben Lilo gerade mal 87 € Taschengeld im Monat, wie es der Bezirk etwa 9000 sozialhilfeberechtigten Heimbewohnern zahlt. »Der Betrag reicht sicher für das Allernötigste, aber größere Wünsche können sich die Betroffenen damit nicht erfüllen. Und Lilo gehört zu jenen Bewohnern, die auch von Angehörigen kaum zusätzliche Unterstützung erwarten können«, erläutert Jacobs.

Früherkennung von Störungen und Erkrankungsrisiken im Vorschul- und Schulalter:
Die Untersuchungen in ausgewählten Kindergärten und die Schuleingangsuntersuchungen bilden weiterhin ein wichtiges Instrument zur Erkennung von Entwicklungsstörungen und von Risikofaktoren für chronische Erkrankungen. Bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien sind Übergewicht, motorische Entwicklungsverzögerungen und eine defizitäre Sprachentwicklung besonders häufig zu beobachten.

Bewegungsangebote in Kindergärten und Grundschulen:
In den Kindertagesstätten und Schulen sind gezielt zusätzliche Bewegungsangebote für Kinder mit Entwicklungsverzögerungen, motorischen Defiziten und/oder Übergewicht anzubieten.

Gesundheitliche Beratung in Kindergärten:
In Kindergärten mit überwiegend Kindern aus sozial schwachen Familien sind durch den KJÄD in Absprache mit dem Erziehungspersonal verstärkt ärztliche Untersuchungen durchzuführen und Beratungsangebote für Eltern anzubieten.

Lebenskompetenzstärkung:
Untersuchungen zu den psychosozialen Determinanten für frühen Suchtmittelkonsum (Alkohol, Tabak, illegale Drogen) haben gezeigt, dass soziale Kompetenzdefizite (Nachgeben beim Konformitätsdruck durch die Peer-Group) dabei eine wichtige Rolle spielen. Zur Suchtprävention sind daher Angebote zur Lebenskompetenzstärkung (soziales Kompetenztraining) verstärkt in Schulen in sozialen Brennpunkten vorzuhalten.

Ernährungsberatung von Migrantenfamilien:
Aufklärung über ausgewogene Ernährung mit praktischer Umsetzung für ausländische Frauen vor Ort in verschiedenen Einrichtungen und im Rahmen von Projekten wie »Hippy« und »Opstapje«.

Verbesserung der Schulverpflegung:
Beratung und ggf. Schulung der Verantwortlichen für die Mittags- und Pausenverpflegung durch die Ernährungsberatung.

Gesundheitliche Versorgung wohnungsloser Menschen:
Eine sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppe, deren Einbindung in das Gesundheitssystem besonders schwierig ist, stellen die Menschen ohne festen Wohnsitz und/oder ohne rechtlich gesicherten Aufenthaltsstatus (»Illegale«) dar. Sie können i. d. R. nur durch speziell auf sie abzielende Angebote erreicht werden. Die medizinische Versorgung wird für diese Personengruppe in Nürnberg im wesentlichen durch die Straßenambulanz »Franz von Assisi« abgedeckt. Sie muss auf jeden Fall erhalten bleiben. Darüber hinaus wurden auf der Fachtagung »Gesundheitliche Versorgung wohnungsloser Menschen in Nürnberg« im Mai 2003 folgende zusätzliche Bedarfe formuliert:

Stationäre Unterbringung alter Wohnungsloser:
Angesichts der demografischen Entwicklung entsteht in den kommenden Jahren ein wachsender Bedarf an stationären Langzeithilfen für wohnungslose Menschen. Hierfür sind besondere Betreuungsformen, d. h. gesonderte stationäre Einrichtungen, erforderlich.

Defizite in der medizinischen Versorgung:
In der medizinischen Versorgung werden noch Defizite vor allem bei der aufsuchenden Hilfe und bei den Hilfen für wohnungslose Frauen gesehen. Hier ist auch die Kassenärztliche Vereinigung im Rahmen ihres »Sicherstellungsauftrags« für eine ausreichende ärztliche Versorgung der Bevölkerung gefordert.

Eine enge Kooperation zwischen Gesundheitsverwaltung (KJÄD, Ernährungsberatung) und den Dienststellen der Sozialverwaltung ist dringend erforderlich. Nur so ist sichergestellt, dass Problemfälle rechtzeitig erkannt werden und eine möglichst ganzheitliche Fallbearbeitung ermöglicht wird.

Behinderung

Die finanzielle Situation von Menschen mit Behinderung ist, verglichen mit der Situation nicht behinderter Menschen tendenziell schlechter.

Die Hauptursachen sind nach wie vor in der Beeinträchtigung von Menschen mit Behinderung in ihrer Erwerbsfähigkeit und damit auch in der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen zu suchen. Die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die hohe allgemeine Arbeitslosigkeit tragen ihren Teil dazu bei.

Behinderte Menschen zählen überproportional häufig zu den Armen, da sie oft arbeitslos sind und die erhaltenen Transfers (Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld usw.) nicht ausreichend sind.

Damit wird die Neu- bzw. Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt die Hauptaufgabe zur Beseitigung von Armut bei Menschen mit Behinderung sein.

Mag auch eine Verbesserung der gesetzlichen Instrumente in diesem Bereich wichtig sein und die Situation besser beeinflussbar machen, so wird doch letztlich die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung darüber entscheiden, ob es gelingen wird, besonders die Situation behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Dass Armut nicht nur mit Einkommen und Transferleistungen zusammenhängt, wird bei Behinderungen besonders deutlich. So ist es hier zusätzlich jede Form der Ausgrenzung der unsere Aufmerksamkeit zu gelten hat.

Es ist auch die Aufgabe der Kommune, in Umsetzung der Behindertengleichstellungsgesetze (BGG und BayBGG) für eine weitest gehende Barrierefreiheit im Stadtgebiet zu sorgen. Nürnberg könnte ein gutes Beispiel mit einem **Sozialrathaus** geben, das zu einem **Modell der Barrierefreiheit** ausgestaltet wird im Sinne eines niedrigschwelligen Zuganges auch für behinderte Menschen zu Hilfeleistungen.

Sucht

Sucht als Erkrankung, aber auch als Extremform selbstschädigenden und unwirtschaftlichen Verhaltens spielt im Kontext der Armutsprävention eine zentrale Rolle. Sucht ist gleichzeitig oft ein entscheidendes Hindernis, die eigene Lebenssituation zu verändern. Die in Nürnberg vorhandenen Einrichtungen der Suchtberatung, Suchttherapie und Suchtprävention sind deshalb verstärkt als Partner in die Armutsprävention mit einzubeziehen. Die rauchfreie Schule, das rauchfreie Krankenhaus, aber auch gezielte Unterstützung der Familien bei der Suchtprävention sind Ansätze hierzu. Das Hilfeangebot bei Spielsüchtigen sollte ausgebaut und beworben werden. Die intensivierte Zusammenarbeit der Suchthilfe und der ARGE Nürnberg lässt eine verstärkte Anstrengung der Arbeitsmarktintegration von (ehemals) suchtkranken Menschen erwarten.

Armutsfalle 4: Bildungsdefizite

Ohne Bildung arm dran!

Hier müssen wir unterscheiden zwischen einem Bereich **Bildung I,** er reicht von der Geburt bis zum Ende der Schulpflicht und tangiert damit die familiäre und institutionelle Vorschulerziehung und die allgemeinbildenden Schulen und den Bereichen **Bildung II und III**. sSie beginnen nach der allgemeinen Schulpflicht und reichen bis zum Lebensende. Bildung II und III unterscheiden sich darin, dass zum einen Grundqualifikationen (Lesen, Schreiben, Rechnen) kompensatorisch vermittelt werden sollen und zum anderen lebenspraktische Kenntnisse (finanzielle Allgemeinbildung, wirtschaftliche Grundkompetenzen, Banken, Versicherungen, Verträge, soziale Sicherung und Vorsorge, Schulden) ausgebaut und vertieft werden.

Bildung I: Vorschule und Schule,
(Grundqualifikationen und finanzielle Allgemeinbildung)
Bildung II: Erwachsenenbildung, Grundqualifikationen
(Lesen, Schreiben, Rechnen, – Analphabetismus –)
Bildung III: Erwachsenenbildung, lebenspraktische Fertigkeiten
(finanzielle und wirtschaftliche Grundkompetenzen, Versicherungen, Verträge, Vorsorge, Schulden)

Die große Bedeutung von Bildungs- und Lernangeboten vom frühkindlichen Alter an, ist unumstritten. Die Lernfähigkeit und -bereitschaft ist in den ersten Lebensjahren überdurchschnittlich groß und deshalb besonders gewinnbringend. Auch volkswirtschaftlich ist nachgewiesen, dass frühzeitige Investitionen in Bildung und Erziehung effizienter sind als spätere Hilfen. Wir sind es gerade den Kindern, die wegen schlechterer Startchancen im Bildungssystem zu scheitern drohen, schuldig, die frühen Jahre intensiv zu nutzen.

Auch nach der Einschulung finden Lern- und Bildungsprozesse nicht nur in der Schule sondern in erheblichem Ausmaß in anderen Kontexten statt. Die Familie hat dabei eine herausragende Rolle, aber auch informelle Gruppen und Vereine sind prägend.

Wenn wir natürlich festhalten müssen, dass die Vermittlung von Grundqualifikationen und auch von lebenspraktischen Fertigkeiten primäre Aufgabe des Elternhauses, der Vorschule und der

Frau mit Kämpferherz

Ehrenamtliche hilft Analphabeten

von Siegfried Ruckdeschel, NN 8.12.2005

Es dauert vielleicht eine Minute, bis der Mann seinen Wunsch hervorgebracht hat. Er ringt um jedes Wort, mit wachsender Panik: Am Ende atmet er erleichtert auf, doch die Frau am Tisch im »Haus der Barmherzigkeit« ist ratlos. Der Satz lautet: »Können Sie mir Lesen und Schreiben beibringen?«

Für einen 43-jährigen Analphabeten ist Lesenlernen normalerweise keine unmögliche Aufgabe. Doch wie soll das ein Sprachbehinderter schaffen? Wie klingt es, wenn er das Geschriebene laut vorlesen soll?

Wie ist er nur mit dem Handicap bisher durchs Leben gekommen? Seine Jugend war schon so schwer. Vater am Alkohol gestorben, Mutter unauffindbar. Im Oktober schied er aus dem Betreuten Wohnen aus; die Frist war abgelaufen. Aber selbstständig leben kann er noch nicht.

Christa R., die Helferin, lässt sich von der Aufgabe nicht schrecken. Sie war seit 30 Jahren ehrenamtlich tätig, zum Beispiel beim Roten Kreuz, bei der Caritas, den Brüggnbauern und der Selbsthilfe Körperbehinderter. Die Frau will eine Lösung finden. Sie sucht einen Lehrer, vielleicht die pensionierte Sonderschullehrkraft, die den Mann gegen Bezahlung unterrichtet.

Toni, wie wir ihn nennen wollen, hat in vielen Jobs gearbeitet. Er war Maler und Möbelpacker, im Reinigungsdienst, bei der Müllabfuhr und im Hafen beim Beladen von Schiffen. Alle Jobs hat er wegen seiner Sprachbehinderung verloren. Sein Handicap hat ihm Hohn und Spott eingebracht, und er hat sich mit Fäusten gewehrt. Zur Zeit hat er einen 1-Euro-Job bei der Noa.

Hilflos steht Toni vor der Anschlagstafel der Hausverwaltung. Da wird zum Beispiel gemeldet, dass der Schornsteinfeger kommt und alle Mietparteien im Hause sein sollen. Toni ist natürlich nicht da. Ihm entgeht auch, dass er an einem bestimmten Tag neue Hausschlüssel abholen soll. Am Abend steht er vor der verschlossenen Haustüre.

Man darf ihn nicht zu Adressen schicken, denn er kann Straßennamen nicht lesen. Die schriftliche Aufforderung von Behörden, dringend vorzusprechen, lässt ihn ebenso ratlos zurück wie Bescheide von der N-Ergie oder der GEZ. Jede Post im Briefkasten beunruhigt ihn.

Christa R. nimmt sich seiner an. »Er hatte nie in seinem Leben eine Chance, weil ihm nie jemand wirklich geholfen hat.« Sie wälzt das Telefonbuch, verabredet Arzttermine, erläutert Toni Attest und Rezept.

Energisch fügte sie hinzu: »Auf Grund meiner jahrzehntelangen Erfahrung kann ich versichern, dass es sich hier um einen traurigen, aber nicht aussichtslosen Fall handelt.

Schule darstellt, so ist auch eine Tatsache, dass bei einem nennenswerten Anteil von Erwachsenen aus verschiedensten Gründen in diesen Grundqualifikationen »Lesen, Schreiben, Rechnen, sprachliche Ausdruckfähigkeit« und in den lebenspraktischen Fertigkeiten Defizite vorhanden sind. Sie sind gleichwohl nicht vordergründig und leicht erkennbar. Die Betroffenen entwickeln zum Teil erhebliches Geschick, solche Stigmata zu verbergen. Dadurch werden diese Defizite einer Veränderung gegenüber schwer zugänglich. Zusätzlich wird oft mehr Energie verwendet, einen Mangel zu kaschieren, als ihn zu beheben.

Zum Thema Schulden hat die Stiftung Warentest in ihrer aktuellen Ausgabe von Finanztest (3/2006) zwei grundlegende Aspekte auf den Punkt gebracht:

1. Umgang mit Geldgeschäften erfordert zunehmend mehr Wissen und Durchsetzungsfähigkeit: *»Einen Kredit zum Zinssatz aus der Werbung zu bekommen, ist bei vielen Banken so wahrscheinlich wie beim Roulette auf die richtige Zahl zu setzen. Vorteil beim Roulette: die Spieler verstehen die Regeln. ... Aus 7 Prozent Zinsen für einen Ratenkredit können schnell 17 Prozent werden, wenn der Kunde nicht aufpasst.«* (S. 14)
2. Gedankenlose Überschuldung nimmt zu, auch schon bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen: *»Jeder fünfte Jugendliche hat Schulden[42] – bei der Bank, dem Versandhaus oder Mobilfunkanbieter, den Eltern oder Freunden ... Immer mehr junge Leute geraten in Zahlungsschwierigkeiten. Auslöser ist oft der sorglose Umgang mit dem Handy.«* Finanztest zitiert eine Schuldnerberaterin: *»mit dem 18. Lebensjahr nutzen dann viele Jugendliche die neue Freiheit und verlieren beim bargeldlosen Zahlungsverkehr den Überblick ... aus Unerfahrenheit, weil sie die Risiken von Vertragsabschlüssen nicht überblicken, weil sie erhebliche Defizite im Bereich der finanziellen Allgemeinbildung haben.«* (S. 19)[43]

Inhaltliche Schwerpunkte der Armutsprävention durch Bildung sollten deshalb sein:

- Stärkung der Erziehungsfähigkeit
- Umgang mit Geld (Finanzmanagement und Budgetverwaltung)
- Organisation und Planung in der Familie (Kommunikation, Zeitmanagement)
- Ernährung und Gesundheitsvorsorge
- Beschaffung und Verarbeitung in der Hauswirtschaft (Arbeits- und Verfahrenstechniken)
- häusliche Verwaltung und Sozialkompetenz im Umgang mit Behörden
- Familien- und Verbraucherrecht
- ökologisches und ökonomisches Verbraucherverhalten

Besondere Zielgruppen der Präventionsmaßnahmen durch Erziehungs- und Bildungsangebote könnten sein:

- Familienhaushalte mit mehreren Kindern
- Alleinerziehende
- Haushalte mit geringem Erwerbseinkommen
- Haushalte von Arbeitslosen
- Haushalte von Migrant(inn)en

42 im Durchschnitt 3.500 €

43 Zum Thema Konsumkredite, Schulden und Privatinsolvenzen wird in Kürze ein eigener Bericht vorgelegt werden.

Eine Großmutter reibt sich auf

Sechs Enkel zur Betreuung

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN-Blitz 13.11.2005

Sie kocht und schrubbt und wäscht, rackert sich ab und reibt sich auf – und ist doch oft den Tränen nah. Denn sie will ihren Schützlingen ein Zuhause bieten und spürt selbst nur allzu deutlich, dass sie überfordert ist und trotz aller Anstrengungen nicht vom Fleck kommt: Rana S. muss sich gleich um sechs durchaus temperamentvolle Enkelkinder kümmern und das seit Jahren.

Denn die Ehe ihrer Tochter war früh zerrüttet; weder die junge Mutter noch der Vater waren in der Lage, für den Nachwuchs zuverlässig zu sorgen. »Da musste ich einspringen, ich konnte die Kinder doch nicht sich selbst überlassen«, sagt die Großmutter.

Gewiss: Mit dem Blick von außen fällt es leicht, den Stab über die verantwortungslosen Eltern zu brechen. Aber den Kindern hilft das wenig; ein Rezept, die leiblichen Eltern in die Pflicht zu nehmen, gab es auch nicht. Nur die spontane Bereitschaft der Großmutter, sich um die Kinder zu kümmern und ihnen dadurch – wie übrigens dem Jugendamt – eine Unterbringung in einem Heim zu ersparen. Allerdings hat die 48-Jährige seit einem Unfall viel Kraft eingebüßt. Sie war ausgerutscht, erlitt einen Kapselriss, der nie ganz ausheilte, bewegt sich seither nur humpelnd und hat auch keine Arbeitsstelle mehr gefunden.

Allein schon die äußerst dürftige Einrichtung der Wohnung zeigt, dass es hier vielfach am Allernötigsten fehlt. Etliche Möbelstücke sehen aus, als könnten sie im nächsten Augenblick zusammenbrechen; Herd und Waschmaschine gehören eigentlich auf den Sperrmüll. Vier Kinder teilen sich ein spärliches Mansardenzimmer. Ihre Hausaufgaben müssen alle am einzigen großen Esstisch machen. Missgeschicke kommen hinzu: Weil sie keinen Staubsauger besitzt, wollte Rana S. kürzlich ihren Teppich nass reinigen – und hat ihn so vollständig ruiniert.

Um die Praxisgebühr zu sparen, traut sie sich kaum noch zum Arzt. Und nur mit Mühe konnte kürzlich eine Stromsperre abgewendet werden. Dass es im Umgang mit öffentlichen Einrichtungen immer wieder »hakt«, liegt nicht zuletzt daran, dass Rana S. Analphabetin ist. Gäben nicht ab und zu verständnisvolle Nachbarn etwas ab, stünde es um die Familie wohl noch schlechter.

Gründe genug, dass sie schon seit längerer Zeit intensiv vom Allgemeinen Sozialdienst der Stadt betreut wird, speziell auch durch Erziehungsbeistand. Denn angesichts der schwierigen Umstände gelten die Kinder – trotz des Einsatzes ihrer Oma – als emotional vernachlässigt, notiert die Sozialpädagogin.

Armutsfalle 5: Familieninstabilität, Trennung und Scheidung

Die Leistung der Familie für den Einzelnen und die Gesellschaft neu bewerten!

Die sogenannte Patchworkfamilie ist dabei, von der Ausnahme zur Regel zu werden.

Es sollte nicht eine so nie vorhandene heile Welt von früher zitiert werden. Unabhängig davon ist aber feststellbar, dass die Leistungen eines wie auch immer zusammengesetzten Familiensystems bei der Erziehung und Sozialisation von Kindern, aber auch bei der Stützung ihrer erwachsenen Mitglieder nicht hoch genug eingeschätzt werden können.

Umso höher ist die Leistung von Alleinerziehenden zu bewerten, die unter erschwerten Umständen versuchen, dieses zu schultern. Paradoxerweise finden diese unbezahlten Tätigkeiten erst dann Eingang in die Wertschöpfungsrechnung, wenn sie durch Professionelle geleistet werden müssen, weil ein Familiensystem überfordert ist.

In Nürnberg ist deshalb mit dem Bündnis für Familie (BfF) und der Kampagne Erziehung (KE) schon Modellhaftes geleistet worden, um die Familien und die Erziehungsfähigkeit zu stärken. Wenn dies auch nicht ausschließlich oder primär unter Gesichtpunkten der Armutsverhütung gesehen werden darf, so sind es doch unübersehbar wichtige Beiträge dazu.

Auf die Angebote der Erziehungsberatung, der Eheberatung und der Trennungs- und Scheidungsberatung (Mediation) städtischer und Freier Träger ist verstärkt hinzuweisen, um die Erziehungsfähigkeit von Familien zu stärken und um zu verhindern, dass im Falle der Trennung auf dem Rücken der Kinder und mit dem Risiko der völligen Verarmung gestritten wird.

Sehr detaillierte Hilfeansätze liegen als Ableitung des Forschungsprojektes »Armutsprävention bei Alleinerziehenden in Nürnberg« (DJI, 2005) vor. Diese sind in vier Handlungsfelder eingeteilt und werden kurz vorgestellt:

Beratung und Vermittlung

1. Verankerung von Elementen einer Sonderstruktur für Alleinerziehende bei der ARGE, entweder intern, z. B. besonders motivierte und qualifizierte Fallmanager(innen) oder extern, die Beauftragung einer Beratungsstelle, z. B. Agentur Familie und Beruf (exakte Schnittstellendefinition).
2. Qualifizierung (»Beratung von Beratenden«)
   a) von Fallmanager(innen)
   b) der Professionellen in den familienbezogenen Beratungsstellen zum Themenfeld »Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Werte und Leitbilder der Beratenden als heimliches Drehbuch für Beratungsprozesse«.

Qualifizierungswege

- Benennung einer Stelle/Person mit Initiativ- und Koordinationsfunktion, erste Aufgabe: Etablierung eines Projekts »Teilzeitausbildung im dualen System« mit Akquisition von Ausbildungsbetrieben, Teilnehmer(innen)gewinnung, Abklärung der notwendigen Fragen mit Berufsschulen, Klärung von Finanzierungsfragen, Auswahl bzw. Gewinnung eines Trägers für sozialpäd. Be-

gleitung, Stützunterricht, Beratung und Begleitung der Ausbildungsbetriebe, Ermöglichen von Gruppenprozessen unter den Teilnehmer(inne)n.
- Dokumentation der bestehenden Teilzeit- und modularisierten Ausbildungswege bei den Trägern in Nürnberg, kontinuierliche Konzeptabklärung mit ARGE dazu, in welchem Ausmaß auch längerfristige »Vollqualifizierungen« mit getragen werden.

Flexible Kinderbetreuung[44]

Hierzu hat die Arbeitsgruppe »Kinderbetreuung« aus der Projektgruppe »soziale Dienstleistungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der ARGE Nürnberg«, die seit Mitte 2004 bestand, nach intensiven Diskussionen mit dem Kooperationsnetzwerk der Fachberaterinnen der Träger von Kindertagesstätten eine Reihe von Vorschlägen und Empfehlungen formuliert, die den roten Faden aus den Handlungsempfehlungen des Alleinerziehenden-Projekts, nämlich »flexible Zusatzangebote über das Regelangebot hinaus« für Nürnberg präzise ausbuchstabieren. Die wichtigsten dieser Vorschläge werden im folgenden benannt; im Empfehlungspapier der Arbeitsgruppe sind sie ausführlich begründeten und beschrieben.
- Ausbau und Qualifizierung der Tagespflege
- Verbesserungen der Angebotssituation im Bereich der institutionellen Kinderbetreuung
- Ambulante Kinderbetreuung und Kinderbegleitservice
- Pädagogisch begleitete Spielgruppen
  Agentur Familie & Beruf als Motor für die qualitative Weiterentwicklung flexibler und bedarfsgerechter Angebote

Niedrigschwellige Angebote im sozialen Nahraum

- Weitere Unterstützung des Projekts »Kitas als Orte für Familien« im Blick auf Alleinerziehende als besondere Familienform
- Verankerung von Zielgruppenbezug in der Landschaft der LOS-Projekte für 2006. Z. B. niedrigschwellige Qualifizierungsprojekte (PC-Kurse) in Kooperation mit Stadtteilläden und Trägern, Südstadt.
- Prüfung, in welchen Kooperationsformen zusätzliche stadtteilverankerte Familienorte mit konzeptioneller Anlehnung an Mütterzentrums-Konzept oder Mehrgenerationenhäuser angestoßen und entwickelt werden können – »Aufruf« an Träger, – konzentriert z. B. auf Südstadt, Gostenhof, Langwasser.

Nach dreijähriger Forschungsarbeit des DJI im Rahmen des Bündnisses für Familie sind die Ergebnisse des Projektes auf ihre Umsetzbarkeit hin zu prüfen

44 Mit der Realisierung dieses Konzepts würde sich das Angebot zur Betreuung von unter 3-Jährigen mit vergleichsweise geringem Mittelaufwand rasch deutlich ausweiten lassen.

Armutsfalle 6: Einsamkeit und Isolation

Helfende Beziehungen finden nicht nur in Familien statt: Netzwerke »Arm & Reich«

Armut ist nicht nur Mangel an Geld. Armut ist auch Ausgrenzung, Einsamkeit und Isolation. Dieses ist ganz deutlich einer der Bereiche, der auch mit materiellen Transfers nicht angegangen werden kann. Von einer formalisierten finanziellen Zuwendung – von Amts wegen – bleibt nichts von dem, was ein Mensch als soziales Wesen noch zum Überleben braucht. Für manche mag das Wartezimmer einer Arztpraxis eine Form der Kontaktaufnahme sein. Hier sind alle Formen von offenen Angeboten für benachteiligte Gruppen und insbesondere alle Ansätze der Nachbarschafts- und Selbsthilfe zu unterstützen.

Gerade wenn sich Menschen in ihrer verfügbaren Zeit um andere kümmern, kommt eine Wertschätzung zum Tragen, die allen Beteiligten hilft.

Hier ist die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichenbörsen, mit Selbsthilfegruppen, aber auch mit Sportvereinen geboten. Gerade für Kinder aus benachteiligten Familien wäre es ein großer Gewinn, wenn sie an sportliche Betätigung herangeführt würden und in Gruppen und Vereinen Zugehörigkeit erfahren könnten.[45]

Auf einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit im Bereich des Sozialreferates »Zivilgesellschaft aktivieren – Verantwortung einfordern« wird verwiesen.

In Nürnberg gibt es mit dem Regionalzentrum für Selbsthilfegruppen und dem gemeinsamen Fördertopf der Krankenkassen und der Stadt Nürnberg sowie dem Zentrum aktiver Bürger modellhafte Institutionen als Partner der Armutsprävention. Darüber hinaus kann mit Vereinen und Kirchengemeinden kooperiert werden.

Armutsfalle 7: Arbeitslosigkeit

Die Hauptursache für Armut!

Mehr als hundert Wissenschaftler haben die Wirkungen der Reformen von Hartz I bis III analysiert[46]. Erste Evaluationen der Reformen der Arbeitsmarktreformen zeigen »durchwachsene« Ergebnisse. Es ist nicht angezeigt, hier vorschnell Urteile zu fällen und dies ist auch nicht Aufgabe eines kommunalen Sozialberichts. Zurecht wird außerdem in Bezug auf Hartz IV von Seiten der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende darauf hingewiesen, dass die reine Existenzsicherung unter veränderter Zuständigkeit zuverlässig und vorrangig bewerkstelligt werden musste.

Es wird sicher noch einiger Jahre bedürfen, bis zuverlässig beurteilt werden kann, was »Fordern und Fördern« für die Betroffenen gebracht hat. Bis dahin muss die Stadt als Partner der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) das ihr Mögliche beitragen in der Kooperation, z. B. in Form der flankierenden Leistungen in den Bereichen, die auch in der hier vorgestellten Armutsprävention eine Rolle spielen: Schuldnerberatung, Suchthilfe, Kinderbetreuung u. a.

45 vgl. NN 31.1.12006, »Wenn die Klassenfahrt zur Preisfrage wird«, die AWO in Nürnberg berichtet aus ihrer neuesten Studie zur Kinderarmut, die zeigt, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich schon in der Grundschulzeit immer weiter öffnet.

46 Die ZEIT, 2. Febr. 2006, S. 6

Ausreißerin fasst Tritt

Engagement in Rettungshundestaffel

von Wolfgang Heilig-Achneck, (NN, 22.12.2004)

»Ich wurde durchgefüttert, weil ich einfach da war«, sagt Lina W. (Name geändert).

Geborgenheit, Wärme, Liebe gar vermittelten ihr weder die Eltern noch die älteren Geschwister. Was da fehlte, wurde der aus Erlangen stammenden Frau erst später bewusst, als schon so viel schief gelaufen war: In der Schule musste sie mehrere Klassen wiederholen; eine massive Gewalterfahrung zerstörte vollends ihr angeknackstes Selbstwertgefühl. Ohne Abschluss und Ausbildung brannte sie mit 17 durch und schlug sich längere Zeit auf der Straße durch.

»Keiner wusste, wo ich war«, erzählt sie. In Etappen verbrachte sie viele Wochen in einer psychiatrischen Klinik. Von der Nürnberger Heilsarmee wurde sie schließlich an das städtische Frauenwohnheim vermittelt. Dort fand Lina W. Ruhe und Hilfe, um wieder Tritt zu fassen. Sie fand einen Ausbildungsplatz als Bauzeichnerin, erreichte in der Berufsschule wenigstens mittlere Noten und bewährte sich als Klassensprecherin wie in der Schülermitverwaltung. Mit inzwischen 26 Jahren konnte sie im Frühjahr eine kleine Wohnung beziehen – ihr erstes »eigenes« Zuhause. Da allerdings strauchelte sie noch einmal: Mit der Selbstständigkeit plötzlich überfordert, zog sie sich so sehr in ihr »Schneckenhaus« zurück, dass sie ihre Ausbildung schleifen und sogar Rechnungen liegen ließ: Trotz großen Verständnisses und ungewöhnlich viel Geduld des Betriebs verlor sie ihre Lehrstelle. Und eine Räumungsklage ließ sich nur abwenden, weil Sozialarbeiter beim Vermieter für die junge Frau bürgten. Inzwischen scheinen auch diese Irrungen und Wirrungen überwunden. Beeindruckend und vielversprechend ist nicht zuletzt ihr Engagement beim Arbeiter-Samariter-Bund – als Sanitäterin und künftige Rettungshundführerin.

Zwischen den Leistungsbereichen der Stadt – Sozialamt, Jugendamt, Allgemeiner Sozialdienst – und den Leistungen der ARGE gibt es viele Berührungspunkte; es gibt gemeinsame und sich ergänzende Leistungsziele, aber auch Überschneidungen und unklare Zuständigkeiten. Eine enge Abstimmung und ein gutes Zusammenwirken bei Eingliederungs- und Hilfeplanung sind erforderlich. Detaillierte Kooperationsvereinbarungen wurden bereits zwischen dem besonders wichtigen Bereich »U-25« der ARGE und dem Allgemeinen Sozialdienst/Jugendamt erarbeitet.

5.3 Zusammenfassung

Armutsprävention will Angebote machen zu einer veränderten Lebensführung.

Wenn auch unter dem Motto »Fordern und Fördern« die Aktivierung des Hilfeempfängers stärker betont wird, so muss doch der Rechtsanspruch auf die Hilfen nach dem Gesetz unberührt bleiben.

Zu diesen Hilfen gehören aber neben Geld- und Sachleistungen auch Dienstleistungen, wie »Beratung in Fragen der Sozialhilfe und Unterstützung in sonstigen sozialen Angelegenheiten« (§ 10, Abs. 2, SGB XII).

Die neueren gesetzlichen Grundlagen, beginnend mit dem SGB IX, haben eine Vielzahl von Beratungspflichten und neuen Hilfeansätzen normiert, die derzeit im Zuge der Neustrukturierung des Sozialamtes ausgefüllt werden müssen. So schreibt etwa §11, SGB XII-Sozialhilfe-Beratung, Unterstützung und Aktivierung als Leistungen des Sozialhilfeträgers vor:

»Die Beratung betrifft die persönliche Situation , den Bedarf sowie die eigenen Kräfte und Mittel sowie die mögliche Stärkung der Selbsthilfe zur aktiven Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft und zur Überwindung der Notlage. Die aktive Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft umfasst auch ein gesellschaftliches Engagement ... Die Beratung umfasst auch eine gebotene Budgetberatung ... Auf die Wahrnehmung von Unterstützungsangeboten ist hinzuwirken.«

Die in §12 geforderte Leistungsabsprache knüpft »von Gesetz wegen« an die Ansätze der Nürnberger Hilfe-Vereinbarung (HilVE) an. Im Vorfeld zu Hartz IV wurde hier vom Sozialamt bereits helfendes Fordern und Fördern entwickelt, das in angepasster Form auch für die Armutsprävention nutzbar gemacht werden kann.

Dieser Gesamtansatz verbindet Hilfeleistungen verschiedener Dienstellen und Träger. Er kann nur in gemeinsamer Anstrengung mit den Betroffenen umgesetzt werden.

Dies ist aber die erste Aufgabe der Sozialhilfe (§1, SGB XII), »die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht« ... «soweit wie möglich dazu befähigen, unabhängig von ihr zu leben« worauf auch »die Leistungsberechtigten nach ihren Kräften hinzuarbeiten« haben.

»Zur Erreichung dieser Ziele haben die Leistungsberechtigten und die Träger der Sozialhilfe im Rahmen der Rechte und Pflichten zusammenzuwirken.«

Es ist überdeutlich, der »Sozialstaat entlässt seine Kinder« zunehmend aus den ewig und sicher geglaubten, umfassenden Versorgungssystemen und fordert unterschiedslos mehr Eigenverantwortung:[47]

- bei der Behauptung am Arbeitsmarkt oder durch Existenzgründung,
- bei der Gesundheitsvorsorge und Krankenversicherung,
- bei der Vorsorge für das Alter und der Bewältigung von Notlagen.

Nicht alle Menschen sind gleich gut auf diese Anforderungen vorbereitet, mit dem was ihnen von Natur aus, aufgrund ihrer Sozialisation, ihrer Bildung und Ausbildung und auch materiell mitgegeben wurde. Die schulische Bildung ist in diesem Bereich hinter ihren Möglichkeiten und hinter den Erfordernissen zurück; gleichzeitig sinkt wie überall die Halbwertszeit des Wissens stetig.

Die Rahmenbedingungen privater Haushaltsführung und wirtschaftlicher Alltagsbewältigung werden komplexer und erfordern erhebliche Anpassungs- bzw. Antizipationsleistungen. Arbeits-, Waren-, Geld- und andere Märkte nehmen zu an Globalität und ab an Transparenz. Die Haushalte müssen vermehrt Brüche und Einbrüche im Erwerbsleben, in Partnerschaft und Familie verkraften, in allen Altersgruppen und sozialen Schichten; die Raten der Arbeitslosigkeit und der Scheidungen machen dies deutlich.

Deshalb erscheint es zwingend erforderlich, eine armutspräventiv ausgerichtete Bildungs- und Qualifizierungsoffensive einzuleiten. Der Versuch, stattdessen geringfügig erhöhte Transferzahlungen zu fordern, scheitert nicht nur am fehlenden Geld. Wenn Kompetenzen privater Wirtschafts- und Hauswirtschaftsführung fehlen, würden auch Transferzahlungen keine dauerhafte Veränderung bewirken. Solche Mittel würden entweder im unwirtschaftlichen Verhalten versickern oder durch wirtschaftlich geschicktere Marktteilnehmer abgeschöpft.

Systematische Armutsprävention umfasst quer zu den beschriebenen Armutsfallen die drei klassischen Bereiche: primäre, sekundäre und tertiäre Prävention.

Primäre Prävention beginnt bei Kindern und Jugendlichen durch haushalts- und familienbezogene wirtschaftliche Bildung in allen Schulformen und Schulstufen.
Sekundäre Prävention richtet sich an armutsgefährdete und armutsnahe Gruppen und wird durch Bildungs- und Praxisprojekte sowie in zugehender Hilfe sichergestellt.
Tertiäre Armutsprävention leistet ergänzende Hilfestellung zur Milderung defizitärer Lebenslagen, sozusagen die »Überlebenshilfe«, die weiterführende Hilfen wieder möglich macht und zulässt.

Es gibt einen Arbeitsschwerpunkt »Armutsprävention« der Bundesregierung (BMFSFJ) und es gibt erfolgreiche Bundesmodellprojekte, an denen angeknüpft werden kann.

47 »Grundsicherung« statt »Lebensstandardsicherung« und »Aktivierung« statt »Alimentierung«

Die ersten Schritte:

a) Konzeption eines Arbeitsfeldes »Armutsprävention« auf der Grundlage der Gegebenheiten in Nürnberg
b) Vermittlung dieses Arbeitsansatzes und Einbindung der bildungsrelevanten Infrastruktur in der Stadt, ihre Angebote mit an Armutsprävention auszurichten (Vorschulbereich, KiTas, Schulen, Hochschulen, Bildungszentrum, Verbraucherberatung, Ernährungsberatung, Schuldnerberatung, Familienbildungsstätten, Berufsbildungswerke, Wohlfahrtsverbände, soziale Dienste, Hausfrauenbund, Aktiv-Senioren, Gemeinwesenarbeiter, Kirchengemeinden ...),
c) Akquise und Umsteuerung von Ressourcen zum Aufbau eines solchen Arbeitsfeldes als Netzwerk und Start mit konkreten Umsetzungsbeispielen.

Vieles, was für eine wirkungsvolle Armutsprävention erforderlich ist, muss nicht neu geschaffen werden, sondern ist bereits vorhanden. Es gibt für viele Bereiche hochqualifizierte Einrichtungen für Beratung, Hilfe und Fortbildung.

Doch nicht alle diese Einrichtungen sind vorrangig auf Armutsprävention ausgerichtet.

Neues Team hat Wechsel geschafft

Von Bruder Martin gegründete Straßenambulanz erweitert Angebot

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 1012.2004

Sie sind kaum 20 und schon ins Abseits geraten und tief abgerutscht: »Dass so viele Junge in solcher Perspektivlosigkeit stecken, hatte ich nicht gedacht«, sagt Roland Stubenvoll. Der Krankenpfleger, der sich zum Stations- und Heimleiter in Einrichtungen für psychisch Kranke weitergebildet hatte, ist seit vier Monaten der Nachfolger von Bruder Martin in der Straßenambulanz der Caritas am Hummelsteiner Weg. »Die meisten von ihnen sind schon als Jugendliche nach und nach aus allen Bindungen wie Familie und Schule ausgestiegen - dann ist der Weg vorgezeichnet«, sagt der 37-Jährige.

Und obwohl er nun schon viele Jahre mit Menschen in prekären Lebenslagen zu tun hat, zeigt er sich doch erstaunt, wie rasch ein Mensch aus vermeintlich gesicherten Verhältnissen ins Bodenlose stürzen kann. »Eine junge Frau, die häufig zu uns kommt, hatte noch zu Beginn des Jahres eine gute Stelle, eine eigene Wohnung und einen festen Partner«, schildert er ein Beispiel. »Dann zerbrach die Beziehung, sie konnte sich die Miete nicht mehr leisten und verlor obendrein noch ihren Job. Inzwischen ist sie in einer Obdachlosenpension gelandet.«

Während er erzählt, holen sich zwei ehemalige Drogenabhängige ihre tägliche Ration Polamidon ab. Die ärztlich verordnete Abgabe des Substitutionsmittels und die Dosis werden streng kontrolliert – einer der Gründe, warum nur ausgebildete Pflegekräfte als Nachfolger für Martin Berni in Frage kamen. Draußen warten zwei dick eingemummte Besucher mit ihren Tüten darauf, sich duschen zu können und einige Kleidungsstücke zu reinigen. Ein älterer Mann klopft für seine gehbehinderte Frau an und bittet um eine Essenskarte für die nahe gelegene Wärmestube. Drei Mahlzeiten erhält die Frau damit umsonst; an den anderen Tagen muss sie nur einen geringen Obulus entrichten.

Eine Alternative bietet der kostenlose Mittagstisch im Tagestreff der Straßenambulanz. Dort allerdings ist Alkohol grundsätzlich tabu – viele schätzen gerade diese Regelung, andere machen deshalb eher einen großen Bogen um den Treffpunkt.

»Die Klienten, die einen Verband wechseln lassen wollen oder eine andere Behandlung benötigen, kommen eher nachmittags«, erläutert Stubenvoll. Die Straßenambulanz ist dabei für alle, die sich in ihrem Zustand kaum noch in »normale« Arztpraxen trauen oder nicht versichert sind, künftig eine noch bessere Adresse: Ab sofort hält hier der Allgemeinmediziner Jens Schuler wochentags feste Sprechstunden.

Die Kälte mancher Mitmenschen ist schlimmer als Frost

von Siegfried Ruckdeschel, NN 30.11.2005

Die Wärmestube in der Köhnstraße gab vergangenes Jahr 35 000 € für Essen aus. Von den 1679 registrierten Besuchern hatten 96 kein Dach über dem Kopf. Wie schläft es sich bei Frost unter Brücken, hinter Büschen, auf Bänken?

Roland (40) lebt seit zehn Jahren »auf der Platte«. Kreuz und quer zog er durchs Land von Rosenheim bis Kiel. Der Nürnberger hat sich zur Nachtruhe in Toiletten einschließen lassen, in Wäldern gezeltet, den Schlafsack unter Brücken gelegt. Jetzt sind solche Brückentage. »Wenn ich nachts in den Schlafsack krieche, wirkt noch der Alkohol. Aber morgens bibbere ich.«

Meist ist er mit einem Freund unterwegs. Zurzeit allein, hat er ein mulmiges Gefühl, erinnert sich an jenen Überfall an einem Weiher, als dunkle Gestalten sein Zelt anzünden wollten und erst vor seinem Dolch zurück wichen. Schlimmer als der Frost ist die Kälte mancher Mitmenschen.

Seitdem bevorzugt er öffentliche Plätze, wo von Joggern und Gassigehern mit Hund auch mal ein freundliches Wort für ihn abfällt. Rolands rosige Gesichtsfarbe täuscht: Er hat nur noch eine Niere, einen Herzschrittmacher und ist sehbehindert. Er besitzt einen Reisekoffer, einen Schlafsack und eine robuste Lederjacke. Von seinem Arbeitslosengeld II (345 €) kauft er eine Mobicard fürs ganze VAG-Netz. So kommt Roland auch in Pfarrhäuser des Landkreises, wo man ihm einen oder zwei Euro zusteckt.

Dem Alkohol verfiel Roland in jungen Jahren. Während einer Langzeittherapie verließ ihn die Ehefrau. Das war der endgültige Absturz. Er tröstet sich mit Wein. »Der hat mehr Drehungen.« Noch glaubt er, auf eine Wohnung verzichten zu können.

Ohne die Wärmestube wäre er verloren. An manchen Tagen kommen bis zu 140 Besucher. Der Leiter Peter Meusch: »Hier erhalten sie warmes Essen, Kleidung, Dusche, Hilfe bei Medikamentenzuzahlung und Impfungen.« 21 Jahre besteht die Wärmestube, getragen von Caritas, Stadtmission und Stadt. Die Spender der Weihnachtsaktion machen manches erträglicher.

Sorge um die Kinder half beim Ausstieg

Nach langer Abhängigkeit von harten Drogen schaffte Nürnbergerin Entzug

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 24.11.2004

Manche brauchen viele Jahre und ungezählte Anläufe in Kliniken, um ihre Abhängigkeit von harten Drogen zu überwinden. Melanie C. (Namen geändert) hingegen hat den schweren ersten Schritt, den körperlichen Entzug, aus bloßer Willenskraft in drei Wochen geschafft. »Ich hatte einfach die Nase voll von dem Leben mit Kokain und Heroin und dem Druck, den Stoff zu beschaffen«, erzählt die heute 36-jährige Nürnbergerin.

Bald nach ihrem Realschulabschluss war sie in Kontakt mit dem Rauschgift gekommen und, der Sucht wegen, auch der Prostitution nachgegangen. Nun sollte ein regulärer Job in einer Zeitarbeitsfirma die Grundlage für eine neue Existenz legen.

Dass sie kurz darauf schwanger wurde, erscheint zumindest im Rückblick als Glücksfall: Plötzlich verantwortlich für werdendes Leben, blieb sie tatsächlich »clean«. Bis ein neuer Schlag ihr Leben erschütterte: Ein Praktikant im Kindergarten stand im Verdacht, Ihren Sohn Paul sexuell missbraucht zu haben.

Paul benötigte eine längere Therapie und schaffte es erst Monate später wieder, in einem Kindergarten Tritt zu fassen. Die Mutter flüchtete erneut in die Welt der Drogen – zumal der tiefe Schock eigene Kindheitstraumata wachgerufen hatte. Der Ausstieg gelang, als sie noch einmal Nachwuchs bekam: Im Nürnberger Klinikum wurde die Frau in das Methadonprogramm aufgenommen und ist nun bereits seit vier Jahren drogenfrei. Mit aller Kraft bemüht sie sich, ihren Kindern ein stabiles Zuhause zu geben, und sieht sich doch zum Teil überfordert: Der Älteste hat enorme Probleme in der Schule, verbringt seine Freizeit – ohne Freunde und Hobbys – nur noch apathisch auf dem Sofa und bringt, weil er in seinem Kummer Riesenportionen vertilgt, schon viel zu viele Pfunde auf die Waage.

Nun kümmert sich ein Familienhelfer des Allgemeinen Sozialdienstes verstärkt um den Jungen. Als sich die Mutter im Frühjahr bemühte, wenigstens stundenweise wieder selbst Geld zu verdienen, verschärften sich die Probleme noch. »Die Kinder waren nur noch krank und aggressiv; ich musste die Stelle wieder aufgeben«, erzählt die Mutter bedrückt. Mit den Putzdiensten hatte sie ihre prekäre Lage wenigstens etwas verbessern wollen. Zwei Mal bereits ist der Familie in diesem Jahr der Strom gesperrt worden.

Wohnungen nach Maß

So bleiben Schwerbehinderte selbstständig

von Wolfgang Heilig-Achneck, NN 6.12.2004

Fast zwei Jahre lang fühlte er wie in einem Gefängnis. Die Fenster hatten zwar keine Gitter - und der Umgangston war herzlich, die Zuwendung der Verwandten und Bekannten ehrlich gemeint. Aber Joannis M. konnte die Wohnung seiner Eltern im Nürnberger Westen nicht mehr verlassen. Selbst die Krankengymnastin kam ins Haus. Denn die Wohnung liegt im dritten Stock, einen Aufzug gibt es in dem Haus nicht. Der heute 35-Jährige ist indes auf besondere Hilfen und einen Rollstuhl angewiesen, weil er nicht mehr laufen kann.

Der erste Verdacht war vor zwölf Jahren zuvor aufgekommen. Weniger später folgte die Gewissheit: Joannis leidet unter Multipler Sklerose. Obwohl sich in der ersten Zeit sein Zustand schlagartig verschlechterte, schaffte er es noch, seine Ausbildung als Dolmetscher und Übersetzer für Spanisch und Deutsch abzuschließen. Auf Krücken schleppte er sich damals zwischen den verschiedenen Unterrichtsstätten der Erlanger Fremdsprachen-Akademie hin und her. Seine eigene Studentenbude musste er aufgeben, weil er keine Jobs mehr annehmen konnte, um nebenher Geld zu verdienen. Er zog wieder zu seinen Eltern und versuchte von dort aus sein Glück mit ersten Aufträgen per Telefon.

Aber das Gefühl, eingesperrt zu sein, wirkte immer deprimierender. Bald konnte er den Rollstuhl kaum noch verlassen. Als sich sein Zustand stabilisierte, begann der aus einer griechischen Familie stammende Nürnberger nach einer eigenen Wohnung Ausschau zu halten. Doch zwei Jahre lang suchte er vergebens. Erst der Kontakt mit dem Verein für Menschen mit Körperbehinderung in Zerzabelshof gab ihm neue Hoffnung. Denn die Initiative hat ein Projekt für betreutes Wohnen entwickelt: In einer Anlage am Goldbachpark erwarb sie mehrere Wohnungen, um sie an Rollstuhlfahrer zu vermieten – wie jetzt auch an Joannis M.

Allerdings ist ein erheblicher Aufwand nötig, um die Appartements dafür herzurichten: In der Küche sind »unterfahrbare« Möbel nötig, damit auch Rollstuhlfahrer zum Beispiel den Wasserhahn am Spülbecken erreichen; in den Bädern werden Wannen durch behindertengerechte Duschen ersetzt. Eingänge müssen verbreitert, Beläge erhöht und Rampen angelegt werden.

Allein in das kleine Appartement von Joannis M. hat der Verein aus Spendenmitteln fast 2000 € gesteckt – der Bewohner hätte sich solche Investitionen nie leisten können und wäre ohne das Projekt, wie viele Interessenten auf einer Warteliste, wohl noch immer auf der Suche.

Jetzt ist er glücklich und kann durch Übersetzungstätigkeiten seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten. Bisher haben sechs weitere schwer Behinderte von dem Wohnungsangebot profitiert – wie übrigens auch die Allgemeinheit: In Heimen kosten Plätze bis zu 2800 € monatlich – solche Wohnungen sind allemal günstiger.

Danksagung

Zu danken ist für Beiträge und Diskussion des Sozialberichtes

den Kolleginnen und Kollegen

des Allgemeinen Sozialdienstes (für viele Praxiseinblicke),

des Jugendamtes, des Seniorenamtes,

des Gesundheitsamtes, des Amts für Stadtforschung und Statistik,
des Bündnisses für Familien (BfF) und des angegliederten DJI-Projektes
(für Beiträge und Kooperationsangebote)

dem gesamten Bereich Migration für anregende Diskussionen

und insbesondere den Kolleginnen und Kollegen

des Sozialamtes für die freundliche Aufnahme in ihren Reihen.

Besonders bedanken möchte ich mich beim Sozialreferat für den konstruktiven Druck
und die fachliche Begleitung.

Die Wissenschaftliche Begleitung der Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Soziologie
war auch bei Band II sehr hilfreich.

Herr Prof. Dr. Bacher, Frau Claudia Wenzig, Frau Ulla Krämer und Herr Werner Dees
haben vor allem im 4. Kapitel wichtige Beiträge geleistet.

Herrn Sigfried Ruckdeschel, Herrn Wolfgang Heilig-Achnek und
dem Verlag Nürnberger Presse ist für die freundliche Überlassung der Fallbeispiele
und für langjährige Spendenakquise zu danken.

Bei den Kolleginnen und Kollegen der Noris-Arbeit und der ISKA-Schuldnerberatung,
der Nürnberger Tafel und den interessierten Kirchengemeinden
genau wie bei allen im Text und an dieser Stelle Genannten
bedanke ich mich für die bisherige und freue mich auf die künftige Zusammenarbeit.

Nürnberg, Februar 2006
Georg Hopfengärtner

Abkürzungsverzeichnis

AA	Arbeitsamt
AG - EB	trägerübergreifende Arbeitsgemeinschaft Erziehungsberatung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft zur Arbeitsmarktintegration
ASD	Allgemeiner Sozialdienst
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BfF	Bündnis für Familien
BayBGG	Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BStmAS	Bayerisches Staatsministerium f. Arbeit und Sozialordnung
DJI	Deutsches Jugendinstitut
EB	Erziehungsberatungsstelle
Gh	Gesundheitsamt
HLU	Hilfe zum Lebensunterhalt
HzE	Hilfen zur Erziehung
ISKA	Institut für soziale und kulturelle Arbeit
J	Jugendamt
JHA	Jugendhilfeauschuss
KiTa	Kindertagesstätte
KJÄD	Kinder-und Jugendärztlicher Dienst
MHD	Mobiler Heilpädagogischer Dienst
NoA	Noris-Arbeit gGmbH, Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft in kommunaler Trägerschaft
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB VIII	Kinder und Jugendhilfegesetz
SHA	Sozialamt
ZAB	Zentrum aktiver Bürger, Einrichtung des Instituts für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA)

Literaturverzeichnis

AKI, Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (2004), AKI-Newsletter. Forschung über Migration, Integration, Konflikte. Nr. 3, Juli 2004. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. http://www.wz-berlin.de/zkd/aki/files/Juli%2004.pdf [06.09.2004].

Amt für Stadtforschung und Statistik (2001): Wohnungs- und Haushaltserhebung »Leben in Nürnberg 2001«.

Arbeitsamt Nürnberg, 2003, Eckwerte des Arbeitsmarktes. http://www.arbeitsamt.de/nuernberg/statistik/eckw140.pdf [11.07.2003].

1. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001)

2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005)

BA, Bundesagentur für Arbeit (2004a), Der Arbeitsmarkt im Bezirk der Agentur für Arbeit Nürnberg im Juli 2004. http://www.arbeitsagentur.de/content/de_DE/bayern/735/importierter_inhalt/pdf/Der_Arbeitsmarkt_im_Juli_2004.pdf [06.09.2004].

BA, Bundesagentur für Arbeit (2004b), Ausbildung und Arbeit für Jugendliche und junge Erwachsene im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg 2002/2003. http://www.arbeitsagentur.de/content/de_DE/bayern/735/importierter_inhalt/pdf/Ausbildung_und_Arbeit_fuer_Jugendliche_2003.pdf [06.09.2004].

Bacher, Johann, 1997, Armutsgefährdung von Kindern in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie. Jahrgang 22. Seite S. 53–75.

Bacher, Johann, 2003, Folien zum Vortrag von Prof. Bacher an den Beruflichen Schulen in Nürnberg am 3.2.2003. http://www.soziologie.wiso.uni-erlangen.de/publikationen/sonstiges/s_03-01_berufliche_schulen.pdf.

Bacher, Johann und Claudia Wenzig (2001), Leben in Galgenhof/Steinbühl – Ergebnisse der Bewo hner(innen)befragung. Nürnberg: Lehrstuhl für Soziologie.

Bender, Stefan; Bert Rürup; Wolfgang Seifert und Werner Sesselmeier (2000), Migration und Arbeitsmarkt. In: Klaus J. Bade und Rainer Münz (Hrsg.), Migrationsreport 2000. Fakten-Analysen-Perspektiven. Frankfurt/New York: Campus. S. 59–83.

Bergmann, Christine (1998), Sicherung eines ausreichenden Lehrstellenangebots, Modernisierung der Berufsausbildung und Reform der Ausbildungsplatzförderung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Jg. 27, H. 3, S. 35–37.

BMA, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001a), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

BMA, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001b), Lebenslagen in Deutschland. Daten und Fakten. Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Brandenburg, Hermann (1997): Die Lebenssituation und Versorgung älterer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Heft 1/1997, S. 55–72.

Brühl, Albrecht und Sauer, Jürgen, (2004), Mein Recht auf Sozialleistungen – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialhilfe, sonstige Sozialleistungen, München.

BStmAS, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen (1998), Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern. http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/sozber.pdf [25.06.2003].

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2002, Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Bonn: Eigenverlag.

Bundesagentur für Arbeit, (2005), Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen Monats-/Jahreszahlen

Bundesagentur für Arbeit, Agentur für Arbeit Nürnberg(2006), Der Arbeitsmarkt im Dezember, www.arbeitsagentur.de

Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland (2002): Ältere Migranten und Selbstorganisation. In: www.bagiv.de/broschuere1.htm.

Burkard, Deinlein (2004), Umfrageergebnisse bei Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund. unveröffentlicht.

Burkard, Herrmann, 2002, Bildungserwartungen und Bildungsbeteiligung – Was Nürnberger Eltern von ihren Kindern erwarten. Umfrageergebnisse der Erhebung »Leben in Nürnberg 2001«, In: Statistische Nachrichten. 1. und 2. Quartal. http://www.statistik.nuernberg.de/stat_inf/frame_statinfo.html [10.07.2003].

Clark, William A. V. und Anita I. Drever (2001), Wohnsituation von Ausländern: Trotz Verbesserung immer noch großer Abstand zu deutschen Haushalten. Wochenbericht des DIW 30/2001. S. 469–471.

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hrsg.), 2002, Kursbuch zur Armutsprävention und Milderung defizitärer Lebenslagen durch Stärkung von Haushalts- und Familienkompetenz, Bonn.

Deutsches Jugendinstitut (DJI, Hrsg.), 2005, Unterstützung für Alleinerziehende – Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe – Ein kommunales Handlungskonzept (W. Erler u. D. Sterzing).

Deutsches Zentrum für Altersfragen (1999): Die demographische Struktur der ausländischen Bevölkerung (GeroStat). Berlin.

Deutsches Zentrum für Altersfragen (2003): Informationsdienst Altersfragen Heft 1+2/2003, S. 1.

Dietzel-Papakyriakou, Maria (1993): Altern in der Migration. Die Arbeitsmigranten vor dem Dilemma: zurückkehren oder bleiben? Stuttgart.

Dietzel-Papakyriakou, Maria (1996): Zum Versorgungsbedarf und zur Spezifik der Versorgung älterer Migrantinnen und Migranten. In: IZA: Heft 3 + 4, S. 82–89.

Drever, Anita I. und William A. V. Clark (2002), Gaining Access to Housing in Germany: the foreign minority experience. DIW Discussion Papers 283. Berlin.

Eder, Annika, 2002, Arbeitslosigkeitsbetroffenheit in der Familie und deren Auswirkungen auf die Schullaufbahn – Eine Sekundäranalyse des SOEP. Diplomarbeit am Lehrstuhl für Soziologie. Nürnberg.

Eder, Ferdinand und Renate Kränzl-Nagl, 1998, Die Schule: Arbeits- und Lebenswelt von Kindern. In: Kränzl-Nagl, Renate, Riepl, Barbara und Helmut Wintersberger (Hrsg.), Kindheit in Gesellschaft und Politik: eine multidisziplinäre Analyse am Beispiel Österreichs, Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 209–248.

Finanztest, 3/2006, Ratenkredite – Banken täuschen ihre Kunden über die Kosten (S. 14); Schulden – Junge Leute geraten leicht in die Schuldenfalle (S. 19).

Galonska, Christian; Maria Berger und Ruud Koopmans (2004), Über schwindende Gemeinsamkeiten: Ausländer- versus Migrantenforschung. Discussion Paper SP IV 2004–401. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Geissler, Rainer (2002), Die Sozialstruktur Deutschlands. 3. grundlegend überarb. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Gogolin, Ingrid; Ursula Neumann und Hans-Joachim Roth (2003), Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung. Heft 107. Bonn. http://www.blk-bonn.de/papers/heft107.pdf [06.09. 2004].

Hanesch, Walter; Peter Krause und Gerhard Bäcker (2000), Armut und Ungleichheit in Deutschland. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Informationsdienst Altersfragen 1/2003: Ältere Migrantinnen und Migranten in Berlin.

Kloas, Peter-Werner (1998), Startchancen für alle Jugendlichen – zwanzig Empfehlungen zur Bewältigung der Ausbildungs- und Beschäftigungskrise. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Jg. 27, H. 5, S. 14–15.

KMK, Kultusministerkonferenz (2002), Schule in Deutschland. Zahlen, Fakten, Analysen. Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Nr. 161. http://www.kmk.org/statist/analyseband.pdf [25.06.2003].

Koordinierungsgruppe »Integration« (2004), Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg. Teil 1: Rahmenbedingungen und Leitlinien kommunaler Integrationspolitik der Stadt Nürnberg. unveröffentlicht.

Kramer, Caroline (1997), Weniger Jugendliche ohne Schulabschluß aus integrierten Schulsystemen. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, 17, S. 5–9.

Lange, Andreas, Lauterbach, Wolfgang und Rolf Becker (2002), Armut und Bildungschancen. Auswirkungen von Niedrigeinkommen auf den Schulerfolg am Beispiel des Übergangs von der Grundschule auf weiterführende Schulstufen. In: Butterwegge, Christoph und Michael Klundt, (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien und Sozialpolitik im demografischen Wandel. Opladen: Leske + Budrich. S. 153–170.

Lauterbach, Wolfgang und Andreas Lange (1998), Aufwachsen in materieller Armut und sorgenbelastetem Familienklima. Konsequenzen für den Schulerfolg von Kindern am Beispiel des Übergangs in die Sekundarstufe I. In: Mansel, Jürgen und Georg Neubauer (Hrsg.), Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern. Opladen: Leske + Budrich. S. 106–128.

Ludwig, Monika (1996), Armutskarrieren – Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat, Opladen

Münz, Rainer und Ralf Ulrich (2000), Die ethnische und demographische Struktur von Ausländern und Zuwanderern in Deutschland. In: Richard Alba; Peter Schmidt und Martina Wasmer (Hrsg.), Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 11–54.

Nauck, Bernhard und Heike Diefenbach (1997), Bildungsbeteiligung von Kindern aus Familien ausländischer Herkunft: Eine methodenkritische Diskussion des Forschungsstands und eine empirische Bestandsaufnahme. In: Folker Schmidt (Hrsg.), Methodische Probleme der empirischen Erziehungswissenschaft. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren. S. 289–307.

Overath, Angelika (2003), Warum bin ich? Tübingen hat eine Kinderuniversität. Neue Zürcher Zeitung, 4.7.2003.

Qvortrup, Jens (2000), Kolonisiert und verkannt: Schularbeit. In: Heinz Hengst und Helga Zeiher (Hrsg.), Die Arbeit der Kinder. Kindheitskonzept und Arbeitsteilung zwischen den Generationen. Weinheim und München: Juventa. S. 23–43.

Raven, Uwe; Huismann, Adrienne (1999): Zur Situation ausländischer Demenzkranker und deren Pflege durch Familienangehörige in der Bundesrepublik Deutschland. In: Pflege Heft 13/2000, S. 187–196

Schimpl-Neimanns, Bernhard und Paul Lüttinger (1993), Die Entwicklung bildungsspezifischer Ungleichheit: Bildungsforschung mit Daten der amtlichen Statistik. In: ZUMA-Nachrichten, 32, S. 76–115.

Sen, Faruk; Martina Sauer und Dirk Halm (2001), Intergeneratives Verhalten und (Selbst-) Ethnisierung von türkischen Zuwanderern. Gutachten des ZfT für die Unabhängige Kommission »Zuwanderung«. In: Andreas Goldberg; Dirk Halm und Martina Sauer (Hrsg.), Migrationsbericht des Zentrums für Türkeistudien 2002. Münster: LIT Verlag. S. 11–126.

Stadt Berlin (2002), Armut und soziale Ungleichheit in Berlin. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz.

Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2003ff), Statistisches Jahrbuch der Stadt Nürnberg

Stadt Nürnberg (2003), Späterer Kinderwunsch, weniger Nachwuchs. Statistik aktuell. Monatsbericht 4/2003.

Stadt Nürnberg (2003), Wohnungsstrukturen im Wandel. Statistik aktuell. Monatsbericht 11/2003.

Stadt Nürnberg (2004), Verbesserte Wohnungsqualität – zunehmend mehr umweltfreundliche Heizungssysteme. Statistik aktuell. Monatsbericht 02/2004.

Stadt Nürnberg, Sozialamt (2004), mobil in Nürnberg – das Stadtbuch für Menschen mit Behinderung.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2003), Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. 2. aktualisierte Aufl. http://www.destatis.de/download/veroe/datenreport02n.pdf [25.06.2003].

Steinbach, Anja und Bernhard Nauck (2004), Intergenerationale Transmission von kulturellem Kapital in Migrantenfamilien. Zur Erklärung von ethnischen Unterschieden im deutschen Bildungssystem. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 7, S. 20–32.

Wenzig, Claudia (2004), Armut, Gesundheit und sozialer Kontext von Kindern. Dissertation. Universität Erlangen-Nürnberg. Unveröffentlicht.

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (2002), Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der PISA-Studie. http://www.familienhandbuch.de/cms/Familienpolitik_Beirat.pdf [25.06.2003].

Wölk, Suna (1997): Luftwurzeln in der zweiten Heimat: alte Migranten in der Bundesrepublik Deutschland; Ursachen, Ergebnisse, Perspektiven. Arbeiterwohlfahrt. Kreisverband Hannover Stadt e.V. (Hrsg.). Frankfurt am Main.